

21. BDK

Bezirksdelegiertenkonferenz der
Deutschen Kommunistischen Partei
Rheinland-Westfalen

19. / 20. September 2015

IGP (Integrierte Gesamtschule Paffrath),
Borngasse 86, 51469 Bergisch Gladbach



**Für eine Wende zum
demokratischen und
sozialen Fortschritt,
Hegemonie gewinnen!**

Aktiv handeln für einen demokratischen und sozialen Fortschritt im Rheinland

Bezirksdelegiertenkonferenz wählte neues Leitungsgremium

Die BDK des DKP-Bezirks Rheinland-Westfalen stellte sich am 19. und 20. September über alle unterschiedlichen Auffassungen hinweg auf allen Seiten – verantwortungsvoll einer großen politischen Herausforderung: Mit welchem ideologischen Rüstzeug kommen wir zu einer Beschleunigung im Kampf um demokratischen und sozialen Fortschritt in Rheinland-Westfalen?

Nach intensiver und offen-kontroverser Diskussion wurde die vom alten Bezirksvorstand eingebrachte „Handlungsorientierung“ mehrheitlich nicht als hinreichend erachtet. Klaus Stein, bisher Bezirksvorsitzender, wertete dies nach eigenen Angaben nicht als Misstrauensvotum. Vielmehr sah er durch die Ablehnung der „Handlungsorientierung“ des Bezirks, die er in Gegensatz zum Leitantrag für den 21. Parteitag stellte, die Grundlage für eine weitere Arbeit als Bezirksvorsitzender nicht mehr als gegeben an. Er zog daher seine erneute Kandidatur als Vorsitzender zurück. Durch diese neue Situation stellte sich die Frage an die BDK, ob der Bezirksvorstand in der kommenden Arbeitsperiode erneut von einer/einem Vorsitzenden mit Stellvertreter geleitet werden sollte. Es gab einige Delegierte, die ein SprecherInnenmodell ablehnten, weil sie das für ein organisiertes Chaos hielten, fand sich aus diesen Reihen niemand bereit, als Vorsitzender/Vorsitzende zu kandidieren. Dagegen sahen die Befürworter des Sprecherrates darin die Chance, die Verantwortung auf mehr Schultern zu verteilen, was sie gerade in der augenblicklichen Situation als notwendig ansahen. Das Angebot an Klaus Stein, Mitglied des Sprecherrates zu werden, wurde von ihm abgelehnt. Die BDK befürwortete schlussendlich mit großer Mehrheit das Sprecherratsmodell mit vier GenossInnen. Wolfgang Bergmann, Uwe Koopmann, Peter Lommes, Renate Linsen von Thenen wurden in den Sprecherrat gewählt. Weitere Kandidaten gab es nicht.

Referat und Diskussion

Schon in der Diskussion um die Tagesordnung bemängelten einige Delegierte, dass in der vorgeschlagene Tagesordnung nicht die Rede war von einem Tätigkeits-, geschweige denn einem Rechenschaftsbericht des alten Bezirksvorstandes. Klaus Stein versprach, dass er in seinem Referat selbstverständlich auch einen Tätigkeitsbericht des alten Bezirksvorstandes geben würde.

Leider hielt das etwa einstündige Referat genau dieses Versprechen nicht, denn es kam nicht wesentlich über die Aufzählung der Schwerpunktthemen des Bezirksvorstandstagen der letzten Periode hinaus. Statt dessen arbeitete sich das Referat an allgemeinen Einschätzungen der Weltlage und daraus abgeleitete Politikansätzen ab. Unser Bezirk spielte kaum eine Rolle, was auch nicht Wunder nimmt, war das Referat doch nicht im alten Bezirksvorstand abgesprochen. Auch ein Entwurf eines Tätigkeitsberichtes oder einer politischen Rechenschaftslegung waren im alten Bezirksvorstand weder diskutiert noch beschlossen worden. In der anschließenden Aussprache zum Referat wurden auch genau diese Schwachstellen angesprochen und einige Delegierte äußerten sehr freimütig ihre Kritik an der Arbeit des bisherigen Bezirksvorstandes.

Darüber hinaus nahm die Aussprache zum Referat auch schon einen Teil der Antragsdebatte vorweg, was nicht Wunder nahm, ging es doch um die grundsätzliche politische Ausrichtung unserer Bezirksorganisation. Trotz aller Widersprüche verlief die Diskussion doch ausgesprochen sachlich, getragen von einem gemeinsamen Ringen um Positionen.

Die Anträge

Die beschlossenen Anträge sind dem Reader im Wortlaut zugeordnet. Der Wortlaut entspricht dem Endergebnis der Debatte, ungeachtet dessen, ob der jeweilige Antrag im Ursprungstext eine Mehrheit fand oder durch die Antragskommission modifiziert wurde und dann mehrheitsfähig war.

Wie schon die Aussprache zum Referat, verlief auch die Antragsdebatte sehr kontrovers aber alles in allem doch solidarisch. Besonderen Stellenwert nahm dabei die Diskussion um den Entwurf zum Leitantrag zum 21.

Parteitag ein. Der Wuppertaler Antrag, den Entwurf des PV als unzureichend komplett zu verwerfen, fand keine Mehrheit. Ebenso kontrovers ging es zu bei der Debatte um die Verwendung des Begriffes Marxismus-Leninismus innerhalb der Dokumente der Partei. Zahlreiche Delegierte sahen diesen Begriff beschädigt, weil er von Stalin missbraucht worden sei und die Bündnisarbeit beeinträchtige. Dem wurde die Verwendung des Begriffes in der Geschichte der KPD oder der DKP sowie auf internationaler Ebene etwa bei Ho Chi Minh oder Fidel Castro entgegengehalten. Das Ringen um den zutreffenden historischen Kontext des Begriffes gestaltete sich außerordentlich leidenschaftlich. Deutlich wurde, dass es bei Ablehnung oder Zustimmung zu dem Terminus um die Frage nach der programmatischen Identität der Partei ging. Einerseits ging es darum, den Kern des Selbstverständnisses durch eine Konzentration auf „Marxismus-Leninismus“ zu betonen. Dagegen stand die Auffassung, dass die „Grundlagen“ mehr einbezögen als "nur den Marxismus-Leninismus“. Zusammengefasst: Schärfung des Profils als Kommunistische Partei oder Aufweichung des Profils zugunsten einer „Mosaik-Linken“. Letztendlich sprach sich eine Mehrheit der Delegierten für die Beibehaltung des Bekenntnisses zum Marxismus-Leninismus aus und lehnte alle Anträge ab, die sich von diesem Terminus distanzieren.

Relativ leidenschaftslos wurde die Diskussion um den Beobachterstatus der DKP in der „Europäischen Linkspartei (ELP)“ geführt. Hingewiesen wurde auf den Parteienstatus der ELP, in den sich die DKP durch eine Mitgliedschaft oder durch den Beobachterstatus einordnen würde. Darüberhinaus würde eine wie auch immer geartete Mitgliedschaft in der ELP letztlich eine Zustimmung zu deren positiver Haltung zur EU bedeuten, die diese für reformfähig hält. Dem stehe aber die mehrheitlich ablehnende Haltung unserer Partei zur EU gegenüber, da es sich bei der EU um ein imperialistisches Konstrukt handelt. Die Mehrzahl der Kommunistischen Parteien in Europa hätte weder den Status der Mitgliedschaft noch den der Beobachterin. Andererseits wurde betont, dass die Beibehaltung des Beobachterstatus' die Möglichkeit der Einflussnahme erhalte, da durch Anwesenheit von DKP-Vertretern in die Debatten eingegriffen werden könne, ohne Mitglied zu sein. Eine Mehrheit sprach sich dafür aus, dass der bisherige Status beibehalten werden solle und der Parteitag einen entsprechenden Beschluss fassen möge.

Bemängelt wurde, dass das Thema Altersarmut im Leitantrag nicht vorkomme. Einstimmig wurde daher die Forderung erhoben: „Wir kämpfen gegen Altersarmut und gegen neue Pläne zum weiteren Kahlschlag.“

Die Ausführungen zur wachsenden Kriegsgefahr im Leitantrag sollen präzisiert werden, der Zusammenhang zwischen Krise und Kriegsplanung solle deutlicher werden.

Auch an dem Begriff der Hegemonie der revolutionären Weltanschauung, den der Entwurf des Leitantrages aufnimmt und betont, wurden die unterschiedlichen Grundauffassungen deutlich, als dieser in Gegensatz zur Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt gestellt wurde. In der Diskussion sprach sich dann aber die Mehrheit der Genossinnen und Genossen dafür aus, dass es sich hier nicht um Gegensätzliches, sondern um sich gegenseitig Bedingendes handelt. Eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt setzt voraus, dass die kommunistische Partei ihre zentrale Aufgabe wahrnimmt, revolutionäres Klassenbewusstsein zu entwickeln. Die Entwicklung von Klassenbewusstsein wird durch Schritte zu einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt erleichtert. Die übergroße Mehrheit der Delegierten schloss sich letztendlich dieser Auffassung an.

Ein weiterer Antrag forderte die Verbesserung der Jugendarbeit und die Unterstützung der SDAJ. Generell waren sich alle Delegierten darin einig. Unterschiedliche Auffassungen gab es darüber, wie u.a. eine finanzielle Förderung ausgestaltet werden könnte und welche Aufgaben die DKP da habe, wo es keine SDAJ-Gruppen gäbe.

Kritisiert wurden die geplante Verschlechterung des Kommunalwahlrechtes durch CDU, SPD und Grüne im Landtag von NRW. Nach der Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre stellt die Intention, eine Sperrklausel von 2,5 Prozent bei den Wahlen zum Rathaus einzuführen, einen weiteren Schritt zum Demokratieabbau dar. Die modifizierte Vorlage der Antragskommission wurde einstimmig verabschiedet. Beide Vorhaben wurden von der BDK einstimmig abgelehnt.

Ebenso einstimmig war das Votum gegen die Rüstungsproduktion am Beispiel der Panzerproduktion bei Rheinmetall. Der Sitz von Rheinmetall Defence ist in Düsseldorf. Rheinmetall ist der zehngrößte Rüstungskonzern in Europa.

Der neue Bezirksvorstand

Der neu gewählte Bezirksvorstand hat neben den Sprecher/innen weitere 15 Mitglieder. Er ist deutlich verjüngt und orientiert sich erstmals seit längerer Zeit wieder an der Mindestquotierungsvorgabe. Einstimmig gewählt wurden die Mitglieder der Schieds- und Revisionskommission. Alle Vertreter aus dem alten Bezirksvorstand und den Kommissionen wurden einstimmig entlastet.

Herzliche Grußworte wurden ausgerichtet von der VVN-BdA NRW, vom SSM Köln-Mülheim, von dem Parti du Travail de Belgique (PTB) / Partij van de Arbeid België (PVDA), von der SDAJ und vom Nachbarbezirk Ruhr-Westfalen durch die Bezirksvorsitzende Marion Köster. Mit dem Grußwort des PV griff Hans-Peter Brenner, stellvertretender Parteivorsitzender, intensiv in die Debatte, um die Herkunft und Verwendung des Begriffs Marxismus-Leninismus ein. Die Form des Grußwortes stieß bei vielen Delegierten auf Kritik. Der wissenschaftliche Inhalt ging dabei fast unter.

In ihrem Schlusswort betonte Renate Linsen von Thenen die Verantwortung, die der neue Bezirksvorstand nun habe, die kontroversen Standpunkte in der Diskussion zusammenzuführen. Dafür forderte sie von allen Seiten verantwortliches Handeln ein. Schwerpunkt der Arbeit des neuen BV wird sicherlich die Unterstützung der Grundorganisationen sein, wieder stärker in der Öffentlichkeit präsent zu sein.

Die BDK hat bei aller Zustimmung gezeigt,

- dass die politische, ökonomische und soziale Situation im Territorium unseres Bezirks nur unzureichend erfasst wurde.
- Dies gilt auch für eine genauere Analyse der Situation unserer Partei. Es wurde nicht deutlich, ob und in welchem Maße die Partei in ihrer Breite handlungsfähig ist.
- Die kommunalpolitische Verankerung wurde nicht ausgeleuchtet. Die Benennung von Mandaten ist richtig, aber nicht hinreichend.
- Stärkere zentrale Veranstaltungen zur Kommunalpolitik sind sinnvoll.
- Die Öffentlichkeitsarbeit (Kleinzeitungen, Infostände, Auftreten bei Kundgebungen und Demos) hätte genauer dargelegt werden können.
- Erfolge und Konsequenzen sind zukünftig zu bilanzieren. Die Anleitungsfunktion des BV für diese Bereiche hätte genauer erfasst werden sollen.

Es bleibt die Frage: Ist die DKP so stark, wie es auf der BDK sichtbar wurde – oder ist da noch ein Potential? Es wird in der Verantwortung des neu gewählten Sprecherrates und des neu gewählten Bezirksvorstandes liegen, diese Frage zu beantworten.

21. Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Rheinland-Westfalen.

19. / 20. September 2015.
IGP (Integrierte Gesamtschule Paffrath),
Borngasse 86, 51469 Bergisch Gladbach.

Zeitplan

der 21. Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP-Rheinland-Westfalen

Samstag, 19. September 2015

- 11.00 - 11.30 Eröffnung und Begrüßung
Konstituierung und Beschlussfassung über Geschäftsordnung,
Wahlordnung
Versammlungsleitung
Tagesordnung und Zeitplan
Mandatsprüfungskommission
Antragskommission
Wahlkommission
- 11.30 - 12.30 Referat Klaus Stein Bezirksvorsitzender
- 12.30 - 13.30 Mittagspause
- 13.30 - 15.00 Diskussion
- 15.00 - 15.30 Bericht der Schieds- und Revisionskommission
Diskussion
Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 15.30 - 16.00 Grußworte
- 16.00 - 18.00 Diskussion und Beschlussfassung zu den Anträgen

Sonntag, 20. September 2015

- 11.00 - 12.30 Wahlen - des/der Bezirksvorsitzenden
- des/der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden
- des Bezirksvorstandes
- 12.30 - 13.30 Mittagspause
- 13.30 - 15.00 Fortsetzung der Wahlen - der Bezirksrevisionskommission
- der Bezirksschiedskommission
- der Delegierten zum Parteitag
- 15.00 - 15.15 Schlusswort

Bericht und Rechenschaftslegung des Bezirksvorsitzenden
Bezirksdelegiertenkonferenz des Bezirks Rheinland-Westfalen der DKP
am 19./20. September 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

Von den 21 Millionen Syrern irren 8 Millionen im Land herum. 1,5 Millionen konnten sich in den Libanon retten, ein Land, das selbst gerade mal 4,2 Millionen Einwohner hat. 750 000 vegetieren in jordanischen Lagern. Hier sind Flüchtlinge angewiesen auf das Welternährungsprogramm der UNO. Dessen Lebensmittelhilfe wurde im August von 27 Dollar auf 13,50 Dollar pro Person und Monat gekürzt. Offenbar kommen einige Staaten ihren Verpflichtungen nicht nach. Ich frage mich aber auch, wer solche Kürzungsentscheidungen trifft. Aktuell droht Hunger in den Lagern, offenbar löste das die gegenwärtige Fluchtwelle aus: aber das war ein Anlass, nicht Ursache! Fluchtursache ist der Krieg in Syrien. Insbesondere Männer aus den Lagern locken die günstigen Verhältnisse, die sie bei uns vermuten. Sie tauschen aber nur ihr bisheriges Elend mit dem Elend in der Fremde, etwas überzuckert mit der vagen Hoffnung auf ökonomische Sicherheit und Frieden.

Frauen und Kinder bleiben in den Lagern zurück.

Allein im türkischen Izmir warten heute 400 000 Menschen auf eine Gelegenheit zur Überfahrt. Weltweit sind 60 Millionen Menschen unterwegs, die der Imperialismus heimatlos gemacht hat.

In Syrien fallen Bomben und Raketen vom Himmel. Es gibt ganz irdische Gründe dafür. Mit der EU hatte sich das Land im Dezember 2003 auf den Wortlaut eines Assoziationsabkommens verständigt. Artikel 1: „Ziel dieses Abkommens ist es, [...] die Voraussetzungen für die schrittweise Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs zu schaffen.“ Wir kennen das. Es geht um Abbau von Zollschränken im Namen des Freihandels, um Investitionsschutz, um Privatisierungen öffentlicher Güter, unter anderem des staatlichen Gesundheitswesens. Das ganze neoliberale Programm des gegenwärtigen Imperialismus, der Ausbeutung fremder Arbeit, fremden Eigentums, fremden Kapitals.

Tatsächlich wagte Assad einige Einwände, dennoch wurde das Abkommen Ende 2004 von ihm unterzeichnet. Just zum fälligen Zeitpunkt der Gegenzeichnung durch die EU, am 14. Februar 2005, wurde der ehemalige libanesische Ministerpräsident Al-Hariri ermordet und Syrien beschuldigt, daran beteiligt gewesen zu sein. Die EU verweigerte nun die Ratifizierung des Abkommens. Vermutlich war das der Zweck des Anschlags, der immer noch auf seine juristische Aufarbeitung wartet. Sie ist hochbrisant. Es könnte ja sein, dass ein anderer als der syrische Geheimdienst dahintersteckt.

Das Abkommen wurde dennoch angewandt - auch ohne Ratifizierung. Die sozialen und politischen Folgen sind verheerend, sie führten zu politischen Unruhen, die im Februar 2011 in den Bürgerkrieg mündeten. Bekanntlich wurden Assad-Gegner militärisch aus Saudiarabien und Katar unterstützt. Nicht nur die USA taten sich durch Kriegshetze hervor, auch die europäischen Medien tuteten in dieses Horn. Am 21. August 2013 kam es zu einem Giftgaseinsatz. Als Täter kam für unsere Massenmedien wie selbstverständlich nur die syrische Regierung in Frage. Und jetzt gab es einen Anlass. Die USA drohte eine militärische Intervention an. Die konnte zunächst abgewendet werden. Der EU ging es immer noch um die Garantie des Liberalisierungskurses, die Amerikaner indessen wollten den Regimewechsel. Seit zwei Jahren verschärft sich die Lage. NATO-Kräfte eskalieren den Krieg gegen Syrien. USA, GB, Frankreich, Türkei. Auch deutsche Waffen kommen zum Einsatz. Im Juli 2015 schätzte die UNO die Zahl der syrischen Todesopfer dieses Krieges auf 250 000.

Letztlich sind diese Opfer ebenso wie die Not der Flüchtlinge ein Resultat der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP). Nach dem Untergang der Sowjetunion expandierte die EU zunächst nach Osten. Dieser Prozess war 2004 mit der Aufnahme von zehn Staaten weitgehend abgeschlossen. Aber der Expansionismus der EU ist unersättlich. Im März 2003 erklärte die damalige EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik: „Mit dieser Politik etablieren wir einen Ring von Freunden entlang der

Grenzen der erweiterten EU. Das ist ein geostrategisches Schlüsselprojekt für Europa. Diese Zone der Stabilität und des Wohlstandes soll von Osteuropa über den Kaukasus und den Nahen Osten quer durch den gesamten Mittelmeerraum reichen.“ Anstelle des Beitritts indes sind Assoziationsabkommen vorgesehen. Diese Variante der imperialistischen Expansion durch die EU scheitert gegenwärtig, nicht zuletzt an der Rivalität mit den USA.

Liebe Genossinnen und Genossen,

schon 1992 wurden zusammen mit dem EU-Vertrag von Maastricht die Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion sowie Bestimmungen zur „Bekämpfung illegaler Einwanderung, illegalen Aufenthalts und illegaler Arbeit von Staatsangehörigen dritter Länder im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten“ und die Einschränkung des Asylrechts vereinbart. Die EU verlegte die Personenkontrollen an die Außengrenzen zu Drittstaaten. In Deutschland wurde als asylberechtigt nur noch anerkannt, wer über Länder einreiste, in denen die Bundesregierung politische Verfolgung feststellen mochte. Nachbarländer der Bundesrepublik fallen nicht darunter. Damit schien Asyl in Deutschland fast ausgeschlossen.

Verteidigungsminister Rühle setzte im November 1992 mit den verteidigungspolitischen Richtlinien eine Militärdoktrin, nach der freier Welthandel und der Zugang zu strategischen Rohstoffen, also die Ausbeutung von Rohstoffen, Arbeitskraft und fremdem Kapital abzusichern ist. Rohstoffe und Kapital sollen frei fließen, Menschen aber an den Grenzen aufgehalten werden. Mit dieser Aufgabe wurde Frontex betraut. Die Abschottung Europas flankierte die imperialistische Militärdoktrin. Seit 1993 steht das Asylrecht nur noch auf dem Papier. Die ursprüngliche Fassung des Artikel 16 GG war nicht geeignet, die Zuwanderung zu beschränken. Wir erinnern uns: In Deutschland fanden Asyl

- die Hugenotten im 16. und 17. Jahrhundert, ihre Abkömmlinge haben französische Namen, beispielsweise de Maizière,
- des weiteren zahlreiche antifeudale Liberale und revolutionäre Demokraten im 19. Jahrhundert, die in der Schweiz aufgenommen wurden, wir denken an Georg Büchner in Zürich,
- auch an Lenin dort ein Jahrhundert später,
- an Heine und zeitweise Marx in Paris,
- ebenso wie an die zahlreichen Antifaschisten nach 1933 in vielen Ländern Europas.

In Erwägung dessen entstand die Genfer Flüchtlingskonvention. Sie gilt seit 1954. Ihr sind 147 Staaten beigetreten. Danach genießen die Flüchtlinge: Schutz vor Diskriminierung wegen Rasse, Religion oder Herkunftsland (Art. 3), Religionsfreiheit (Art. 4), freien Zugang zu den Gerichten (Art. 16), Straffreiheit der illegalen Einreise, sofern der Flüchtling sich umgehend bei den Behörden meldet (Art. 31 Abs. 1) sowie Schutz vor Ausweisung (Art. 33). Tatsächlich aber werden ihnen just diese Rechte immer wieder verweigert.

Bis zum Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa war bei uns im Lande das Asylrecht unbestritten. Dissidenten aus den sozialistischen Ländern konnten komfortable Regelungen erwarten, eine echte Willkommenskultur. Nach der Wende wurde dieser Aufwand überflüssig. Jetzt galt es, Flüchtlinge fern zu halten. Die Außengrenzen der EU sollten für Menschen unüberwindbar werden.

Übrigens war unsere ao BDK vom 27. Oktober 2013 ebenfalls überschattet von Flüchtlingstragödien. Kurz vorher waren einige hundert Todesfälle vor Lampedusa bekannt geworden. Vier Tage vor unserer BDK hatte das Europäische Parlament in Straßburg einen Appell verfasst, in dem es hieß: „Lampedusa muss zu einem Wendepunkt in der europäischen Asylpolitik werden.“ Die Verantwortung für die Ankommenden solle 'gemeinsam getragen' werden. Und: „Die Union muss ‚einen Zugang zu gerechten und effizienten Asylverfahren für Menschen, die diesen Schutz benötigen, sicherstellen.‘“ Tags darauf, am 24. Oktober, hatte der EU-Gipfel begonnen. „Es wird nichts beschlossen und an der aktuellen Asylpolitik nichts verändert“, betonten Regierungskreise in Berlin am Vortage, schrieb damals die KR. „Die umstrittene Dublin-Verordnung (sie legt fest, dass jeder Flüchtling von dem Land aufgenommen werden muss, wo er

ankommt), würde das Parlament am liebsten aufheben. Für die Staats- und Regierungschefs steht sie nicht zur Disposition.“

Und so kam es.

Keine Änderung der Asylpolitik durch die EU.

Wir sind Zeugen des Scheiterns dieser Politik. Die Grenzen Europas können dem Andrang der Flüchtlinge nicht standhalten. Es sterben die Menschen an den stacheldrahtbewehrten Zäunen von Ceuta und Melilla, ertrinken zu Tausenden im Mittelmeer vor Lampedusa und den ägäischen Inseln, aber zehntausende kommen durch. Indessen erträgt das Publikum in Europa die sichtliche Brutalität nicht mehr, mit der die Flüchtlinge aufgehalten werden sollen. Es entsteht eine selbstlose und häufig selbstorganisierte spontane Gegenbewegung von Helfern, die die Flüchtlinge mit Lebensmitteln, Decken, Dächern und einem freundlichen Lächeln versorgt.

Das ist anders.

Die Flüchtlingshilfsorganisation UNHCR hatte vor einigen Tagen Veranlassung, die deutsche Hilfsbereitschaft zu preisen. Der freundliche Empfang der Flüchtlinge habe die widrige Rhetorik und Politik der Regierungen gekippt.

Aber diese Hilfsbereitschaft stößt angesichts des Elends und seines Umfangs auf materielle Grenzen. Und sie bleibt gefährdet durch einen wachsenden Bodensatz von Fremdenfeindlichkeit. Wir haben eine Ahnung im vergangenen Winter davon bekommen, als es galt, in der Folge von Hogesa und Pegida die Faschisten zu isolieren.

Kurzfristig konnte der Bezirksvorstand auf seiner sechsten Tagung am 30. November 2014 Falk Mikosch, Sprecher der VVN NRW, für ein Referat zum Thema „Nazihooligans und neue Entwicklungen in der rechten Szene“ gewinnen. Wöchentlich waren Mobilisierungen fällig. Eine Woche nach den Hogesa-Krawallen in Köln rief die Kölner SDAJ vorwiegend über Facebook zu einer Demonstration auf. Es hat uns alle sehr ermutigt, wie erfolgreich das war. Etwa 5000 Menschen, meist junge und unorganisierte, folgten dem Aufruf. Fast wöchentlich folgten dann Demonstrationen in Köln gegen Kögida. Am 14. Dezember versammelte Arsch huh 15 000 Menschen vor seiner Bühne. 12 000 kamen kurzfristig mobilisiert am 5. Januar 2015 zusammen und isolierten etwa 80 Demonstranten von Kögida in Deutz. Derartige Aktivitäten beschäftigten uns dann wöchentlich bis Anfang Februar. Die Düsseldorfer waren sogar mehrere Monate lang, Montag für Montag, mit Dügida, einem kleinen Häufchen von Nazis, beschäftigt. Ermutigen muss aber, dass sich bundesweit mehr als 200 000 Menschen in diesem Winter gegen die Nazis engagierten, so daß das Pegida-Konzept letztlich nicht fruchtete.

Gleichzeitig mehrten und mehren sich die Nachrichten über Brandstiftungen gegen Flüchtlingsunterkünfte. Die Tagesschau sprach in dieser Woche von bisher 61 Brandanschlägen im Bundesgebiet, 15 davon allein Sachsen. Das ist die Fortsetzung des Krieges gegen die, die sich ihm gerade entkommen wähnten. Der Antiislamismus zusammen mit einem rassistischen Vernichtungswillen fungiert als innenpolitische Fortsetzung der Kriegshetze. Hier schließt sich der Kreis, wenn wir den Blick auf die Fluchtursachen richten. Wer zettelt die Kriege an, vor denen die Menschen fliehen, wer liefert die Waffen, wer finanziert die Faschisten?

Wer organisiert sie in der Ukraine?

Auch der Krieg gegen die Menschen im Donbass tobt weiter. Der Waffenstillstand, der im Februar in Minsk vereinbart worden ist, wird ständig gebrochen. Die Flüchtlingsfolgen treffen vor allem Russland und die Ukraine selbst. 1,1 Millionen Menschen sind nach Angaben des UNHCR vom 11. August in Nachbarländer geflohen, die meisten davon, 900 000, nach Russland. Darüberhinaus gibt es 1,4 Mio Binnenflüchtlinge.

Gegenüber Menschen aus dem sogenannten Westbalkan wird gern der Vorbehalt geäußert, wir hätten es hier mit sogenannten Wirtschaftsflüchtlings zu tun. Bei der Gelegenheit ist an die Zerlegung Jugoslawiens zu erinnern, die führend von der Bundesrepublik betrieben wurde, an den Krieg der NATO von 1999 und daran, dass hernach die vormals sozialistischen Republiken

Jugoslawiens nur noch über einen Bruchteil ihrer industriellen Basis und vormaligen Wirtschaftskraft verfügten. Ein Beispiel ist die Zerstörung des Autowerks Zastava in Kragujevac am 9. April 1999.

Eine Million Flüchtlinge werden für dieses Jahr erwartet. An Kosten 10 Mrd Euro. 10 000 pro Person und Jahr. Das ist schon ein kleines Konjunkturprogramm. Da können die kümmerlichen Summen für die Ernährungshilfe von etwa 350 Euro pro Jahr nicht mithalten. Aber die Unterbringungskosten sollten den Rüstungskonzernen, Waffenhändlern und anderen Kriegsgewinnlern in Rechnung gestellt werden. Allein von Januar bis Juni 2015 sind Rüstungsexportgenehmigungen von 6,35 Mrd Euro erteilt und damit schon der Gesamtwert von 2014 erreicht worden.

So weiten sich die Kriegsherde und kommen immer näher. Seit März veranstaltete die NATO mindestens 13 Manöver nahe der russischen Grenze. Am 31. August begann das Marinemanöver „Sea Breeze“ im Schwarzen Meer.

Besonderes Gewicht hat das Großmanöver TRIDENT JUNCTURE, das ab dem 28. September einen Mehrfrontenkrieg simuliert. Hier kommen Drohnen und Cyberangriffe zum Einsatz. Es geht um eine weitere Demonstration der Stärke gegenüber Russland. Und die Bundeswehr mischt ganz vorne mit. Derzeit sind 2 500 Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz. Im Laufe des Jahres sollen mehr als 5 200 deutsche Soldaten in die osteuropäischen NATO-Staaten geschickt werden.

Die NATO-Verteidigungsminister haben die Aufstockung der Eingreiftruppe NATO Response Force (NRF) von 13 000 auf 40 000 Mann beschlossen. Deren luftgestützte Steuerung erfolgt von Kalkar/Uedem aus. In Kalkar ist außerdem das multinationale Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) untergebracht, eine Denkfabrik, in der die Militärs Pläne zur Kriegführung mit konventionellen und Atomwaffen entwickeln. Die letztjährige Tagung des JAPCC erklärte einen großen Krieg in Europa für möglich und durchführbar.

Es ging auf der eben erwähnten NATO-Beratung Ende Juni auch um die „Anpassung“ der NATO-Nuklearstrategie. Vorsehend hatte drei Wochen vorher Poroschenko ein Gesetz verabschieden lassen, das „die Bedingungen der Streitkräfte anderer Staaten auf dem Territorium der Ukraine“ regelt. In Artikel 4 heißt es: „Potentielle Träger von Kernwaffen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen werden nach internationalen Abkommen der Ukraine für eine Stationierung auf Zeit in der Ukraine erlaubt, sofern die geeignete Steuerung hinsichtlich der Stationierung auf dem Territorium der Ukraine durch die Ukraine selbst gesichert ist.“ (nach Ralph Hartmann im „Ossietzky“ 16/2015)

Mich hat im Frühjahr die Entwicklung in der Ukraine so beunruhigt, daß ich mir am 4. Mai 2014 Informationen beim Bundesausschuß Friedensratschlag in Kassel holte. In der Woche drauf, am 11. Mai, haben wir auf der vierten Tagung des BV zum Thema „Krisenentwicklung und Kriegsgefahr“ mit dem Schwerpunkt Ukraine beraten.

Die Aggressivität der NATO wächst. Wir werden für den 3. Oktober, also in 14 Tagen, zur Demonstration gegen die erwähnte NATO-Kommando-Zentrale in Kalkar mobilisieren. Außerdem hat die PV-Tagung vom letzten Wochenende zur Unterstützung der Aktionen gegen die Konferenz des JAPCC, die vom 23. bis 25. November in Essen stattfinden wird, aufgerufen und insbesondere zur zentralen Demonstration am 21. November dort.

Liebe Genossinnen und Genossen,

was die NATO international, sind die Nazihooligans im Lande. Für den 25. Oktober, dem Jahrestag ihrer Zusammenrottung, planen sie in Köln neue Krawalle. Ein breites Bündnis mobilisiert dagegen. Es ist fest entschlossen, sich nicht wieder überraschen lassen. Und schon gar nicht verlassen wir uns auf Justiz und Polizei, wenn es um die Abwendung faschistischer Übergriffe geht. Zumal sich der Verdacht staatlicher Duldung und Förderung faschistischer Gruppen verfestigt. Das betrifft insbesondere die rechtsterroristischen Anschläge des NSU. Des Anschlags in der Probsteigasse im Januar 2001 ist ein V-Mann des Verfassungsschutzes, Johann Helfer, dringend verdächtig. Es ist zu

hoffen, daß verschiedene parlamentarische Untersuchungsausschüsse peu à peu den behördlichen Hintergrund des Rechtsterrorismus zu erhellen imstande sind. Es wächst bundesweit die Aktivität von Bürgerinitiativen, in Köln heißt es „Keupstraße ist überall“. Opferanwälte und einige Journalisten lassen nicht nach, diese Staatsaffäre auszuleuchten. Merkwürdige Todesfälle von Zeugen, angeblich Selbstmorde, erhärten die Vermutung, daß der NSU noch aktiv ist, aber behördlicherseits abgeschirmt wird. Generalbundesanwalt Harald Range, den der Justizminister Maas im August entließ, weil er die Pressefreiheit verletzte, war am 17. November 2011 ernannt worden, wenige Tage, nachdem Böhnhardt und Mundlos in Eisenach tot aufgefunden worden sind. Schon am ersten Tag seiner Tätigkeit wusste er und ließ verlauten: „Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der rechtsterroristischen Tätergruppe gibt es derzeit nicht.“ (FAZ, 18. November 2011)

Dieser Satz ist als Anweisung zu werten.

Die folgende Aktenvernichtung rechtfertigte der damalige Vize-Chef des VS Klaus-Dieter Fritsche gegenüber dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages. Es dürften keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren. Damit räumte er zwar unfreiwillig die behördliche Beteiligung ein, aber verweigerte deren Aufklärung. Nach dieser gegen die Verfassung gerichteten Einlassung und der Verweigerung der Amtshilfe (nach Artikel 44,3 GG) wurde Fritsche nicht etwa aus dem öffentlichen Dienst entfernt, sondern befördert, zunächst zum Geheimdienstkoordinator des Bundeskanzleramtes (bis 2009). Seit zwei Jahren ist er gar Staatssekretär für die Belange der Nachrichtendienste im Bundeskanzleramt. Ebenso verhöhnt werden wir durch ein Gesetz vom 3. Juli 2015, das V-Leute straffrei halten soll, wenn sie Straftaten im Zusammenhang mit ihrer Aufklärungstätigkeit begehen, namentlich, wenn die Straftaten dazu dienen, Vertrauen in der Szene zu entwickeln. Die Konsequenz: Naziterror ist nicht nur straffrei, sondern wird sogar bezahlt. Ein solches Gesetz öffnet Schleusen bei der Rekrutierung von Nazis für den VS, ermutigt sie zu weiteren rassistischen, gegen die Linke und überhaupt gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Gewalttaten. Es soll Antifaschisten und Friedenskräfte einschüchtern und wird Rassismus und Kriegshetze fördern.

Die Herrschenden sorgen sich offenkundig um den Bestand ihrer Herrschaft. Sie vertrauen nicht mehr der Überzeugungskraft ihrer ideologischen Apparate. Angesichts der andauernden Krise wird nackte Gewalt in Reserve gehalten.

In der UZ von dieser Woche resümiert Lucas Zeise die 7 Jahre nach der Lehman-Brothers-Pleite. Der Finanzsektor sei größer als damals, anfällig und zerbrechlich. Er erhalte kontinuierliche Stützung, es gedeihe die Spekulation, die Krise der Weltwirtschaft halte an.

Am Donnerstag (17. September) hat die US-amerikanische Notenbank noch einmal die Erhöhung der Leitzinsen verschoben. Ein Teil der Finanzwelt hatte diesbezüglich Sorgen, weil eine Erhöhung in den Schwellenländern, insgesamt bei den Kreditnehmern dieser Welt Schocks ausgelöst hätte. Ich erinnere nur an die finanzielle Lage der Kommunen.

Die EZB wiederum fährt die Strategie des billigen Geldes und kauft im Prinzip unbegrenzt Staatsanleihen überschuldeter Staaten. Gegenwärtig wird das Programm von einem Gesamtvolumen von weiteren 1,14 Billionen Euro Monat für Monat mit 60 Mrd Euro umgesetzt. Das bewahrt Banken vor dem Bankrott und verführt sie dazu, weiterhin Blankoschecks auszustellen. Reiche werden reicher.

Unserer Meinung nach gehören Banken in öffentliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle. Das gilt insbesondere für die EZB, die auf ihre Unabhängigkeit pochend ausschließlich die Interessen des Finanzkapitals bedient. Unterdessen sammeln sich die faulen Papiere. Mindestens 900 Mrd Euro sind uneinbringlich. Die Geldschwemme hält die Zinsen niedrig und den Euro billig. Das soll die Konjunktur ans Laufen bringen. Aber das Geld wird nicht in die Produktion investiert, weil sich mit der Herstellung von Waren zu wenig verdienen läßt. Fällig wäre aber die Vernichtung von Kapital. Unterdessen blähen sich diverse Finanzblasen auf und werden irgendwann aus geringfügigem und zufälligem Anlass platzen.

Trotz des billigen Geldes will die Konjunktur nicht anspringen. Die Wirtschaft dümpelt dahin. Die Automobilverband VDA vermeidet zwar Aussagen über Umsatzeinbußen, es gibt aber einige

warnende Indizien. Die Absatzprognose für China wurde um die Hälfte gesenkt. Der Kölner Motorenhersteller Deutz schockt Anleger mit Gewinnwarnung (KR 17. September), seine Aktie rauschte am Mittwoch um 30% in die Tiefe. Der Betrieb hat schon mehrere hundert Leiharbeiter entlassen, jetzt wird die Kurzarbeit ausgeweitet, insgesamt 5 bis 6 Tage im Monat. 1200 von 2900 Kollegen sind davon betroffen. Deutz habe die Dauer der Flaute, „die derzeitige Investitionszurückhaltung in Endmärkten“, unterschätzt, schreibt die FAZ am vergangenen Donnerstag. Auch die sinkenden Preise für Öl und andere Rohstoffe deuten auf eine Nachfrageschwäche. Die Preise für Industriemetalle (FAZ 21. August 2015) sind stark gesunken – lediglich der Goldpreis steigt, das wiederum ist ein Symptom für den Drang der Anleger nach Sicherheit. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ – die Zentralbank der Zentralbanken) warnt (FAZ 14.9.15) vor den Maßnahmen der EZB. Das schnelle Wachstum der privaten wie öffentlichen Verschuldung sowie steigende Immobilienpreise würde Risiken für die Stabilität der Bankensysteme in mehreren Schwellenländern, aber auch in einzelnen Industrienationen erzeugen.

Im Februar berichtete die Presse von einer Untersuchung von McKinsey, nach der die Schulden der 47 reichsten Länder insgesamt 175 Billionen Euro betragen. Das ist das Dreifache ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung. Diese Summe repräsentiert Vermögensansprüche von Gläubigern, die Verzinsung und Tilgung erwarten. Schulden bzw. Vermögensansprüche wachsen schneller als die Wirtschaftsleistung. Die Gesamtmasse der Kredite ist von 142 Billionen Dollar im Jahr 2007 auf 199 Billionen Dollar im Jahr 2014 gewachsen. Im Jahr 2000 war es noch halb so viel. Von den 199 Billionen entfallen 40 auf Privathaushalte, 56 auf Unternehmen, 58 auf Regierungen, 45 auf Finanzinstitute – dramatischer wird es, wenn wir die Zahlen der Unternehmen und Finanzinstitute addieren: dann sind es 101 Billionen, also mehr als die Hälfte der Gesamtsumme. Und es gelingt ihnen, einen immer größeren Teil ihrer Risiken auf die öffentliche Hand zu überwälzen.

Kredite sind aber nichts anderes als der Anspruch auf einen Teil des Mehrwerts, der auf dem Markt realisiert werden muß. Daran hapert es. Im Kapitalismus der freien Konkurrenz führte der relative Überschuss periodisch zu Entwertung und Brachlegung von Kapital. Im Monopolkapitalismus wird dieser Überschuss chronisch und verwandelt sich in Geldkapital, das auch in seiner fiktiven Eigenschaft aggressiv nach Verwertung drängt. Nichtverwertung ist Vernichtung von Kapital. Eine Existenzbedingung des Monopolkapitalismus ist die Expansion. Die kann durch Kolonisierung erreicht werden, durch die territoriale Aufteilung der Welt, durch Raubbau an den natürlichen Ressourcen, aber auch mittels Privatisierung und Unterordnung bislang gesellschaftlicher Bereiche unter die Mehrwertproduktion, ihre Verwandlung in Ware. Expansion ist das Doping, die Droge, die den Kapitalismus am Leben hält. Reaktion auf der ganzen Linie, Drang nach Herrschaft, äußerste Zuspitzung der Gegensätze – so kennzeichnete Lenin das imperialistische Stadium des Kapitalismus. Das Monopol treibt den Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung weiter. Auch der Imperialismus überwindet die Krisen nur dadurch, dass er allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.

Aktien gelten angesichts der Krisensymptome sicherer als andere Kapitalanlagen. Aber die Anleger sind sehr nervös. Die Kurse volatil, steigen heftig, fallen tief. Entwicklungen in China, insbesondere nach den mehrmaligen Abwertungen der chinesischen Währung, drückten den Dax, der im April mal über 12 000 Punkte hüpfte, am 24. August unter die 10 000-Punkte-Marke. Eindrucksvoll einheitlich gerieten bis in die Massenmedien hinein die Kommentare, die die Anleger beruhigen und vor Panikverkäufen warnen wollten.

Aber solange es nicht in Gestalt von Crashes oder Schuldenschnitten zu Entwertungen überakkumulierter Massen von Geldkapital kommt, werden sich die wirtschaftlichen Aussichten nicht bessern.

Die Umverteilung von Arm zu Reich erreicht bizarre Dimensionen. Das Gesamtbrutto-Vermögen in Deutschland ist auf 11,3 Billionen Euro gestiegen. Ein Prozent der Bevölkerung besitzt 36% davon. Im vermögendsten Zehntel der Bevölkerung verfügt jeder durchschnittlich über 1,15 Millionen Euro. Auf der anderen Seite ist jeder zehnte Erwachsene mit 32.600 Euro im Schnitt überschuldet.

Die Armut ist erneut angestiegen. 13 Millionen Menschen bei uns (= 16,1%) gelten nach der Armutsdefinition der EU als arm. 3,1 Millionen Menschen arbeiten lohnabhängig, ohne von ihrer Arbeit leben zu können. Der Niedriglohnsektor dehnt sich aus. Und es wächst angesichts der Massenarbeitslosigkeit die Konkurrenz unter den Arbeitenden mit der spontanen Neigung zu Abwertungen moralischer Art je nach Hautfarbe, Nationalität oder Religion, aber auch ganz praktisch in Gestalt von Druck auf die Löhne. Der Anteil von prekär Beschäftigten steigt.

Es fehlt an Kaufkraft. Sie und nicht der Mangel an Freihandelsabkommen bremst Produktion und Handel. Aber die Konzerne und gefügige Regierungen sehen das anders. Ihnen sind die Löhne immer noch zu hoch, Bestimmungen über die Arbeitssicherheit, gewerkschaftliche Rechte, Umweltauflagen und Verbraucherschutz gelten ihnen als Handelshemmnisse, die sie mittels TTIP beseitigen wollen.

Seit zwei Jahren konferieren EU und USA über das geplante Abkommen. Vorgesehen ist ein transatlantischer „Regulierungsrat“ von Konzernvertretern, der Gesetze vor ihrer Verabschiedung begutachtet. Und danach können Konzerne mittels Sonderklagerechten privaten Schiedsgerichten ihre Gewinnerwartungen anvertrauen. Angesichts des öffentlichen Drucks will Handelskommissarin Cecilia Malmström, das ließ sie am Mittwoch verlauten, die Schiedsgerichte durch ein „System der Investitionsgerichte“ (ICS) ablösen. Das ist ein Täuschungsmanöver. Immer noch sind es private Sondergerichte. Angesichts drohender Privatisierung kommunaler Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge konnte in Köln am 24. März ein Ratsbeschluss gegen TTIP, TiSA und CETA gefasst werden, der an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig lässt. Und an politischer Breite. Gefaßt haben ihn 79 von 90 Mitgliedern des Stadtrat, von CDU bis PDL. Anlass war ein Bürgerantrag von Christine Reinicke, mittlerweile unsere Genossin, der vom Kölner Bündnis No-TTIP gestützt wurde. Die Spannbreite der Unterstützer reicht vom KAB über den DGB, Attac, Grüne bis zur DKP.

Ein solcher Ratsbeschluss fällt nicht vom Himmel. Er ist den weitgespannten Aktivitäten des Bündnisses No-TTIP zu verdanken und nicht zuletzt der Aktivität unserer Genossinnen und Genossen im Bündnis. Mittlerweile haben sich weit mehr als 2 Millionen Bürgerinnen und Bürger der EU mit ihrer Unterschrift gegen TTIP gewandt und über 250 Kommunen in der Republik zu TTIP kritisch geäußert. Der nächste Höhepunkt des Kampfes gegen TTIP hat das Datum 10. Oktober. An diesem Tag wird zu einer Demonstration nach Berlin aufgerufen. Unter den Aufrufen stehen auch die DGB-Gewerkschaften IG Metall und Verdi, GEW ohnehin, aber auch der DGB selbst. Vor einem Jahr noch hatte der SPD-Vorsitzende Gabriel den DGB für TTIP einzubinden versucht. Das ist offenkundig gescheitert.

Liebe Genossinnen und Genossen,

„...das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ (Marx: Thesen über Feuerbach, MEW Bd. 3, S. 6) Das bisher Gesagte versucht den systematischen Zusammenhang von Flucht, Krieg, Faschismus und Krise darzustellen. Es handelt sich um eine neue, die Menschheit als Ganzes bedrohende Stufe staatsmonopolistischer Vergesellschaftung und ihrer Widersprüche im Interesse der großen Privateigentümer. Der Imperialismus benötigt für seine Verbrechen skrupellose und zynische Charaktermasken, er bekommt sie und honoriert sie für ihre Taten. Aber charakterliche Defizite solcher Menschen sind nicht die Ursache von Krise, Krieg, Faschismus und Flüchtlingsnot. Um dagegen zu kämpfen, müssen wir uns vergegenwärtigen, daß unser Gegner letztlich das Privateigentum an den großen Produktionsmitteln ist. Das ist ein sehr abstrakter Begriff von einer durchaus verwickelten gesellschaftlichen Gemengelage. Das komplexe Herrschaftssystem, das sich zur Aufrechterhaltung und Ausdehnung des Privateigentums entwickelt hat, spiegelt sich gewissermaßen im Individuum und seinen Vorstellungen und Handlungen. Auch ohne Propagandalügen stellen sich notwendige, kaum vermeidbare Irrtümer ein. Allein die Gewalt der Lebensverhältnisse setzt Prioritäten, ohne dass es des unmittelbaren Zwangs bedürfte. Denn zunächst drängen die nächstliegenden Bedürfnisse, etwa, sich und die Familie durch Verkauf der

Arbeitskraft am Leben zu halten, dann erst dürfen Solidarität, Völkerfreundschaft, Mitleid und freundlicher Umgang miteinander ihre Ansprüche anmelden, ganz hinten rangiert die wissenschaftliche Durchdringung ökonomischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Von den zahlreichen trügerischen Verlockungen der Kulturindustrie will ich nicht reden. Da hören wir schon mal: Das Hemd ist mir näher als der Rock. Ich bin schwach, ich kann nichts machen. Die machen ohnehin, was sie wollen. Vor allem aber: tut mir leid, ich habe zu wenig Zeit, weil andere, der Reproduktion dienende Tätigkeiten und Bedürfnisse dringlicher sind. Die Ziele unserer politischen Angebote, selbst wenn sie politisch akzeptiert werden, erscheinen vielen unrealistisch und unerreichbar. Hier ist revolutionäre Geduld fällig, ohne dass ich leichtfertig die gegenwärtige Lage als nicht revolutionär einschätzen will. Vieles kann sich schnell ändern.

Noch ein Marx-Zitat, die meisten werden es kennen:

„Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewusstsein beurteilen, sondern muss vielmehr dies Bewusstsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären.“ (Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 13, S. 8 ff.)

Knapp gesagt, wir wissen, dass Bankmanager nur bei Strafe des Verlusts ihrer hoch dotierten Kommandopositionen über den Tellerrand ihrer Profitinteressen sehen und daraus womöglich fortschrittliche Schlussfolgerungen ziehen könnten. Wir bekommen von ihnen im besten Fall den wohlformulierten Ausdruck ihres bornierten Gewinninteresses zu hören. Einziges Merkmal: Möglichst hoch soll der Gewinn sein. Das isst es dann schon. Bankier zu sein, strengt bezüglich der Ziele jedenfalls geistig nicht an. Umgekehrt, über gesellschaftliche Verhältnisse nachzudenken, in denen nicht der Profit das letzte Wort hat, und wie man sie erreicht, ist anstrengend und anspruchsvoll. Schwer fällt es uns auch, für den Zusammenbruch des Systems des Realen Sozialismus wissenschaftlich tragfähige Erklärungen zu finden, vor allem solche, die sowohl kurz wie geeignet sind, auf den Anwurf „Ihr habts doch versaut!“ zu wechseln, und trotzdem richtig sind. Offenkundig unzulänglich ist die Erklärung, Gorbatschow, der Revisionist, sei's gewesen. Dieses Argument gleicht der Rede über Konzernmanager, die an den Übeln des Kapitalismus schuld seien. Sicher war Gorbatschow ein Revisionist und seine Ziele tarnte er zunächst als marxistisch-leninistische. Aber er war er nur der kleine Tropfen, der das Fass überlaufen, der geringe Stoß, der ein brüchig gewordenes Gefüge zusammenbrechen lässt. Dieselbe Qualität hätte das Argument, dass unter Stalin die Welt des Sozialismus noch in Ordnung war. Sie war es nicht, überhaupt nicht, und erst recht nicht die der Partei. Den Terror, den er ausüben ließ, hat sie kopflos gemacht, erstens wörtlich und zweitens in dem Sinne, daß ihre Fähigkeit zur wissenschaftlichen Analyse weit unter den Möglichkeiten blieb.

Zitat: „In dieser Zeit verlor die Partei an Glaubwürdigkeit und damit letztlich die Hegemonie. Politische und organisatorische Grundsätze der KPdSU wurden zunehmend außer Kraft gesetzt; an die Stelle von innerparteilicher Demokratie, Kollektivität und Solidarität traten autoritäre Maßnahmen.“ Das ist richtig und steht so in unserem Programm. Und es gebe noch mehr zu sagen. Solche Erkenntnisse sind kostbar und sollten uns bewahren vor leichtfertigen Rückgriffen auf stalinsche Thesen.

Ich bin nicht bereit, mich zum Marxismus-Leninismus zu bekennen und ihn als Grundlage unserer Politik und Weltanschauung an die Stelle der Theorie von Marx, Engels und Lenin zu setzen, solange nicht mitgeteilt wird, aus welchen Inhalten sich dieser wandelbare Begriff ML mittlerweile speist und wie er sich unterscheidet von der Theorie von Marx, Engels und Lenin, deren vielbändige Werke uns bislang als verbindliche Grundlage völlig ausreichten. Bis zum Beweis des

Gegenteils unterstelle ich, dass mit ML gemeint ist, was 1938 vom ZK der KPdSU in den 440 Seiten des Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPSU (B) - angeblich aus Stalins Feder - für alle Genossinnen und Genossen zum verbindlichen Katechismus erklärt worden ist. Ich warne davor, ich hab's gelesen. Originell sind die 35 Seiten zum historischen und dialektischen Materialismus. Mehr darüber im Wuppertaler Referat „Das Teewasser und die Revolution“.

Ich teile ausdrücklich, was die Wuppertaler Kreisorganisation zum Leitantrag formuliert hat. In aller Kürze ist das die umfassendste Kritik, die auf der Grundlage des Programms von 2006 formuliert werden kann. Auch das, was wir in Köln dazu in die Form von Anträgen gebracht haben, ist der Versuch, das Programm als verbindliche Grundlage unserer Politik zu erhalten. Es ist insbesondere zu kritisieren die Vernachlässigung des Kampfes um Demokratie, genauer der Verteidigung der Demokratie. Denn es handelt sich gegenwärtig um die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, eine andere haben wir ja nicht. Wir verteidigen sie gegen den Faschismus. Wir haben sie seinerzeit gegen die Berufsverbote verteidigt, auch der Kampf um die legale Tätigkeit von Kommunisten, die legale Tätigkeit der Friedensbewegung, der Kampf gegen die Notstandsgesetze war Kampf um die Wahrung bürgerlich-demokratischer Rechte. Heute geht es zudem gegen die Vorratsdatenspeicherung, gegen den Überwachungsstaat, gegen TTIP und andere Zumutungen aus Brüssel. Wir haben im Sommer zusehen müssen, wie Schäuble im Namen der EU ein ganzes Volk erpresste. Der Kampf gegen die Memoranden war allemal ein Kampf um Demokratie, auch wenn er zunächst verloren ging. Verspottet nicht die Kämpfenden, selbst wenn sie unterliegen. Ich erinnere an die Pariser Kommune. Welche Fehler haben die Kommunarden gemacht! Aber wir ehren sie. Und wir wollen hoffen, daß sich morgen die Griechen nicht verwählen und mutig bleiben. Die Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt ist ein Kernpunkt unserer Strategie und soll es bleiben. Das werden wir auf dem Parteitag klären.

Wir haben uns im Bezirksvorstand am 1. Februar 2015 und in einigen Kreisen ausführlich mit dem Leitantrag beschäftigt. Das Referat „Krisenstatus, Kriegsgefahr, Rechtstendenzen. Anmerkungen zum Leitantrag“ ist auf der Homepage des Bezirks nachzulesen. Einige GenossInnen waren in Hannover auf der ersten zentralen theoretischen Konferenz am 21. Februar. Mir ging es bei meinem Referat dort um die Darstellung des Zusammenhangs von Krise, Krieg und Faschismus. Das ist auch das Anliegen eines der Kölner Anträge zum Leitantrag und – Ihr merkt es – auch dieses Berichts.

Nicht mehr ganz so viele Genossen aus dem Rheinland waren am 5. September in Kassel bei der zweiten Theoriekonferenz. Ich habe mich nur zeitweise von einem bundesweiten Vorbereitungstreffen eines Tribunals „NSU-Komplex auflösen“, wegstellen können. In Wuppertal war der Leitantrag Thema auf einer Kreismitgliederversammlung am 20. April zusammen mit Genossinnen aus Mettmann und Bergisch-Gladbach. Solingen hat am 24. Juni diskutiert. Im Kölner KV war er Thema eines Tagesseminars am 1. März. In den Kölner Gruppen wurde er diskutiert. Die KMV am 31. Mai beschloss eine Reihe von Anträgen. Nicht alle Kritikpunkte sind in Form von Anträgen formuliert worden. In Köln sind wir noch nicht fertig geworden mit einem Papier, zu dem wir durch den alten Gruppenleitfaden von 1984 und die Auswertung der Neuausgabe der Parteibücher angeregt worden sind. Uns geht es um die Stärkung der Gruppen, ihr selbständiges Eingreifen auf verschiedenen Politikfeldern, um die Fähigkeit, neue Mitglieder aufzunehmen und zu halten. Eine solche Diskussion hatten wir auch auf der fünften Bezirksvorstandssitzung 21. September 2014, als es um das Thema „Lage der Partei, Auswertung Pressefest und Parteibuchneuausgabe“ ging. In dem Referat findet sich darüber hinaus eine ausführliche Auswertung der Kommunal- und Europawahlen vom 25. Mai 2014. Es steht auf der Homepage des Bezirks.

Der Kampf um sozialen Fortschritt stellt sich zunächst mal dar als Kampf gegen sozialen Rückschritt. Wir haben es schon mit Streikverböten zu tun, kürzlich wurden die Piloten gerichtlich gezwungen, ihren Streik abubrechen, nachdem vor Monaten bei den Lokführern eine ähnlicher Versuch gescheitert war. Streikverböte sind aber auch im Tarifeinheitsgesetz angelegt. Von den Produktivitätsfortschritten landet nichts bei den Lohnabhängigen. Weder in Gestalt von

Arbeitszeitverkürzungen, noch auch nur in einem wachsenden Anteil am Volkeinkommen. Die Streikenden der Post haben ihre Ziele nicht erreichen können, die Post will sich nicht hindern lassen, zwecks Minderung der Löhne Bereiche auszugliedern. Auch die Sozialarbeiter und Erzieher sind noch lange nicht am Ziel einer höheren Einstufung. Dabei haben beide für 1 Million Streiktage gesorgt, seit 2006 ist das die höchste Zahl von Streiktagen in einem Jahr. Und es ist noch nicht zuende.

Mit Spannung erwarten wir die Ergebnisse der Gewerkschaftstage von Verdi und IG Metall. Christine Christofsky ist Mitglied des Bezirksvorstands, kandidiert auch wieder und arbeitet im Arbeitskreis Wirtschaft und Soziales unseres Bezirks mit. Morgen fährt sie als Delegierte nach Leipzig zum Verdikongress, wir wünschen ihr viel Erfolg!

Schwerpunkt unserer Arbeit im Bezirk ist die Kommunalpolitik. Höhepunkt war die Kommunalwahl im Mai vergangenen Jahres. In Neuß und Solingen (1. November) haben dazu Tagesseminare stattgefunden. Es gab eine nicht sehr zahlreich, aber von immerhin zwei Mandatsträgerinnen (Neuß und Essen) besuchte Beratung in Köln. Vorausgegangen war im Juni 2013 unsere kommunalpolitische Konferenz. Insgesamt können wir mit dieser Arbeit zufrieden sein, sie zeigte Wirkung. Wir konnten in Auswertung der Wahlen eine ganze Reihe von Genossinnen und Genossen zu ihrer Wahl beglückwünschen. Allesamt auf dem Ticket der PDL. Renate Linsen wurde wieder in den Aachener Stadtrat gewählt.

Manfred Kriegeskorte zog in der Rat der Stadt Wiehl im Oberbergischen ein.

In Velbert beerbte Sonja Spiekermann den Ratssitz ihres Vaters Günter Judick.

In Neuß wurde Vincent Cziesla Mitglied des Stadtrats.

Wolfgang Aschenbrenner ist in Troisdorf in den Stadtrat und zum Fraktionsvorsitzenden der PdL-Fraktion gewählt worden.

Jürgen Köster ist Bezirksvertreter in Wuppertal-Ronsdorf, Hartmut Kissing in Wuppertal-Cronenberg, Walter Herbst zog für die PdL in die Bezirksvertretung Solingen-Wald ein, wo er als Alterspräsident die erste Sitzung zu leiten hatte.

Das sind fünf Sitze in Stadträten, drei in Bezirksvertretungen.

In Neuß ist unterdessen Svenja in unsere Partei eingetreten, so dass von den drei Mitgliedern des Stadtrats auf den Ticket der PDL mittlerweile zwei in der DKP sind.

Die DKP-Kandidaturen für Bezirksvertretungen in Köln und Düsseldorf führten zwar zu keinem Mandat, haben aber merklich zu unserer politischen Ausstrahlung beigetragen. Das gilt auch für die Bündniskandidatur für die Bezirksvertretung Mülheim.

Der AK Bayer hat seine Arbeit wieder aufgenommen und bringt regelmäßig und mit wachsender Zustimmung die Pille heraus. Es ist aber ohne weiteres möglich, die Auflage zu erhöhen und an weiteren Toren zu verteilen. Das für Anfang September vorgesehene Pillefest indes haben wir angesichts der Vorbereitungen dieser BDK ausfallen lassen müssen.

Der AK W&S beteiligte sich an der Durchführung der Maifeier in Köln, sowohl 2014 wie 2015.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenig vergnüglich waren die Diskussionen, die wir vor und nach der Spaltung mit und über unsere jungen Genossen der SDAJ hatten. Wir haben damals auch Mitglieder unserer Partei verloren.

Tiefpunkt der Auseinandersetzungen in der SDAJ war der 4. Mai 2013, als ein Teil der Landesmitgliederversammlung Nico Quittmann und Thomas Liermann folgte und eine eigene Organisation gründete. Die SDAJ Rheinland wurde zerlegt. Die mittelbare, aber zwingende Folge war der Rücktritt der beiden, Nico als Mitglied des BS und Thomas als Vorsitzender der Bezirksorganisation, am 9. Juni 2013. Danach war eine ao BDK am 27. Oktober mit Neuwahlen fällig. Die Auseinandersetzungen in der SDAJ spiegelten die Debatte in unserer Partei, wenn auch etwas verzerrt. Aber wir sind seit dieser Zeit bemüht um ein gutes Verhältnis zur SDAJ. Aber es scheint eine Scheu zu geben, mögliche politische Differenzen anzusprechen und offen zu diskutieren.

Der Bezirksvorstand hat in seiner dritten Sitzung am 23. März 2014 über die Lage der Jugend auf der Grundlage eines Referats von Klaus Weissmann diskutiert. Schon zu diesem Zeitpunkt ging es

auch um die Planung und Mobilisierung für einen zentralen jugendpolitischen Ratschlag unserer Partei am 5. April in der Alten Feuerwache in Köln. Der Bezirk war mit 12 (vier DKP/acht SDAJ) von 46 TeilnehmerInnen vertreten. Entsprechend dem arbeiterjugendpolitischen Schwerpunkt der SDAJ in diesem Jahr ging es um solche Themen. Wir warben für die Aktion „Revolution Bildung“ der IG-Metall-Jugend, die am 27. September stattfand. Vermutlich war zu diesem Zeitpunkt noch nicht das Konzept für einen Arbeiterjugendkongress parat, der für den Folgetag im Bürgerzentrum Ehrenfeld geplant wurde. Beide Veranstaltungen wurden für alle Beteiligten ein großartiger Erfolg, an den es anzuknüpfen gilt. Das geschieht. Die SDAJ arbeitet bei der Pille mit. Und in Vorbereitung des Festivals der Jugend in diesem Jahr konnte in der Pille für eine Veranstaltung auf dem Festival der Jugend geworben werden, wo es um den Bayer-Konzern ging. Diese Veranstaltung wurde von Axel Köhler-Schnura und mir bestritten. Ich denke, dass auch hier alle Beteiligten zufrieden sein konnten. Überhaupt war der Auftritt des Bezirks auf dem FdJ zufriedenstellend. Einige Genossen haben sich hervorragend engagiert.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere vorherige BDK war eine außerordentliche. Ich hatte in Stellvertretung für den zurückgetretenen Thomas Liermann einen Bericht über den Zeitraum ab dem 8. Dezember 2012 zu geben. Am 27. Oktober 2013 wurde ich zum Vorsitzenden der Bezirksorganisation gewählt. Zu unserer konstituierenden 1. BV-Sitzung haben wir uns am 8. Dezember 2013 getroffen. Thema war die EU und der EU-Wahlkampf. Das Referat ist wie alle folgenden Referate von mir auf der Homepage des Bezirks gelandet und kann dort eingesehen werden.

Auf der 2. BV-Tagung am 2. Februar 2014 referierte Wolfgang Scholz über Tarifeinsetzungen und Gewerkschaftsfragen. Hingewiesen wurde auf die IG-Metall-Jugend-Aktion im September und den jupo Ratschlag von SDAJ und DKP im April.

Am 8. Februar 2014 hatte ich auf der Landeskonferenz der VVN die Gelegenheit zu einem Grußwort, Thema war der Anschlag in der Keupstraße und die AfD. In der Folge lud mich die Gelsenkirchener VVN zum Thema AfD ein, später auch die Gelsenkirchener DKP. Am 15. Februar mobilisierten wir für die Aachener Vier-Parteien-Konferenz und zur Demo. Am 22. März fand die zentrale wohnungspolitische Konferenz in Ffm mit starker Beteiligung aus Köln und Düsseldorf statt. Die Referate sind in einer Broschüre veröffentlicht. Von der dritten BV-Tagung am 23. März war schon die Rede. Ebenso wie von der Vierten am 11. Mai, als es um die Krisenentwicklung und Kriegsgefahr mit dem Schwerpunkt Ukraine ging. Am 25. Mai waren die Kommunalwahlen in NRW und die Wahlen zum Europäischen Parlament.

Dann hatten wir am 27. bis 29. Juni das Pressefest. Heftig ist der Regen kritisiert worden. Sonst waren wir zufrieden und sollten beim nächsten Pressefest uns ähnlich stark präsentieren.

Die fünfte BV-Sitzung am 24. August 2014 musste ausfallen, nachdem sechs Mitglieder des BV (Angelika und Peter L., Bianka, Dietmar, Uwe, Renate) gegen die Kurzfristigkeit der Einladung protestiert hatten. Die Einladung selbst war in der Tat erst eine Woche vorher erfolgt, auch wenn der Termin in der Terminliste vorher bekannt war. Ich war eben aus dem Urlaub zurück.

Aber ihre Empörung war so groß, dass Genossinnen und Genossen mitteilten, sie würden zur Sitzung am 24. August selbst dann nicht erscheinen, wenn sie nicht verhindert wären. Der Umstand, daß sie das in einer gemeinsamen Mail kund taten, ersparte mir die Nachfrage, ob sie sich abgesprochen hätten. Wir verlegten die Sitzung auf den 21. September im Einvernehmen mit den Sechs. Immerhin erschienen am verabredeten Tag drei von den sechs Empörten. Thema der fünften BV-Sitzung am 21. September war Lage der Partei, Auswertung Pressefest und Parteibuchneuausgabe. Das Referat ist in die Homepage des Bezirks eingepflegt.

16. November Pilleempfang KL-Schule

Sechste BV am 30. November 2014: Nazihooligans und neue Entwicklungen mit Falk Mikosch

Siebte BV 1. Februar 2015 Erörterung des Leitantragwurfes, aber auch W&S, Vorbereitung Festival der Jugend

Theoretische Konferenz 21. Februar Hannover

Achte BV 22. März „Rasante“ Entwicklung der Produktivkräfte – steht auf der Homepage

Neunte BV 10. Mai, Vorbereitung BDK, Hauptantrag Handlungsorientierung

22. bis 24. Mai Festival der Jugend Köln

Zehnte BV 14. Juni Heinz Stehr zu „Internationalismus – Chancen und Herausforderungen“ siehe Homepage

Elfte BV 23. August 2015 Vorbereitung BDK und „Einige Anmerkungen zur gegenwärtigen Lage und Krisenentwicklung“ (mit Griechenland) siehe Homepage.

Was noch fehlt in diesem Bericht, ist die Landespolitik. Tatsächlich hatten wir wenig Gelegenheit. Im August vergangenen Jahr indes gelang es mir, mich im Landtag in eine Anhörung des Untersuchungsausschusses zu den Affären des Bau- und Liegenschaftsbetriebs einzuschmuggeln. Die war sehr aufschlußreich und bot mir die Gelegenheit zu einem ausführlichen Artikel in der UZ, aber auch auf der Homepage des Bezirks. Ich versuche, die korruptiven Hebel des BLB-Gesetzes deutlich zu machen. Dieser riesige Immobilienbetrieb ist der zweitgrößte Europas, ein Korruptionsherd ersten Ranges. Sein innerer Zweck ist die Privatisierung der Liegenschaften des Landes.

Ein anderer Komplex war die Novellierung des Hochschulfreiheitsgesetzes. Ich habe die Novelle untersucht und festgestellt, daß sich wenig ändern soll. Allerdings hatten die Konzerne Kritik an der Forderung des neuen Gesetzes, über die Drittmittelforschung und ihre Zwecke Auskunft zu geben. Sie haben sich durchgesetzt. Die Coordination gegen Bayer-Gefahren hat es in einem Prozess gegen Bayer zu spüren bekommen, als sie die Zusammenarbeit mit der Kölner Uni unter die Lupe nehmen lassen wollte.

In der Handlungsorientierung schlagen wir vor, daß wir uns nach dem Parteitag mit dem Ruhrbezirk ins Benehmen setzen und beraten, wie wir mit der Landtagswahl im Mai 2017 umgehen wollen.

Klaus Stein, 19. September 2015

Anträge an die BDK

**Durch die Annahme des Antrags
A02 aus der Kreisorganisation
Bonn/Rhein/Sieg wurden die
Anträge A01, A03 bis A07 und A09
bis A11 nicht weiter behandelt,
sondern an den neu gewählte
Bezirksvorstand zur Überarbeitung
weitergeleitet.**

Arbeitsmaterial des Bezirksvorstandes

Antragsteller: Bezirksvorstand DKP Rheinland Westfalen

5

Handlungsorientierung

Die Lage

- 10 Reaktion auf der ganzen Linie, Drang nach Herrschaft, äußerste Zuspitzung der Gegensätze – so kennzeichnete Lenin das imperialistische Stadium des Kapitalismus. Die Umverteilung von Arm zu Reich geht ungehemmt weiter. Das Gesamtbrutto-Vermögen in Deutschland ist auf 11,3 Billionen Euro gestiegen. Ein Prozent der Bevölkerung besitzt 36% davon. Das vermögendste Zehntel der Bevölkerung verfügt durchschnittlich über 1,15 Millionen Euro. Auf der anderen Seite ist jeder zehnte Erwachsene mit 32.600 Euro im Schnitt überschuldet.
- 15 Die Armut ist erneut angestiegen. 13 Millionen Menschen (= 16,1%) gelten nach der Armutsdefinition der EU als arm. 3,1 Millionen Menschen arbeiten lohnabhängig, ohne von ihrer Arbeit leben zu können. Der Niedriglohnsektor expandiert. Der Paritätische Wohlfahrtsverband gibt die Quote der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren, die von Hartz IV leben und bitterarm sind, mit 15,5% an. Zugenommen hat auch die Altersarmut. Rentnerinnen und Rentner sind zu 15,2% arm, seit 2006 ist diese Quote viermal so stark
- 20 angestiegen wie in der Gesamtbevölkerung. Mittlerweile nehmen eine halbe Million die Grundsicherung im Alter wahr. Immer mehr sind davon betroffen. Im vergangenen Jahr arbeiteten 7,8 Millionen Menschen prekär. Diese Zahl stieg in den letzten 20 Jahren um mehr als 70 Prozent. Aber auch insgesamt hat die Arbeiterklasse Lohnverluste hinnehmen müssen. Zwar lag die Kaufkraft im vergangenen Jahr mit 1,2% erstmals höher als im Jahr 2000, aber die Lohnquote, also der Anteil der Löhne (plus Sozialbeiträge) am Volkseinkommen, der von
- 25 72% im Jahr 2000 auf 64% im Jahr 2007 gesunken war, liegt mit 68% im Jahr 2014 immer noch 4% unter der Marke von 2000. Die Verteilungsverluste betragen 87 Milliarden Euro für das Jahr 2014. Auf der anderen Seite steigen die Profite. Allein im Jahr 2014 stiegen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 3,4% auf 694 Milliarden Euro.
- 30 Wohin mit dem vielen Geld? Immer häufiger und erst recht in der Krise, wenn riesige Massen von Geldkapital aggressiv nach profitablen Anlagemöglichkeiten suchen, enthüllt die Herrschaft des Großkapitals ihren gewaltsamen und tyrannischen Charakter. Die Abwehr aber bleibt weit unter dem notwendigen Niveau. Immerhin entwickelt sich eine Vielzahl von demokratischen Bewegungen. Sie entzündeten sich an unterschiedlichen gesellschaftlichen Konflikten, die immer deutlicher den Grundwiderspruch von
- 35 gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, aufscheinen lassen. Die Zumutungen kommen als sachlich gebotener ökonomischer Zwang daher, dem die Demokratie marktconform anzupassen sei. Im ständigen Kampf muß um die Geltung der Interessen der arbeitenden Menschen gerungen werden. Noch zu wenig verknüpfen sich Aktivitäten um die nächstliegenden Bedürfnisse und solche gegen wachsende faschistische Tendenzen zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und der demokratischen Rechte, wie
- 40 sie im Grundgesetz niedergelegt sind, mit solchen, die schon auf eine sozialistische Perspektive verweisen, weil sie Fragen berühren, die sich nur durch Einschränkung des Privateigentums an Produktionsmitteln beantworten lassen. Es ist der Beruf der Kommunistinnen und Kommunisten, in solchen Bewegungen immer wieder auf deren allgemeinen Charakter, auf ihre Klassenkampfeigenschaften zu verweisen.

45 **Das Freihandelsabkommen TTIP – die Wirtschafts-NATO**

„An Befürwortern eines solchen Abkommens, das auch als ‚Wirtschafts-NATO‘ bezeichnet wird, mangelt es

50 nicht: Die scheidende amerikanische Außenministerin Hillary Clinton, der britische Premierminister David Cameron, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel - sie alle sprechen sich dafür aus. Wirtschaftsverbände wie der BDI reihen sich in den Chor ein. ‚Sowohl Amerika als auch Europa haben Anteile auf dem Weltmarkt verloren‘, sagt Ifo-Ökonom Felbermayr. ‚Sie müssen gemeinsam ihre Position gegenüber China stärken.‘“ (FAZ vom 9. Februar 2013)

55 Das Freihandelsabkommen der EU mit den USA soll angeblich Handelshemmnisse beseitigen. Aus Sicht der Konzerne fallen darunter hohe Löhne, Bestimmungen über die Arbeitssicherheit, gewerkschaftliche Rechte, Umweltauflagen und Verbraucherschutz. Tatsächlich aber ist es die mangelnde Kaufkraft, die Produktion und Handel bremst. Millionen Menschen in der EU wollen keinen transatlantischen „Regulierungsrat“ von Konzernvertretern, der Gesetze vor ihrer Verabschiedung begutachtet. Sie wollen keine privaten Schiedsgerichte, denen die Konzerne mittels Sonderklagerechten ihre Gewinnerwartungen anvertrauen. Sie wehren sich gegen die Willkür von Banken und Konzernen. Sie wehren sich gegen TTIP, TiSA und CETA wie schon gegen die Konzessionsrichtlinie Wasser, gegen Port Package II und Bolkestein. Sie wehren sich gegen den Austeritätstakt der EZB, gegen die Schuldenbremsen im Zuge von Fiskalpakt und ESM – und sie wehren sich damit gegen Vorgaben des Lissabon-Vertrags. Er regelt die Tyrannei der Banken und Konzerne gegen die Völker Europas. Zur Absicherung dieser Herrschaft werden wir elektronisch überwacht, forschen uns Geheimdienste aus und werden Daten auf Vorrat gespeichert.

65 Zu den demokratischen Bewegungen in Europa und Deutschland gehören zunächst die Gewerkschaften. Ohne den Zusammenschluss der Arbeiter und ihrer Streikkassen wäre die Reproduktion der Arbeitskraft nicht zu sichern. Immer wieder werden die Tarifauseinandersetzungen zum Anlass für weitergehende Kampfziele, etwa wenn die Gewerkschaft Ver.di durch den Verweis auf angeblich leere öffentliche Kassen zur Aktion Umfairteilen veranlaßt wird. Die IG Metall greift mit der Losung „Revolution Bildung“ Erfahrungen der Bildungsstreiks auf. Die überwiegende Arbeit der Gewerkschaften findet jedoch im ständigen Ringen in Betriebs- und Personalräten statt, wo es darum geht, die Interessen der Kollegen im Kleinkrieg mit dem Unternehmer zu wahren. Diese Arbeit ist wenig spektakulär, aber wirksam. Genossinnen und Genossen der DKP arbeiten in und mit den Gewerkschaften in Betriebs- und Personalräten mit.

75 **Krise**

Im Zuge der weltweiten Überakkumulation waren Bankrotte fällig, aber Kredite konnten die Wirkungen der Unterkonsumtion hinausschieben. Im Jahre 2008 aber war es soweit: es drohten angesichts der Uneinbringlichkeit großer Kreditmengen Bankenpleiten. Um die Sparer von der Idee abzubringen, ihr Geld abzuheben und somit „systemrelevante“ Banken in den Ruin zu treiben, versprach Angela Merkel am 5. Oktober 2008, „dass die Sparerinnen und Sparer in Deutschland nicht befürchten müssen, einen Euro ihrer Einlagen zu verlieren.“ Der Fiskus übernahm mit einem 480-Milliarden-Euro-Programm die Bankenschulden. In enger Absprache mit den wichtigsten Banken wurde die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) gegründet. Sie hatte den Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) zu verwalten. Bis Ende 2010 wurden 193 Mrd. Euro fällig, allein 142 Mrd. Euro für die Hypo Real Estate.

85 Seit dem 1. Januar 2011 kann die SoFFin Schrott-Wertpapiere in Bad Banks unter dem Dach der FMSA auslagern. Ein geheimer Bundestagsausschuss kontrolliert die Rettung der Banken. Die können weitermachen wie bisher. In der Folge schwoll die Staatsverschuldung von 60% auf über 80% an. Seit Januar 2011 ist die Schuldenbremse in Kraft. Grundgesetzlich verankert, zwingt sie Bund und Länder zu Lasten der Kommunen, ihre Schulden zu mindern und planmäßig zurück zu zahlen.

90 Im Mai 2010 geriet Griechenland in Zahlungsschwierigkeiten. Sie wurden mittels einer Kreditgarantie von 110 Milliarden Euro vorläufig behoben, um die privaten Gläubiger zu schonen. Diese Garantie bezahlt die griechische Bevölkerung mit weitreichenden sozialen Opfern. Und dennoch musste der europäische Rettungsschirm auf 750 Mrd Euro erhöht werden. Die griechische Wirtschaft rutschte in der Folge in den Keller. Die Schulden stiegen. In Griechenland betrugen sie im Jahr 2013 175% des BIP gegenüber 105% im Jahr 2007, in Italien 133% (104), Portugal 129% (68), Irland 124% (25), Spanien 94% (36).

95 Jetzt wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) installiert. Er gilt seit 2012. Durch die Zusammenlegung der Mittel des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSF) von 2010 und des ESM ergab sich ein Rettungsschirm von insgesamt 700 Milliarden Euro. Wettbewerbskommissar Almunia

stellte im Februar 2012 fest, dass allein von 2008 bis 2010 die 27 EU-Staaten mehr als 1 600 Milliarden Euro bzw. 13 Prozent ihrer gesamten Wirtschaftsleistung für die Rettung von Banken ausgegeben hatten.

Im September 2012 beschloss die EZB den unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen überschuldeter Staaten. Gegenwärtig wird das Programm von einem Gesamtvolumen von weiteren 1,14 Billionen Euro Monat für Monat mit 60 Mrd Euro umgesetzt. Banken werden vor dem Bankrott bewahrt. Aber es sammeln sich die faulen Papiere. Der Bankenstressbericht der EZB vom Ende November 2014 weiß von 879 Mrd Euro, 9% des BIP der gesamten Eurozone.

Die Geldschwemme hält die Zinsen niedrig und den Euro billig. Das soll die Konjunktur ans Laufen bringen. Aber das Geld wird nicht in die Produktion investiert, weil sich mit der Herstellung von Waren zu wenig verdienen läßt.

Im Kapitalismus sind Produktion und Konsumtion der Kapitalverwertung untergeordnet. Mehrwert wird nur in der Produktion geschaffen. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte drückt die wachsend organische Zusammensetzung des Kapitals die Profitrate. Der Ausgleich des drohenden Falls der Profitrate durch Mehrwert- und Profitmasse erfordert ein steigendes Kapitalminimum, Akkumulation sowie Konzentration. Aber das Plus an Mehrwertmasse muss nun bei eingeschränkter Aufnahmefähigkeit des Marktes erst realisiert werden. Dieses Problem kulminiert in der Krise: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“ (MEW 25, 501)

Im Kapitalismus der freien Konkurrenz führt der relative Überschuss periodisch zu Entwertung und Brachlegung von Kapital. Von Krise zu Krise fortschreitend hat der Kapitalismus unter Beibehaltung der privaten Aneignung der Ergebnisse der Produktion ihrem wachsend gesellschaftlichen Charakter Rechnung getragen. Im Monopolkapitalismus wird der Kapitalüberschuss chronisch und verwandelt sich in Geldkapital, das auch in seiner fiktiven Eigenschaft aggressiv nach Verwertung sucht. Nur expandierend, durch die Unterwerfung und Ausbeutung von immer mehr fremder Arbeit, fremdem Eigentum, fremdem Kapital kompensiert die Masse von Profit dessen relativen Schwund. Die Expansion kann Kolonisierung und territoriale Aufteilung der Welt heißen, Raubbau an ihren natürlichen Ressourcen, aber auch Privatisierung und Unterordnung weiterer gesellschaftlicher Bereiche unter die Mehrwertproduktion, ihre Verwandlung in Ware. Das Monopol treibt den Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung weiter. Aber auch der Imperialismus überwindet die Krisen nur dadurch, dass er allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert. „Solange der gesellschaftliche Charakter der Arbeit als das Gelddasein der Ware und daher als ein Ding außer der wirklichen Produktion erscheint, sind Geldkrisen, unabhängig oder als Verschärfung wirklicher Krisen, unvermeidlich.“ (MEW 25, 533)

Das Monopol ist Kern des imperialistischen Machtverhältnisses. Zugleich konkurrieren die Monopolgruppen. Die Rivalität um Einflussphären, Rohstoffe, Marktanteile und die Kontrolle von Versorgungswegen wird ökonomisch, politisch und militärisch ausgetragen. Die Aufteilung der Interessen- und Einflussphären hat allein die zeitweilige Stärke der Beteiligten zur Grundlage. Wechselnde Kräftekonstellationen lassen neue Koalitionen entstehen. Internationale ökonomische Verflechtungen und die transnationale Organisiertheit der Produktion erzwingen einerseits Zusammenarbeit, unterschiedliche Verwertungserfolge indes schaffen neue Spannungen, Rivalität und Kriege. Auch unter den Bedingungen der Globalisierung konkurrieren transnationale Konzerne. Folglich droht Krieg, solange der Profit die Produktion organisiert.

Die Hypertrophie des Finanzsektors behindert den Wiederaufschwung. Schulden der 50 reichsten Länder, insgesamt 175 Billionen Euro, drei mal so hoch wie ihre Wirtschaftsleistung, repräsentieren gleichzeitig Vermögensansprüche von Gläubigern. Sie müssen verzinst und getilgt werden. Sie werden aber nicht weniger, sondern mehr. Am Ende werden die Kredite uneinbringlich. Angesichts der Überakkumulation und der aufgeblähten Massen von Geldkapital, die vergeblich nach Anlagemöglichkeiten suchen, ist zunächst die Vernichtung von Kapital fällig. Gegenwärtig verschwindet es noch in den Blasen des Finanzmarkts. Die indes werden irgendwann aus geringfügigem und zufälligem Anlass platzen.

Die Alternativen sind spontane wirtschaftliche Zusammenbrüche, große Kriege oder organisierte Entwertung in Gestalt von Schuldenschnitten. Wer aber setzt Schuldenschnitte durch? Unter den Bedingungen

imperialistischer Konkurrenz gibt es keine gesellschaftliche Instanz, die sie vereinbaren könnte. Sie sind nur von einer Massenbewegung, am besten mit sozialistischen Vorzeichen, zu erkämpfen.

Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!

- 55 Die Kriegsgefahr wächst. Schon jetzt klirrt der Globus von Kriegslärm. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor dem Tod durch Krieg, Hunger, Krankheit und Umweltkatastrophen. Das Grenzregime von Frontex, der „europäischen Agentur zum Schutz der Außengrenzen“, ist verantwortlich für den Tod von Tausenden, die bei der Überwindung der Grenzen scheitern. Die Abschottungspolitik der EU ist mörderisch. Kriegsgefahr und Kriege, Versuche der Destabilisierung, in der Regel initiiert durch die USA und ihre NATO-Partner, haben zugenommen: Von Jugoslawien über Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und Mali bis zur Ukraine und Venezuela. Die Rivalität großer Monopolgruppen um Einflussphären, Rohstoffe, Marktanteile und die Kontrolle von Versorgungswegen wird ökonomisch, politisch, aber auch zunehmend militärisch ausgetragen. Das imperialistische Deutschland will sich führend beteiligen und baut im europäischen Rahmen sein militärisches Engagement aus. Deutsche Truppen werden in alle Welt entsandt. Neue Rüstungsvorhaben werden umgesetzt. Deutschland gehört zu den größten Waffenexporteuren der Welt. Rheinmetall mit Sitz in Düsseldorf ist einer der größten Waffenhersteller Deutschlands. Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) unterstellt weitreichende öffentliche Aufgaben dem Kommando der Bundeswehr. Die Bundeswehr kehrt planmäßig auf öffentliche Plätze zurück und führt gezielte Werbemaßnahmen in Schulen und Arbeitsagenturen durch.
- 60
- 65
- 70 Die DKP Rheinland-Westfalen verstärkt ihre Aktivitäten zur Verminderung der Kriegsgefahr, sie wirbt für Völkerverständigung und kämpft gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr! Abzug der Atomraketen vom Fliegerhorst Büchel. Auflösung aller US-Militärbasen! Schließung des NATO-Luftwaffen-Führungshauptquartiers in Kalkar!
- 75 Bei uns im Lande wird ein Klima der Angst, der Konkurrenz, des Nationalismus und des Rassismus geschürt. Bundespräsident Gauck warb anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz für das Konzept der Schutzverantwortung, dem das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der Nichteinmischung unterzuordnen sei. Gauck propagierte den Einsatz deutschen Militärs zum angeblichen Schutz der Bevölkerung anderer Länder.
- 80 Was von Gaucks Menschenrechtsdemagogie zu halten ist, kann man im Osten der Ukraine beobachten, wo Kiew gegen die Bevölkerung des Donbass wütet. Wir erinnern uns der Massaker am 2. Mai 2014 in Odessa. Die Jüdische Allgemeine berichtete im vergangenen September über Hakenkreuze an den Helmen des Asow-Bataillons, das im Auftrag der Ukrainischen Regierung im Donbass gegen angebliche Separatisten kämpft. Auf einem Foto posieren Söldner dieses Bataillons mit Hitlergruß vor einer Hakenkreuzfahne und einer NATO-Fahne. Die Bundesregierung duldet die Förderung faschistischer Gruppen und Parteien in der Ukraine durch deutsche und europäische Stiftungen, bestreitet aber öffentlich deren Einfluss in Regierung, Geheimdienst und Militär. Es ist dieselbe Haltung, mit der bei uns im Lande die Verbindung des Verfassungsschutzes zum NSU abgeschirmt wird. Gegenwärtig beschleunigen sich die Rechtstendenzen - denken wir an Hogesa und Pegida. Der AfD stehen sämtliche Medien offen. Die Terroranschläge gegen die linke Karikaturenzeitschrift Charlie Hebdo und einen koscheren Supermarkt in Paris am 7. Januar waren so angelegt, dass sie diese Tendenzen nach dem Muster von Huntingtons „Kampf der Kulturen“ verstärken. Es droht eine neue Qualität. Unsere antifaschistische Arbeit steht vor neuen Herausforderungen bezüglich ihrer Analyse, der Mittel und politischen Breite der fälligen Gegenwehr. Bei uns im Lande werden Demonstrationen von gewalttätigen Nazis geschützt, Antifaschisten kriminalisiert. Dennoch konnten im vergangenen Winter über 200 000 Menschen in den Städten der Bundesrepublik die fremdenfeindlichen Pegida-Kundgebungen zurückdrängen.
- 85
- 90
- 95 Der rechte Terror und die antiislamischen Demonstrationen haben die Funktion, den Abbau von Demokratie zu rechtfertigen und die Akzeptanz von militärischen Maßnahmen zu erhöhen. Sie sollen uns an große Kriege heranführen. Die Kommunisten des Bezirks Rheinland-Westfalen werden ihre antifaschistische Arbeit verstärken. Wir beteiligen uns an antifaschistischen Bündnissen und tragen zu ihrer politischen Breite und Wirksamkeit bei.
- 200

Wirtschaft und Soziales

Trotz der optimistischen Prognosen der sogenannten Wirtschaftsweisen trüben sich die Wirtschaftsaussichten ein. Ende des vergangenen Jahres wurde das Ford-Werk in Genk und das Opel-Werk in Bochum geschlossen: 10 000 Arbeitsplätze im belgischen Genk, 3000 in Bochum. Die Beschäftigten von Ford Köln waren froh, daß sie nur von Kurzarbeit betroffen waren. Ford ist immer noch nicht in der Gewinnzone. Ford-Werke-Chef Bernhard Mattes will den Verlust auf 250 Millionen Dollar senken. Der für 2015 angepeilte Gewinn wird nicht erreicht werden. Denn das Russlandgeschäft ist eingebrochen.

Das Sprinter-Werk von Daimler in Düsseldorf entläßt 650 Mitarbeiter. Wegen Umsatzschwundes bei Spezialgummis für die Autoindustrie hat Lanxess angekündigt, 1000 Mitarbeiter freizusetzen. Bei Karstadt droht eine Entlassungswelle. Am 6. Januar äußerte sich Matthias Wissmann für den Verband der Automobilindustrie enttäuscht über den Mangel an privater Nachfrage nach Autos. Erinnert sei daran, daß das Kurzarbeitergeld auch für dieses Jahr von sechs auf zwölf Monate verlängert worden ist. Und NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider hatte sogar dafür plädiert, in Einzelfällen bis zu 18 Monate Kurzarbeitergeld zu zahlen.

Angesichts dessen werden die betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe der nächsten Zeit Abwehrkämpfe sein. Häufig besteht der Erfolg in der Höhe der gezahlten Abfindungen, Standortsicherungen bleiben trügerisch. Immer noch fehlt eine gemeinsame Strategie der Gegenwehr und eine gesamtgesellschaftliche Konzeption. Dauermassenarbeitslosigkeit und Hartz IV führen zu Ängsten und Unsicherheiten in den Belegschaften und schränken die Mobilisierungsfähigkeit ein. Belegschaften differenzieren sich durch die Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes weiter aus. Die Kernbelegschaften schrumpfen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen trotz Mindestlohn zu.

Das Tarifeinheitsgesetz, das die Regierung der Großen Koalition im vergangenen Dezember auf den Weg gebracht hat, enthält zwar kein ausdrückliches Streikverbot. Aber Ministerin Nahles erwartet gerichtliche Untersagungen, da der Streik für einen letztlich unwirksamen Tarifvertrag nicht verhältnismäßig sei. Dieses Gesetz öffnet die Tür für weitere Einschränkungen der Rechte der arbeitenden Bevölkerung. Es handelt sich um einen Großangriff des deutschen Kapitals auf die Lebensgrundlagen der arbeitenden Menschen. Das Thema Tarifeinheit und Streikrecht muß an der gewerkschaftlichen Basis diskutiert werden. Der Widerstand muß wachsen.

Die Gewerkschaften sind die wichtigste Organisationsform der kollektiven Interessen der LohnarbeiterInnen. Innerhalb der Gewerkschaften um eine autonome Klassenorientierung und eine konsequente, an den Interessen der arbeitenden Klasse orientierte Politik zu ringen, das ist die Herausforderung. Tatsächlich hat in den letzten Monaten die Streikbereitschaft und die gewerkschaftliche Diskussion um die kapitalistische Ökonomie wieder zugenommen. Nachhaltige politische und soziale Verbesserungen können ohne betriebliche Mobilisierung gegen Sozial- und Demokratieabbau nicht durchgesetzt werden.

Viele unserer Genossinnen und Genossen nehmen in gewerkschaftlichen Funktionen und betrieblichen Vertretungsorganen die Interessen ihrer Kollegen wahr. Die DKP Rheinland-Westfalen schätzt dieses Engagement hoch ein. Es braucht Kontinuität, Beharrlichkeit und Ausdauer. Der Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialpolitik führt seine Arbeit kontinuierlich fort, organisiert Beratungen und erarbeitet Argumentationen und Grundlagen zur Erarbeitung von Positionen zu den relevanten Themen. Der Arbeitskreis Bayer sorgt für die regelmäßige Herausgabe und Verteilung der Pille.

Städte und Gemeinden

Immer wieder wird von einem Ende der Niedrigzinspolitik geraunt. Davor zittern die Schuldner dieser Welt. Aber es betrifft nicht nur Länder in Europa wie Spanien, Italien, Griechenland und Portugal. Hohe Zinsen würden ebenso die hochverschuldeten Städte und Gemeinden treffen. Die bürgerliche Kommunalpolitik bietet keine andere Perspektive als die Schuldenfalle oder allenfalls ihre knappe Vermeidung. Die unzulängliche finanzielle Ausstattung der Kommunen zusammen mit der Zwangsjacke des Kommunalkredits sind Teil dieser Umverteilungsprogramme von Arm zu Reich.

Das ist nicht neu, aber es gibt neue Zwänge, insbesondere die Schuldenbremse im Grundgesetz sorgt im Gefolge von Fiskalpakt und ESM dafür, dass immer wieder neue Kosten auf die Städte und Gemeinden überwälzt werden. 2,15 Billionen Euro betragen die Schulden aller öffentlichen Haushalte Deutschlands nach den Maastrichtkriterien im Jahr 2013. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind daran mit 135 Mrd Euro

beteiligt. Der Jahresetat alle Kommunen der Republik beträgt 190 Mrd Euro, sie tragen also eine ständige
255 Schuldenlast in Höhe von 71%.

Das ist selbstverständlich ein Geschäft für die kreditgebenden Banken, das nur funktioniert, wenn die Kredite
brav bedient werden. Die öffentlichen Haushalte sollen ein Maximum an Krediten beanspruchen, aber auch
nicht mehr, um die Rückzahlung nicht zu gefährden.

260 Das geschieht aber. Nachdem 177 NRW-Kommunen in die Haushaltssicherung geraten waren, hat der NRW
Landtag den Haushaltsausgleich von drei auf 10 Jahre gestreckt und im Dezember 2011 für die weiterhin
überschuldeten Gemeinden das Stärkungspaktgesetz beschlossen. Es unterscheidet zwischen der pflichtigen
Teilnahme und der freiwilligen Teilnahme. Pflichtig für die Überschuldeten, freiwillig für die Gemeinden, deren
Haushaltsdaten eine Überschuldung erwarten lassen. Zusammen sind es noch 61 Gemeinden. Der
Stärkungspakt verspricht sogenannte Konsolidierungshilfen, erzwingt indes Kürzungsmaßnahmen. Die Folge:
265 Bürgerliche Demokratie verkommt zur Sachzwanglogik. Daseinsvorsorge wird teuer, reduziert, privatisiert.
Busse und Bahnen sind für viele unerschwinglich. Kommunale Unternehmen erhöhen die Preise bei Gas,
Strom, Müll oder Wasser. Kommunen lassen Schulgebäude verkommen. Bibliotheken, Schwimmbäder,
Beratungsstellen und Sozialeinrichtungen werden geschlossen. Öffentliche Räume und Flächen veröden und
verschwinden. Geselligkeit und Kultur werden zunehmend kommerziell organisiert.

270 Das alles, weil angeblich kein Geld da ist. Entlassungen und der Verkauf von kommunalem Eigentum
erscheinen als zwangsläufige Folge und alternativlos. Aber so werden die Einnahmen weiter verringert. Unter
kapitalistischen Bedingungen wächst die Armut der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Kommunen. Sie
ist organisiert und politisch gewollt. Städte und Gemeinden sollen für Bankenrettungsschirme aufkommen.
Das muß sich ändern!

275 Die DKP Rheinland-Westfalen fordert, daß kommunales Eigentum erhalten bleibt und ohne
Gewinnorientierung zugunsten von uns Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird. Kommunisten kämpfen für die
kommunalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, gegen ihre Privatisierung. Wir werben für die
Rekommunalisierung ehemals städtischer Betriebe. Wir kämpfen für lebenswerte, menschliche, kulturvolle,
soziale Städte und Gemeinden mit erreichbaren und reichhaltigen Bildungsangeboten. Wir wollen bezahlbaren
280 Wohnraum, wehren uns mit den Betroffenen gegen Zwangsräumungen und Stromabstellungen. Die
Umverteilung von Arm zu Reich muß die Richtung ändern. Die großen Banken gehören in öffentliches
Eigentum unter demokratischer Kontrolle.

285 Nach der letzten Kommunalwahl in NRW konnte eine Reihe von Mitgliedern unserer Partei auf Listen der
Linkspartei Stadtrats- und andere Gemeindevertretungsmandate gewinnen. Im Rahmen ihrer
parlamentarischen Tätigkeit, aber auch außerparlamentarisch engagieren sich die Kommunistinnen und
Kommunisten für breite Bündnisse gegen Sozial- und Kulturabbau in den Kommunen. Wir brauchen für die
Städte und Gemeinden eine solide steuerfinanzierte Grundlage. Nötig ist ein Schuldenschnitt.

Landespolitik

290 In Essen und Düsseldorf sitzen die Energiekonzerne E.on und RWE. In vielen Städten des Rheinlandes hat der
Bayer-Konzern Produktionsstätten. In Köln und Umgebung baut Ford Autos und weitere Betriebe liefern dazu
Bestandteile. Die Großkonzerne nehmen Einfluß auf die Politik der Landesregierung.

295 Wer sich in der Kommunalpolitik engagiert, reibt sich immer wieder an den landesseitigen Vorgaben. Der
finanzielle Spielraum der Kommunen wird durch Landesgesetze abgesteckt, der Stärkungspakt diktiert den
betroffenen Gemeinden ihren Sparkurs. Schulen und Hochschulen werden vom Land verwaltet. Bildungspolitik
ist Landespolitik.

300 Nun ist NRW das bevölkerungsreichste Bundesland mit 18 Millionen Einwohnern und spielt eine
entscheidende Rolle in der Bundespolitik. Nachdem im Januar 2005 Hartz-IV in Kraft getreten war, verloren
SPD und Grüne im Mai die Landtagswahl in NRW. Die Schröder-Regierung mußte Neuwahlen im Herbst des
Jahres ansetzen und wurde vorfristig durch eine Große Koalition unter Kanzlerin Merkel abgelöst.

305 Nach langer Zeit regierte ab 2005 wieder die CDU (zusammen mit der FDP) im Lande. Sie fuhr sogleich einen
strikten Privatisierungskurs. Die Gemeindeordnung wurde entsprechend verändert, die
Wohnungsbaugesellschaft LEG an Goldman Sachs verkauft. Dr. Baganz, der als Stadtdirektor von
Mülheim/Ruhe die Wasserwerke, die Trinkwasserleitungen, die Abwasserentsorgung, die Versorgung mit Gas
und Fernwärme sowie den städtischen Nahverkehr privatisiert hatte und wegen korruptiver Verwicklungen

hatte zurücktreten müssen, wurde als einschlägiger Spezialist Staatssekretär im NRW-Wirtschaftsministerium. Nach der nächsten Wahl 2010 war es damit vorbei, Hannelore Kraft wurde Ministerpräsidentin einer Minderheitsregierung von SPD und Grünen, mußte indes Rücksicht nehmen auf die Linkspartei, die erstmals in den Landtag einziehen konnte. Im März 2012, kurz vor dem taktischen Scheitern der Minderheitsregierung, kritisierten die beiden DKP-Bezirke von NRW in einer Erklärung den kommunalen Stärkungspakt als Spardiktat, das den Druck erhöhe, weiteres öffentliches Eigentum in privates zu verwandeln. Von Politikwechsel unter Kraft könne nicht die Rede sein. „Ohne zusätzliche öffentliche Gelder wird die in vielen Jahrzehnten geschaffene kommunale Infrastruktur im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich verkommen.“ Enttäuschend sei die Bildungspolitik der Landesregierung. Nach wie vor übe die Bertelsmann Stiftung den entscheidenden Einfluß aus. Sie habe dafür gesorgt, dass Banken und Konzerne in den vom Einfluß des Landes befreiten Hochschulräten Forschung und Lehre kontrollieren. Der Ganztagsbereich der Schulen ebenso wie die Kindertagesstätten seien unterversorgt. Zwar wären mit der Abschaffung von Kopfnoten und Studiengebühren zwei bildungspolitische Fehler der vorigen Regierung revidiert worden. Aber nach wie vor hänge der Schulerfolg vom sozialen Status der Eltern ab. Statt mit der „Schule für alle“ die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems abzuschaffen, gebe es in NRW seit dem Schulkonsens mit der CDU eine weitere Schulform: die Sekundarschule, die in der Regel eingerichtet werde, sobald Haupt- und Realschule zu viele Schüler verlören. Bildung werde abgebaut und privatisiert. Auch künftig sei die Schulzeit für Abiturienten auf 12 Jahre reduziert. Die Landesregierung halte das Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr aufrecht. Es öffne Jugendoffizieren und Kriegspropaganda einen privilegierten Zugang zu den Schulen.

Diese Erklärung der beiden Bezirks bleibt auch nach den Landtagswahlen vom Mai 2012 aktuell. Allerdings wächst mittlerweile der Widerstand gegen G8. Der gesetzliche Rahmen der Hochschulen ist nur geringfügig geändert worden. Nach wie vor schwelt der Korruptionsherd Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB). In der Energiepolitik müssen die Interessen der Beschäftigten mit dem Schutz der Umwelt in Einklang gebracht werden. Fällig sind Arbeitsplatzalternativen bei der Produktion von erneuerbarer Energie.

Im Mai 2017 wird ein neuer Landtag gewählt. Das erfordert eine baldige Entscheidung, ob und wie die DKP für den Landtag kandidieren will. Wir müssen klären, mit welchen Zielen und Forderungen wir landespolitisch auftreten wollen. Folglich schlagen wir dem Ruhrbezirk für den Zeitraum unmittelbar nach dem Parteitag Gespräche vor, die folgende Entscheidungen vorbereiten sollen:

1. Erneuerung und Ergänzung unserer landespolitischen Forderungen für NRW zum Thema Bildungspolitik, Energiepolitik, kommunale Finanzen, BLB
2. Inhalt und Form einer Kandidatur zur Landtagswahl
3. Organisierung weiterer Zusammenarbeit

Jugendpolitik

„Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft ist die Rolle, die die Jugend in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen spielt. Beträchtliche Teile der jungen Generation haben keine Chance auf Ausbildung und geregelte Arbeit. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren darum Forderungen nach dem Recht auf Bildung und Berufsausbildung, auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung, auf sinnvolle Freizeit und Gesundheit, nach dem Recht auf Mitbestimmung und Demokratie, dem Recht, in Frieden zu leben und zu arbeiten, so aktuell wie in der Gegenwart. Die DKP will, dass die Arbeiterjugend ihre Kraft in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen mit der ihrer älteren Kolleginnen und Kollegen vereint. Sie will unter den Studierenden und jungen Intellektuellen die Überzeugung verbreiten, dass sie ihren Interessen und Idealen nur gemeinsam mit der Arbeiterbewegung Geltung verschaffen können. Dabei wirkt die DKP eng mit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und der Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) zusammen, mit denen sie gemeinsame weltanschauliche Grundlagen und politische Überzeugungen verbinden. Alle Mitglieder der DKP haben eine besondere Verantwortung, SDAJ und AMS zu unterstützen.“ (Aus dem Programm der DKP)

"Bildung ist keine Ware, kein Wettlauf und kein Geschäft. Bildung ist ein Recht." So sind die bildungspolitischen Forderungen der DKP für Nordrhein-Westfalen überschrieben, sie bieten uns eine gute Grundlage für die Diskussion mit Jugendlichen um ihre spezifischen Rechte.

Die DKP Rheinland-Westfalen unterstützt alle Initiativen, insbesondere die der Gewerkschaftsjugend, um eine

qualifizierte Bildung und Berufsausbildung für alle Jugendlichen.

Rund 24 000 Jugendliche, die sich im Jahr 2014 bei der Regionaldirektion für Arbeit NRW um eine Ausbildungsstelle beworben haben, sind in diesem Jahr leer ausgegangen. 17 000 Jugendliche wurden in Maßnahmen des sogenannten "Übergangssystems" geparkt oder haben sich mangels eines Ausbildungsplatzes selber eine Alternative gesucht und absolvieren nun z.B. ein Freiwilliges Soziales Jahr oder gehen weiter zur Schule. Nur gut 30% der Schulabgänger bekommen eine Ausbildungsstelle in ihrem Wunschberuf. Anstatt den jungen Menschen eine Perspektive zu geben, ... bildet noch nicht mal ein Viertel der Unternehmen in NRW aus. (heißt es im Vorwort des DGB Ausbildungsreport NRW 2014.)

Und was ist mit denjenigen, die einen Ausbildungsplatz ergattern konnten?

Im letzten Jahr ist die generelle Ausbildungszufriedenheit um drei Prozent auf den niedrigsten Wert seit 7 Jahren gefallen. Das wundert nicht, wenn im Ausbildungsreport des DGB 2014 festgestellt werden muss

- ♣ dass die Ausübung von ausbildungsfremden Tätigkeiten zunimmt;
- ♣ dass AusbilderInnen zunehmend an den Ausbildungsstellen fehlen oder nur selten zur Verfügung stehen;
- ♣ dass die Anzahl der Auszubildenden wächst, die regelmäßig Überstunden machen müssen und ebenfalls die Anzahl der Auszubildenden wächst, die für ihre Überstunden weder einen Freizeitausgleich noch eine Bezahlung bekommen;
- ♣ dass die Anzahl der unter 18jährigen Auszubildenden steigt, die regelmäßig mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten müssen;
- ♣ dass knapp 40% der Auszubildenden ihr Ausbildungsplan nicht vorliegt und nur 35% derjenigen, die ihren Ausbildungsplan kennen, angibt, dass er immer eingehalten wird, bei 19% ist das nur manchmal, selten oder nie der Fall;
- ♣ dass nur 30% der Auszubildenden feststellen können, dass sie nicht ausbildungsfremde Arbeiten verrichten müssen.

Gerade mal 52,6% der Auszubildenden in NRW geben an, ohne weitere finanzielle Unterstützung mit ihrer Ausbildungsvergütung zurecht zu kommen. Obwohl das Einstiegsalter in die Ausbildung mittlerweile bei 20 Jahren liegt, ist ein selbständiges Leben für die Mehrheit nicht möglich! 30% der Azubis werden vom Elternhaus, 10% durch staatliche Leistungen (Mietzuschuss bzw. Berufsbildungsbeihilfe) unterstützt und 12,6% bessern ihre Ausbildungsvergütung über Nebenjobs auf!

Und nach der Ausbildung? Gerade mal 29% der 6887 befragten Auszubildenden wissen, dass sie (unbefristet) in Arbeit übernommen werden.

Wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, sind Frauen und Mädchen in ganz besonderem Maße von Arbeitslosigkeit, schlechter beruflicher Bildung und niedrigen Löhnen betroffen. Junge Frauen und Mädchen sind (bei besserer schulischer Vorbildung) stärker in den Ausbildungsberufen vertreten, die schlechter bezahlt werden, in denen mehr Überstunden gemacht werden müssen. In den von Frauen dominierten Berufen erhalten Auszubildende seltener Freizeitausgleich, bekommen Überstunden fast nie bezahlt (nur 5%) und 34 % bekommen weder Freizeitausgleich noch einen finanziellen Ausgleich.

Der Lohnunterschied von männlich dominierten Berufen zu weiblich dominierten Berufen macht 97,-€ aus. Bei der Übernahme nach der Lehre wissen doppelt so viele Jugendliche in den weiblich dominierten Berufen, dass sie nicht übernommen werden.

Die DKP fordert die Aufwertung der typischen Frauenberufe, wie z.B. im Sozial- und Erziehungsdienst, denn die Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung von Jugendlichen ist ein Thema, das die gesamte Gesellschaft betrifft.

Die DKP Rheinland-Westfalen bleibt bei ihrer Feststellung: Miese Bildung = Mieses System
Jede Verbesserung in der beruflichen Bildung muss gegen Kapital und Profitinteressen hart erstritten werden. Aktionen wie "Revolution Bildung" stärken auch die betrieblichen Interessenvertretungen. Das ist dringend notwendig, auch um bereits erkämpfte Rechte zu erhalten, zu sichern und auszubauen.

Die SDAJ fordert ein Ausbildungsgesetz. Wir helfen mit bei Aktionen vor Betrieben und Schulen, die Forderungen der SDAJ bekannt zu machen, bringen sie mit in die gewerkschaftlichen und betrieblichen Diskussionen ein.

Die DKP Rheinland-Westfalen bemüht sich, die besonderen Zugänge für Jugendliche zu demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen in unserem Land herauszuarbeiten, diese in den Bündnissen, und gegenüber der

Jugend zu propagieren. Wir unterstützen die Initiativen für Bundeswehrfreie Schulen / Kein Werben fürs Sterben. Als KommunistInnen benennen wir die Profitinteressen der Rüstungsindustrie, die wirtschaftspolitischen Hintergründe (Krieg als Krisenmanager), die geopolitischen Interessen des Imperialismus an Kriegen und den Kriegen, die geführt werden, um die Sicherung der Rohstoffmärkte zu gewährleisten. Dafür sterben schon heute vor allem junge Menschen überall auf der Welt. Und in unserem Land fehlen die Milliarden, die in die Rüstung fließen, unter anderem in der Bildung, Berufsausbildung, im Gesundheitswesen, in Jugendzentren, im Klima- und Umweltschutz. Die arbeitende und lernende Jugend braucht die Solidarität der Arbeiterklasse und aller fortschrittlicher Kräfte in diesem Land und sie braucht ihre eigenen Wege, um für ihre Rechte einzutreten um sich eine Zukunft zu erkämpfen.

Marxistische Bildung

Die DKP gründet ihre Weltanschauung, Politik und ihr Organisationsverständnis auf den wissenschaftlichen Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde und ständig weiterentwickelt werden muss, damit er nicht hinter den Realitäten zurückbleibt. Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen unserer Zeit werfen ständig neue Fragen auf, deren Antworten bürgerlicherseits im Irrationalismus münden. Unsere Fähigkeit zu wissenschaftlicher Analyse ökonomischer und politischer Entwicklungen kann nur durch die stetige und gründliche Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus, der Lehre von Marx, Engels und Lenin erhalten und ausgebaut werden. Bildungstätigkeit und politische Diskussionen über neue Erscheinungen des modernen Imperialismus, seiner Krisen und deren Wirkungen nicht zuletzt auf das Bewußtsein der arbeitenden Klasse versetzen uns in die Lage, den Anforderungen einer revolutionären Strategie und Taktik zu genügen. Ausstrahlung und Überzeugungskraft sind keine Selbstläufer, marxistische Kenntnisse und Analysefähigkeit müssen erworben, ständig ergänzt und qualifiziert werden.

Dazu bietet die Partei vielfältige Gelegenheiten. Da ist zunächst die Behandlung der zentralen Bildungsthemen. Auf bezirklicher Ebene nutzen wir die Angebote der KL-Schule. Wir bewerben sie und gewinnen Teilnehmerinnen aus den Gruppen und Kreisen für ihre Kurse und Seminare. Wir nutzen die Angebote der Marx-Engels-Stiftung. Zur Verbesserung der marxistischen Bildungsarbeit der Gruppen und Kreise organisieren wir eine bezirkliche Bildungsberatung und regen die Tätigkeit von örtlichen Zirkeln der MASCH an.

Internationalismus

Einerseits erfordert die wachsende Internationalisierung der ökonomischen Prozesse und ihre politische Regulierung internationale Antworten der Fortschrittskräfte der Welt. Andererseits gibt es auch 25 Jahre nach dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus noch keine gemeinsame Antwort der Kommunisten auf die Frage nach den Ursachen. Es fehlt eine gemeinsame Strategie. Angesichts internationaler Standortkonkurrenz, von Lohndumping und Arbeitsplatzexport, Arbeitsemigration und Fluchtbewegungen werden indes immer wieder kurzfristige Antworten insbesondere der Gewerkschaften, aber auch der kommunistischen Parteien fällig.

Der Bedarf an internationalen Beratungen steigt. Wir wollen uns an den Beratungen mit den Bruderparteien Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs beteiligen und die Beziehungen zu diesen Parteien vertiefen. Die guten Beziehungen zur KP Portugals wollen wir festigen. Der regelmäßige Besuch des Festes der Avante ist zu sichern. Wir bemühen uns die Intensivierung von Kontakten mit anderen kommunistischen Parteien, die im Bezirk in Gestalt von Organisationen von Migranten vertreten sind.

Solidarität mit dem griechischen Volk!

Vor unseren Augen tobt ein sozialer Vernichtungskrieg gegen Griechenland. Die Souveränität dieses Landes wird verletzt, seine Regierung verspottet. Ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen der Bevölkerung erzwingen die Institutionen des Finanzkapitals die Bedienung der griechischen Schulden. Wir fordern, daß die EU ihre Politik gegenüber Griechenland ändert und umgehend Gelder freigibt, die die griechische Regierung für Lohn- und Rentenzahlungen und zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerung benötigt. Fällig ist ein Schuldenschnitt und eine gesamteuropäische Schuldenkonferenz, die ihn verabredet. Die deutsche Bundesregierung darf die griechischen Forderungen nach Entschädigungen für deutsche Kriegsverbrechen nicht länger ignorieren. Die Rückzahlung der Zwangsanleihe, die von der Besatzung durch die deutschen faschistischen Invasoren erpresst

wurde, ist lange fällig. Allein diese Schulden gegenüber Griechenland sind mittlerweile zu einer Summe von elf Milliarden Euro aufgelaufen.

Die Mitglieder der DKP stehen solidarisch an der Seite des griechischen Volkes, das im Januar die Vollstrecker des Troika-Austeritätskurses abgewählt hat. Damit die Politik der Syriza-Regierung nicht zum Vorbild für andere Länder werde, macht die EU, insbesondere die deutsche Regierung, keinerlei Zugeständnisse. Gegenüber der griechischen Bevölkerung enthüllt sich der menschenfeindliche Charakter des Imperialismus, aber auch seine Ausweglosigkeit. Wo soll die erzwungene Armut enden? Was wird uns die Krise noch bringen? Der Bezirksvorstand der DKP Rheinland-Westfalen bereitet ein konkretes Solidaritätsprojekt vor. Denkbar ist die Unterstützung einer medizinischen Solidaritätsambulanz mit Geld und Medikamenten.

Unsere Strategie

„Unter den gegebenen Bedingungen werden Abwehrkämpfe im Zentrum einer ganzen Kampfetappe stehen. Schon in diesen Auseinandersetzungen wird es nur dann wirkliche Erfolge geben, wenn ein qualitativ neues Niveau bei der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, der Erwerbslosen, der Rentner, aller von der Demontage sozialer und demokratischer Errungenschaften Betroffenen, wenn ein neuer Aufschwung der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen erreicht werden kann. Zugleich können und müssen in den Kämpfen um die Verteidigung des Erreichten die Kräfte gesammelt werden für fortschrittliche Reformen, für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Der Vernetzung der Kämpfe und Bewegungen über Ländergrenzen hinweg kommt unter den Bedingungen der Globalisierung eine immer größere Bedeutung zu“ (Parteiprogramm, Abschnitt IV, Unser Weg zum Sozialismus)

Der Kampf um Demokratie ist seit der Neugründung der DKP das Kernstück unserer Strategie. Der Essener Gründungsparteitag der DKP vom April 1969 formulierte in seiner Grundsatzklärung: „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen unseres Volkes in Gegenwart und Zukunft führt nur über die Entfaltung der politischen Aktivität und Selbsttätigkeit der arbeitenden Massen, über eine demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft.“

Die Thesen des Düsseldorfer Parteitags 1971 postulierten: „Die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten ist ein Grunderfordernis des erfolgreichen Kampfes der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte“ (These 4)

1978 hieß es im Programm des Mannheimer Parteitages: „Das dringendste Gebot der Zeit – das ist die entschlossene Verteidigung der vom arbeitenden Volk durchgesetzten sozialen und demokratischen Errungenschaften, das ist der aktive Kampf um die Erhaltung des Friedens. Es geht darum, im Ringen um den Schutz des Erreichten die Kräfte zu sammeln und zu entfalten für die Erweiterung der sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen, für die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Es geht darum, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte zu verändern und eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt herbeizuführen.“

Ob für den Frieden, gegen Fremdenfeindlichkeit, für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden, für höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung, gegen Sozial- und Kulturabbau – überall beteiligen sich die Kommunistinnen und Kommunisten an der Verteidigung sozialer und demokratischer Errungenschaften. Uns geht es zunächst um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.

Zur Stärkung der DKP

„In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln. Allianzen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden und in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, sind die Voraussetzung, um die Rechtsentwicklung und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Wenn aus diesen Allianzen stabile Bündnisbeziehungen und ein fester gesellschaftlicher und politischer Block gegen den Neoliberalismus entwickelt wird, dann können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt.“ (Parteiprogramm, Abschnitt IV, Unser Weg zum Sozialismus)

Mit dem Parteiprogramm von 2006 hat die DKP nicht nur wichtige Schlussfolgerungen aus dem Zusammenbruch und der Zerschlagung des Sozialismus in Europa gezogen. Sie hat sich auch ein schlüssiges

15 Konzept, einen programmatischen Kompass auf dem Weg zu einem neuen Ausbruch aus dem Kapitalismus, zu einer sozialistischen Gesellschaft erarbeitet. Dieser Kompass droht, verloren zu gehen und damit die Einzigartigkeit unserer Partei.

20 Die DKP ist als Bundespartei existentiell bedroht. Die Zahl der Mitglieder geht ständig zurück, die Überalterung schreitet voran. Die Strukturen werden oft nur noch vorgehalten, ohne dass dort real politisch gearbeitet werden kann. Nur ein Teil der Gruppen führt regelmäßige Gruppenabende durch. In unserem Bezirk gibt es neben der Pille keine Betriebszeitung mehr, aber auch diese wird nicht an allen Standorten verteilt, regelmäßig erscheinende Zeitungen von DKP Gruppen in Siegen, Neuss, Köln, Solingen, Düsseldorf und Krefeld sind oft das Ergebnis der Arbeit einzelner Genossinnen und Genossen. Betriebs-, Kommunal- und Landespolitik kann nur begrenzt entwickelt werden.

25 In dieser Situation Auswege zu finden und zu gehen erfordert ein hohes Maß an Solidarität, innerparteilicher Demokratie und der Bereitschaft zum selbstlosen Engagement!

Die DKP kann dann attraktiv werden, wenn sie sich vor Ort stärker in die politischen Auseinandersetzungen einbringt. Hierzu bedarf es vor allem einer politischen Stärkung der Grundorganisationen sowie der Genossinnen und Genossen, die in ihrem politischen Umfeld arbeiten, um ihr aktives Eingreifen zu sichern.

30 Die Menschen spüren sehr deutlich, ob wir mit eigenen selbst entwickelten Aussagen und Forderungen zu aktuellen Fragen auftreten oder pauschale vereinfachende „Wahrheiten“ ohne Bezug zu den sie bewegenden Fragen in Betrieb und Gewerkschaft, in den Kommunen, Regionen und Bündnissen verkünden. Deshalb müssen die Grundorganisationen der DKP, die Genossinnen und Genossen in ihrem jeweiligen politischen Tätigkeitsfeld, sich wieder stärker dazu befähigen, eigenständig Politik zu entwickeln und einzugreifen.

35 Voraussetzung dazu ist eine stärkere Vermittlung der Kernbestandteile unseres Parteiprogramms.

Die DKP kämpft nicht nur um das Teewasser und die Revolution, sie hat eine Strategie, die aktuell den Kampf für einen Politikwechsel und die Bildung von strategischen Allianzen gegen neoliberale Politik in den Mittelpunkt rückt. Genossinnen und Genossen erarbeiten sich in Grundorganisationen gemeinsame Positionen zu den Fragen, die den Menschen vor Ort auf den Nägeln brennen. Diese sollen dann sowohl in den 40 Aktionen der Gruppen als auch im eigenständigen Auftreten in Betrieb, Gewerkschaft, Bündnis, in der Schule oder der Stadtteilarbeit vertreten werden.

Die politische Stärkung der Gruppenarbeit ist nicht durch Kampagnen von oben oder im Sinne eines Durchorganisierens der Partei zu erreichen. Selbständige Politikerarbeit auf der Grundlage des Parteiprogramms erfordert die politische Qualifizierung der Mitglieder. Parteiweite Kampagnen benötigen eine 45 breite Diskussion in der gesamten Partei und die Überzeugung der aktiven Genossinnen und Genossen vor Ort, um Wirkung zu erzielen. Die konkrete Politik muss demokratisch vor Ort entwickelt werden.

Gerade in nicht-revolutionären Zeiten mit großen Veränderungen, sich zuspitzenden Krisen und permanenten 50 Kriegen ist es in einer kommunistischen Partei erforderlich, ein hohes Maß an innerparteilicher Demokratie und Debattenkultur, an Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik zu verwirklichen. Nur dann können neue Entwicklungen inhaltlich durchdrungen und Schlussfolgerungen für Programmatik und Politik gezogen werden. Die demokratische Erarbeitung von politischen Standpunkten und die anschließende demokratische Beschlussfassung auf der Grundlage gemeinsamer Positionen sind Voraussetzung für kollektive Umsetzung. Kontroverse Themen müssen in der Partei weiter diskutiert werden können. Dies steht nicht im Widerspruch zur gemeinsamen Aktion auf Grundlage beschlossener Positionen.

55 Die besondere Bedeutung der Grundorganisationen als politikentwickelnde Einheiten und die Vorbereitung von politischen Initiativen der gesamten Partei durch eine breite Diskussion sind wichtige Lehren aus einem überzentralisierten Parteiverständnis des letzten Jahrhunderts. Genossinnen und Genossen bringen sich als überzeugte Kommunistinnen und Kommunisten eigenständig, mit ihrer eigenen Persönlichkeit in die Kämpfe ihrer Zeit ein und erwarten ein Höchstmaß an Einflussmöglichkeiten auf die Politik der DKP und 60 demokratischer Beteiligung als Grundlage für das gemeinsame Handeln. Die Bereitschaft, sich dauerhaft in einer Partei zu organisieren, ist in der heutigen Gesellschaft stark rückläufig. Das Engagement fußt gerade bei jungen Menschen eher auf der Attraktivität von Projekten und Initiativen als auf der einer Programmatik. Die DKP muss sich diesen Veränderungen stellen und neue Möglichkeiten der Mitarbeit in der DKP entwickeln. Mehr Gewicht müssen wir als verantwortliche Genossinnen und Genossen auf die Entwicklung unseres 65 Gruppenlebens legen

Dazu gehören attraktive Gruppenabende, die kollektiv, also von gewählten Leitungen vorbereitet werden. Alle Mitglieder und Sympathisanten müssen unbedingt ihre Meinung bzw. Erfahrungen einbringen können. Ganz wichtig sind die Berichte aus Bündnissen und Bewegungen in denen wir vertreten sind, oder die Diskussionen mit KollegInnen und Nachbarn: Wie kommen unsere Vorschläge und Diskussionsbeiträge dort an, auf welche Resonanz stoßen sie? Hier geht es auch um eine Wertschätzung derjenigen GenossInnen, die sich der Diskussion über die Politik der DKP mit Außenstehenden stellen. Dafür brauchen wir eine offene und solidarische Atmosphäre in der Gruppe. Die Diskussion politischer Themen muss Vorrang vor organisatorischen Absprachen haben.

Wir brauchen Erfolgserlebnisse, oder anders ausgedrückt: ambitionierte aber auch realistische Zielsetzungen für die Gruppe. Das erreichen wir nur, in dem wir unsere Kräfte realistisch einschätzen und nach allen Gruppenaktivitäten im Kollektiv der Gruppe prüfen, was haben wir erreicht? Haben wir unsere Kräfte sinnvoll eingesetzt? Was können wir beim nächsten mal besser machen?

Wir brauchen solidarische Gemeinschaften, um unsere Politik zu entwickeln, sie öffentlich zu machen, ihr ein Gesicht zu geben, um sie in der Praxis überprüfen zu können. Wir müssen selbst überzeugt sein, um andere überzeugen zu können.

Solidarität, solidarische Gemeinschaft entsteht auch in der Verwirklichung eigener Interessen, durch gemeinsame Erlebnisse, die wir in der Gruppe planen können, und das ist nicht nur auf den Infostand oder die Aktion zu beschränken. Das können doch auch gemeinsame Ausflüge, ein Filmabend oder der gemeinsame Besuch einer Veranstaltung sein. Wer überzeugend für ein besseres Leben ohne Ausbeutung und Krieg kämpfen will, in der ein sorgsamer Umgang mit der Natur und die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller ermöglicht wird, braucht heute die Solidarität seiner Genossinnen und Genossen und mit ihnen gemeinsame Erlebnisse, die Mut und Spaß machen.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme mit folgender Änderung:**Streichung des Satzes:** (Zeile 597) ...regelmäßig erscheinende Zeitungen von DKP Gruppen in Siegen, Neuss, Köln, Solingen, Düsseldorf und Krefeld sind oft das Ergebnis der Arbeit einzelner Genossinnen und Genossen.

Stattdessen einfügen in Zeile 600:

An dieser Stelle verweisen wir aber auch auf unsere Kleinzeitungen, Internetauftritte, Infostände und die sichtbare Beteiligung der DKP an Demonstrationen und in Aktionen, sie sind das Ergebnis kollektiver Diskussion und gemeinsamen Handelns vor allem unserer Gruppen, das wir stärken und ausbauen wollen.

Beschluss Nr. A-2 der 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen

Antragsteller: Bonn/Rhein-Sieg

Die Bezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Westfalen verzichtet auf Anträge zur eigenen Beschlussfassung sowie zur Weiterleitung an den 21. Parteitag, welche den Charakter alternativer Leitanträge für die Gesamtorganisation haben. Stattdessen qualifiziert die Bezirksdelegiertenkonferenz den bundesweiten Leitantrag des Parteivorstands sowie dessen Handlungsorientierung mit Änderungsanträgen konstruktiv und solidarisch. Der vorliegende Entwurf des Hauptantrags des Bezirksvorstands Rheinland-Westfalen an die Bezirksdelegiertenkonferenz wird stattdessen als Arbeitsmaterial für den Bezirksvorstand beschlossen.

Begründung:

Der Leitantrag des PV und die Handlungsorientierung sind die für den Parteitag vorbereiteten wichtigsten Beschlussentwürfe, die bereits breit diskutiert wurden. Beschlussfassungen zu alternativen Leitanträgen befördern eine solidarische Diskussion über Änderungen an den vorliegenden zentralen Entwürfen nicht, sondern wirken kontraproduktiv und führen dazu, dass nicht miteinander, sondern aneinander vorbei diskutiert wird.

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-3

Antragsteller: Märkischer Kreis

Antrag Nr. A-3a

Dritter Abschnitt „TTIP...“

Zeile:75

Passage „und ihre Streikkassen“ streichen!

Begründung: In vielen anderen Ländern läuft es auch durchaus ohne Streikkassen.

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-3b

Zweiter Abschnitt „Krise“

Hinter zweiten Abschnitt anfügen: Zeile: 114

„Da die Schuldenbremse den ökonomischen Realitäten nicht entspricht, wird sie zu zunehmender Willkür und Mäuschelei hinter verschlossenen Türen führen.“

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-3c

Fünfter Abschnitt „Städte und Gemeinden“

Siebter Abschnitt: Zeile: 324

hinter „auf Listen der Linkspartei“ einfügen „durch Eigenkandidatur unserer Partei oder über soziale Listen“ einfügen

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-3d

Sechster Abschnitt „Landespolitik“

- Zweiter Abschnitt: Zeile 336
„Die finanzielle Spielraum“ ersetzen durch „Der finanzielle Spielraum“.
- Dritter Abschnitt: Zeile 340
„Die Hartz-IV-Gesetze in Kraft getreten waren“ ersetzen durch „Hartz-IV in Kraft getreten war“.
- Vierter und fünfter Abschnitt: Zeile 375
„nach wie vor“ statt „nach wir vor“.
„schwelt“ statt „schwärt“
- Siebter Abschnitt: Zeile 380
„kandidieren will“ statt „kandidieren wollen“.

Begründung: Redaktionelle Überarbeitung.

Siebter Abschnitt „Solidarität mit Griechenland“

Erster Abschnitt: Zeile 522

„ein Schuldenschnitt“ statt „eine Schuldenschnitt“

„den Nazibesatzung“ ersetzen durch „der Besatzung durch die deutschen faschistischen Invasoren“. (Zeile 525)

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-3e

Neunter Abschnitt „Zur Stärkung der DKP“

Komplett streichen!

Begründung: Die Analyse des Parteizustandes ist korrekt, die Vorschläge, Gruppenabende interessanter zu gestalten ebenso. Allerdings untergräbt dieser Abschnitt unserer Meinung nach das Prinzip des demokratischen Zentralismus, das wir nach wie vor als das einzig denkbare Funktionsprinzip einer kommunistischen Partei verstehen, wenn sie sich denn von einer Bewegung noch unterscheiden möchte.

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-4

Antragsteller: Düsseldorf Werst

Zur Handlungsorientierung im Abschnitt Internationales

Nach *"Der regelmäßige Besuch des Festes der Avante ist zu sichern."* (S. 11) wird eingefügt: "Die bestehenden Kontakte zur KKE und die solidarische Diskussion mit ihr werden gepflegt."

Begründung: Ohne ausdrückliche Erwähnung der KKE bei positiver Benennung der vier anderen Bruder- und Schwesterparteien liefe dies auf ihre Desavouierung hinaus und verletzte das Gebot des proletarischen Internationalismus und der gegenseitigen Solidarität; zudem griffe es in ungerechtfertigter Weise in die Belange des Parteivorstandes und Sekretariats ein, zumal die politische Orientierung der Parteimehrheit derzeit eine andere sein dürfte als im Antragsentwurf zum Ausdruck gebracht wird.

Empfehlung der Antragskommission: Neufassung des Abschnittes ab "... beteiligen und die Beziehungen zu diesen Parteien vertiefen." (Zeile 511): Auf Wunsch des Parteivorstandes sichern wir den Infostand der DKP beim Fest der Avante der KP Portugal. Wir bemühen uns um die Intensivierung von Kontakten und solidarischen Diskussionen mit den kommunistischen Parteien, die im Bezirk in Gestalt von Organisationen von Migranten vertreten sind

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-5

Antragsteller: Düsseldorf

zur Handlungsorientierung: **Abschnitt Landespolitik (Seite 7 Zeile 367)**

"Statt mit der ..." ersetzen durch "Satt mit **einer** Schule für alle"

Empfehlung der Antragskommission:

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-6

Antragsteller: Düsseldorf West

Im Abschnitt/Kapitel *"Das Freihandelsabkommen TTIP - die Wirtschafts-NATO"* (S. 1 f.) muss zur Beteiligung auch der DKP an der Großdemonstration "Stop TTIP, CETA - Für einen gerechten Welthandel!" in Berlin am 10.10.2015 (<http://ttip-demo.de/home/>) aufgerufen werden.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in folgender Fassung: **Zeile 85 einfügen:** Die DKP Rheinland-Westfalen beteiligt sich an der Mobilisierung zur Demonstration am 10.10.2015 "Stop TTIP, CETA - Für einen gerechten Welthandel!" in Berlin. Wir orientieren darauf, gemeinsam mit unseren Bündnispartnern anzureisen und nutzen die von den Gewerkschaften zur Verfügung gestellten Busse.

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-7

Antragsteller: Düsseldorf

zur Handlungsorientierung, **Abschnitt Wirtschaft und Soziales 3. Absatz, Zeile 270**

"Wir streben nach wie vor an, mit möglichst vielen Genossinnen und Genossen ... wahrzunehmen."

Begründung

Auch wenn der Satz *"Viele unserer Genossinnen und Genossen nehmen in gewerkschaftlichen Funktionen ... die Interessen ... wahr."* heute so nicht mehr zutrifft, muss doch die Orientierung darauf bleiben.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss Nr. A-8 der 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen

Antragsteller: Düsseldorf

Stärkung der SDAJ bedeutet Stärkung kommunistischer Jugendpolitik

- Die DKP Rheinland-Westfalen unterstützt organisatorisch und inhaltlich das Pfingstcamp der SDAJ in NRW 2016 (13. bis 16. Mai) und das Festival der Jugend 2017 (2. bis 5. Juni).
- Überall dort, wo SDAJ Gruppen vorhanden sind, diskutieren die Kreise und Gruppen mit diesen über konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Für die Gruppen und Kreise, die über keine SDAJ Gruppen vor Ort verfügen, erarbeitet der Bezirksvorstand gemeinsam mit dem Landesverband der SDAJ Strategien, den Jugendverband bekannter zu machen. Maßnahmen dafür sind u.a. inhaltliche Veranstaltungen zu jugendspezifischen Themen sowie die gezielte Nutzung von SDAJ Material und der Verkauf des Magazins POSITION bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen.
- Die Werbung für den Verein SOJA (Verein zur Förderung sozialistischer Kinder- und Jugendarbeit) ist Aufgabe aller Strukturen der Partei.

Begründung: Die enge Verbundenheit von DKP und SDAJ ist in der gemeinsamen Weltanschauung begründet. Positive Beispiele für eine lokale Zusammenarbeit sind im Bezirk insbesondere in Aachen, Siegen und Solingen zu finden. Auf diesen Erfahrungen aufbauend soll auf Gruppen-, Kreis- und Bezirksebene ein geplanter Austausch mit der jeweiligen SDAJ Gliederung stattfinden, um gemeinsam in die politische Aktion zu treten und die Partei für die arbeitende und lernende Jugend attraktiver aufzustellen. Zielstellung ist ebenso, in den Städten, in denen die SDAJ bisher nicht verankert ist, perspektivisch SDAJ Gruppen aufzubauen und zu unterstützen. Der Verein SOJA bietet für sich mit der SDAJ besonders verbunden fühlende GenossInnen die Möglichkeit der direkten Finanzierung ihrer politischen Arbeit.

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-9

Antragsteller: Düsseldorf

nach dem Satz „In der Energiepolitik...“ einfügen: „Z.B. der Braunkohleabbau muss unverzüglich gestoppt und alternative Arbeitsplätze geschaffen werden.“

An die Antragskommission wurde folgender ergänzender Text zu diesem Thema herangetragen:

"Hierbei bestehen große Chancen für Konversionsprozesse. Denn Windräder und Solaranlagen werden u.a. von Metallbetrieben hergestellt; bei Blockheizkraftwerken kommt Motortechnik zum Tragen, bei der Vernetzung der Anlagen werden moderne computergestützte Steuerungsmethoden benötigt. In der forcierten Umstellung des Energiesektors stecken immense Chancen für neue Arbeitsplätze, für globalen Umweltschutz. Die Schwerpunkte liegen bei der Projektierung von Anlagen im Bereich Photovoltaik, Windkraft und Biomasse. Dabei werden teilweise innovative Kombinationen mit Speichermedien und Finanzierungsmodelle mit Bürgerbeteiligung avisiert. Zu finden sind auch Konzepte zur Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen aus der Branche regenerativer Energien als ganzheitliche Liegenschaftsentwicklung. Verwunderlich ist die Begründung der Fortsetzung der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen, nämlich Arbeitsplätze retten zu wollen: Im Jahr 2009 gab es im deutschen Kohlebergbau nur noch 27.300 davon."

Eine Zahl, die pro Jahr durchschnittlich um rund 2.500 Arbeitnehmer abnimmt.

In den verschiedenen Sektoren der erneuerbaren Energien hingegen arbeiten schon heute rund 300.000 Menschen, Tendenz steigend. Gefährdet wird diese positive Entwicklung durch einige an der Nordseeküste geplante neue Kohlekraftwerke (zum Beispiel in Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven). Paradoxe Weise gefährdet dieser Ausbau und das Votum gegen die Kürzung der Kohle-förderung indirekt Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien, deren Ausbau dadurch beeinträchtigt wird.

70.000 Euro Förderung pro Arbeitsplatz im Jahr

Der Ausstieg aus der Steinkohle geht heute mehr oder weniger reibungslos vonstatten, weil mit der Steinkohle aus deutschen Bergwerken kein Profit mehr zu machen ist – mit der noch umweltunverträglicheren Braunkohle schon. Dabei ist 2018 ohnehin Schluss mit der deutschen Kohleförderung, da dann die Subventionen definitiv auslaufen. Die betragen derzeit immerhin rund 70.000 Euro pro Jahr und Beschäftigtem im Kohlebergbau. Dieses Geld könnte aber schon jetzt genauso gut in die Konversion dieser Arbeitsplätze investiert werden. Das hätte den Effekt, dass keiner der Arbeitsplätze gefährdet werden würde."

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-10

Antragsteller: Düsseldorf

Unsere Strategie

den Satz „Der Kampf um Demokratie ist seit der Neugründung der DKP das Kernstück unserer Strategie“ ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Er ist zumindest missverständlich und an dieser Stelle überflüssig.

Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung; möglich wäre: "Der Kampf um Demokratie ist seit der Gründung der DKP ein Kernstück unserer Strategie".

Beschluss: Arbeitsmaterial an den Bezirksvorstand Nr. A-11

Antragsteller: Düsseldorf

Einfügen in den Abschnitt W&S

In NRW sind große Konzerne genauso zuhause wie die superreichen Familien Bertelsmann, Tengelmann und Albrecht, um nur die wichtigsten zu nennen. Die unterschiedliche Vermögensverteilung hat in den letzten Jahren rasant zugenommen. Die Profiteure müssen durch eine andere Steuerpolitik stärker besteuert, die kleinen Einkommen entlastet werden. Eine Senkung der Mehrwertsteuer und Verringerung der kalten Progression kann problemlos durch Ermittlung der Steuerhinterziehung realisiert werden. Der Aufkauf von CDs ist gut, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein, Gewerbesteuererleichterungen der NRW-Städte sollten durch bessere Regelungen ersetzt werden.

Antrag Nr. B-1

wurde abgelehnt!

Antragsteller: Köln Porz/Poll

Über die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Rheinland-Westfalen *an den 21. Parteitag*

Der 21. Parteitag möge beschließen, Absatz 1. der Beitragsordnung wie folgt zu ändern:

1. Beiträge der Mitglieder sind auf der Grundlage des Nettoeinkommens wie folgt zu entrichten:

Monatliches Nettoeinkommen:

bis 400,- Euro mindestens 2,- Euro
bis 600,- Euro mindestens 4,- Euro
bis 800,- Euro mindestens 6,- Euro
bis 1000,- Euro mindestens 8,- Euro
bis 1200,- Euro mindestens 10,- Euro
bis 1400,- Euro mindestens 14,- Euro
bis 1600,- Euro mindestens 16,- Euro
bis 2000,- Euro mindestens 20,- Euro
bis 2.500,- Euro mindestens 25,- Euro
bis 3.000,- Euro mindestens 30,- Euro
bis 4.000,- Euro mindestens 40,- Euro
ab 4.000,- Euro mindestens ein Festbetrag
von 1% des Nettoeinkommens.
Der Aufnahmebeitrag beträgt 2,- Euro

Begründung: Ziel des Antrages ist eine möglichst Einkommensgerechte, plausible und damit praktikable Beitragsordnung.

- Mitgliedsbeiträge sollten grundsätzlich vom Nettoeinkommen verlangt werden, weil nur das Nettoeinkommen den Mitgliedern zur Verfügung steht
- nach Durchsetzung von Minijobs, der Agenda 2010 (Hartz IV) und dem sog. gesetzlichen Mindestlohn, arbeiten derzeit etwa 20,6% der Beschäftigten in der BRD - mit steigende Tendenz - im prekären Einkommensbereich (monatlich bis ca. 1.100 Euro Netto). Dieser Entwicklung konnten auch wir bisher nicht ausweichen. Hinzu kommt, dass eine steuerliche Beitragsentlastung erst nach entsprechender Überschreitung des Grundfreibetrages beantragt werden kann
- mit der seit 2014 geltenden Beitragsordnung - die erste Einkommensstufe (bis 400,- Euro mindestens 2,- Euro) ausgenommen - wird das Problem der Bezahlbarkeit von Mindestbeiträgen, für prekäre Einkommen und ALGII Bezieher nicht gelöst. Verglichen mit der Beitragsordnung von vor 2014 wurde - durch Herabsetzen der Monateinkommensgrenzen bis 1200,- Euro - der Mindest-beitrag ohne erkennbare Begründung noch auf 13,- Euro erhöht usw.
Diese offensichtlich unüberlegt erfolgte Beitragsfestsetzung beantragen wir durch den o. g. Änderungsantrag entsprechend zu korrigieren.

Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung

Antrag B2
Beschluss
**der 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen
und zur Weiterleitung an den Parteitag**

Antragsteller: Solingen

Beschlussfassung und Weiterleitung an den Parteitag: Aufrechterhaltung des Beobachterstatus der DKP in der „Europäischen Linkspartei (ELP)

Begründung: Im aktuellen Programm unserer Partei heißt es im Abschnitt:

V. Die Kräfte des Widerstands und des Fortschritts

Folge der ökonomischen und politischen Prozesse in den entwickelten kapitalistischen Ländern, so auch in Deutschland, ist eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft. Auf der einen Seite steht eine kleine Gruppe von Konzernherren, Bankchefs und Multimillionären. Auf der anderen Seite steht die überwältigende Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der in der Landwirtschaft Beschäftigten, der Intelligenz, der Freiberufler und auch kleine und mittlere Unternehmer, die alle der ökonomischen und politischen Herrschaft des Monopolkapitals unterworfen sind. Soziale Unsicherheit, Erwerbslosigkeit und Armut, soziale Spaltung und Ausgrenzung nehmen zu.

Eine große Vielfalt neuer sozialer Akteure entsteht und entwickelt sich. Mit der antirassistischen Bewegung, in der Geschlechterfrage, zu Umwelt und Frieden und zu vielen anderen Fragen agieren neue Kräfte autonom. Die Existenz einer breiten Schicht von Ausgebeuteten und Ausgegrenzten eröffnet die Möglichkeit und die Notwendigkeit, alle Betroffenen in einem alternativen politischen und sozialen Projekt zusammenzuführen, sie als Gesamtheit in ihrer Vielfalt und Autonomie zu vereinen.

Je mehr die auf nationaler Ebene formierenden gesellschaftlichen Blöcke sich auch international vernetzen und aktionsfähig werden, desto größer wird ihre Kraft zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Alternativen.

Zu den Kräften des Widerstandes und des Fortschrittes auf internationaler Ebene zählen auch die Staaten mit sozialistischer Orientierung und mit Regierungen, die - gestützt auf die Bevölkerung - eine Alternative zum Neoliberalismus suchen und sich gegen die Dominanz des US-Imperialismus in den internationalen Beziehungen wehren. Zunehmend entwickelt sich in der Welthandelsorganisation WTO Gegenwehr gegen die Hegemonie der kapitalistischen Zentren. Unterstützt durch die globalisierungskritische Bewegung kann erreicht werden, dass die USA, die Europäische Union und Japan ihre Interessen nicht ungehindert durchsetzen können.

.... und weiter

Gesellschaftlicher Fortschritt ist nur denkbar, wenn die Arbeiterklasse in Aktionseinheit handelt und Bündnisse eingeht. Es ist notwendig und möglich, dass Arbeiter, Angestellte, Beamte, prekär Beschäftigte und Erwerbslose, Auszubildende und Rentner - unabhängig von Nationalität und Herkunft, unterschiedlicher Weltanschauung und unterschiedlicher Parteizugehörigkeit - zusammenwirken.

In dieser Tradition und auf dieser Basis steht unser Beobachterstatus in der „Europäischen Linkspartei“

Antrag B 3 Beschluss

der 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen und an den 21. Parteitag der DKP

Antragsteller: Köln

Zum Leitantragsentwurf:

Abschnitt „Folgende Kampffelder sind von besonderer Bedeutung“

4. Absatz, letzter Satz:

„Wir kämpfen gegen Altersarmut und gegen neue Pläne zum weiteren Kahlschlag.“

Begründung:

Im ganzen Leitantrag kommen Alte und Rentner nicht vor, obwohl es Altersarmut heute schon gibt und in Zukunft in verstärktem Maße geben wird. Sie macht vielen Menschen Angst. Deshalb sollte dieses Thema im Leitantrag nicht fehlen.

Anmerkung: Die Antragstellerin verbindet mit diesem Antrag den Wunsch, dass der Antragssteller dieses Thema weiter qualifiziert.#

Antrag B 4 Beschluss

an die 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen und an den 21. Parteitag der DKP

Antragsteller: Köln

Zum Leitantragsentwurf:

Die Einleitung im Leitantragsentwurf ist durch folgenden Text zu ersetzen:

Der Sozialismus in den Ländern Osteuropas und der vormaligen Sowjetunion ist zusammengebrochen und zerschlagen, soziale und kulturelle Lebensgrundlagen wurden vernichtet, Volkseigentum dem Raub und die Justiz dem Unrecht ausgeliefert. Es entwickelte sich oligarchischer Reichtum gegenüber massenhafter Armut und Unterdrückung.

Das Kapital drückt die Folgen der Überproduktionskrise in andere Länder. EU und USA bahnen mittels Freihandel und Assoziationsabkommen, mit TTIP, CETA und TISA und der Doha-Runde den Verwertungs- und Expansionsinteressen großer Konzerne den Weg, ohne Rücksicht auf die Interessen der Menschen in den weniger industrialisierten Ländern, die sich ein friedliches Leben erhoffen und um Arbeit und Auskommen ringen. Mit diesen Abkommen wird einer der größten Raubzüge des Kapitals auf die Existenzgrundlagen der arbeitenden Bevölkerung gestartet.

Der Globus klirrt von Kriegslärm. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor dem Tod durch Krieg, Hunger, Krankheit und Umweltkatastrophen , begleitet von Rassismus und Völkerhass. Das Grenzregime der EU mit Frontex, der „europäischen Agentur zum Schutz der Außengrenzen“, ist verantwortlich für den Tod von Tausenden, die bei der Überwindung der Grenzen scheitern. Die Abschottungspolitik der EU ist mörderisch.

Eine winzige Oligarchie von Eigentümern der Konzerne und Banken türmt riesige Reichtümer auf. Hier, in den Zentren des Kapitals, wächst die Kluft von Arm und Reich. Arbeitslosigkeit und Elend durchdringen Europa.

Antrag B 5 Beschluss

der 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen und an den 21. Parteitag der DKP

Antragsteller: Köln

Zum Leitantragsentwurf:

Der Abschnitt „Die Kriegsgefahr wächst“ im Leitantragsentwurf soll komplett durch den nachfolgenden Text ersetzt werden:

Krise und Krieg

Schulden der 50 reichsten Länder, drei mal so hoch wie ihre Wirtschaftsleistung, sind uneinbringlich. Es drohen die massenhafte Entwertung von Geldkapital, wirtschaftliche Zusammenbrüche und große Kriege als Krisenfolge. Der erste Weltkrieg forderte 12 Millionen Tote. Den Zweiten organisierte faschistischer Terror und die offene Diktatur des deutschen Finanzkapitals. Ihm wurden 65 Millionen Menschen geopfert.

Die Überlebenden des KZ Buchenwald schworen: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Es ist daran zu erinnern, dass die globalen militärischen Vernichtungskapazitäten hinreichen, die gesamte Menschheit auszurotten, sollte es zu einem dritten Weltkrieg kommen.

Im Kapitalismus sind Produktion und Konsumtion der Kapitalverwertung untergeordnet. Mehrwert wird nur in der Produktion geschaffen. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte drückt die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals die Profitrate. Der Ausgleich des drohenden Falls der Profitrate durch Mehrwert- und Profitmasse erfordert ein steigendes Kapitalminimum, Akkumulation und Konzentration. Aber das Plus an Mehrwertmasse muss auch bei eingeschränkter Aufnahmefähigkeit des Marktes noch realisiert werden. Dieses Problem kulminiert in der Krise: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und die Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“

Im Kapitalismus der freien Konkurrenz führt der relative Überschuss periodisch zu Entwertung und Brachlegung von Kapital. Von Krise zu Krise fortschreitend hat der Kapitalismus unter Beibehaltung der privaten Aneignung der Ergebnisse der Produktion ihrem wachsend gesellschaftlichen Charakter Rechnung getragen. Im Monopolkapitalismus wird der Kapitalüberschuss chronisch und verwandelt sich in Geldkapital, das auch in seiner fiktiven Eigenschaft aggressiv nach Verwertung sucht. Nur expandierend, durch die Unterwerfung und Ausbeutung von immer mehr fremder Arbeit, fremdem Eigentum,, fremdem Kapital

kompensiert die Masse des Profits dessen relativen Schwund. Die Expansion kann Kolonisierung und territoriale Aufteilung der Welt heißen, Raubbau an ihren natürlichen Ressourcen, aber auch Privatisierung und Unterordnung weiterer gesellschaftlicher Bereiche unter die Mehrwertproduktion, ihre Verwandlung in Ware.

Das Monopol treibt den Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung weiter. Aber auch der Imperialismus überwindet die Krisen nur dadurch, dass er allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert. „Solange der gesellschaftliche Charakter der Arbeit als das Gelddasein der Ware und daher als ein Ding außer der wirklichen Produktion erscheint, sind Geldkrisen, unabhängig oder als Verschärfung wirklicher Krisen unvermeidlich.“

Das Monopol ist Kern des imperialistischen Machtverhältnisses. Gleichzeitig konkurrieren die Monopolgruppen. Die Rivalität um Einflussphären, Rohstoffe, Marktanteile und die Kontrolle von Versorgungswegen wird ökonomisch, politisch und militärisch ausgetragen. Die Aufteilung der Interessen- und Einflussphären hat allein die zeitweilige Stärke der Beteiligten zur Grundlage.

Ständig ändern sich die Kräftekonstellationen. Alte Koalitionen werden gesprengt, neue entstehen. Internationale ökonomische Verflechtungen und die transnationale Organisiertheit der Produktion vermindern allenfalls zeitweilig die Aggressivität, während unterschiedliche Verwertungserfolge neue Spannungen, Rivalitäten und Kriege hecken. Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln droht, so lange das kapitalistische System existiert.

Der wirtschaftliche Aufstieg der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) dämmt die unumschränkte Herrschaft der etablierten Mächte der Triade, allen voran der USA, dann der EU und Japans, objektiv ein. In ihrem Bestreben, die Weltherrschaft zu behalten, verschärfen die Etablierten ihre ohnehin schon aggressive Politik. Wo sich die etablierten und BRICS-Staaten gegenüberstehen (z. B. im Ukraine-Konflikt, im Nahen Osten oder im pazifischen Raum) geht die Gefahr für den Frieden in der Regel von den Etablierten aus. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges ist längst nicht gebannt.

Mit der Zäsur von 1989/1990 hat eine brutale monopolistische Weltmarktkonkurrenz Fahrt aufgenommen. Kriegsgefahr und Kriege. Versuche der Destabilisierung, in der Regel initiiert durch die USA und ihre NATO-Partner, haben seither zugenommen: von Jugoslawien über Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und Mali bis zur Ukraine und Venezuela. Es droht die Gefahr des Krieges auch auf deutschem Boden.

Antrag Nr. B-6 wurde abgelehnt!

an die 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen

Antragsteller: Wuppertal

Antrag an die BDK der DKP Rheinland-Westfalen und zur Weiterleitung an den Parteitag der DKP

Stellungnahme zum Leitantrag: Was ist die zentrale Aufgabe der Partei?

Wir Mitglieder der DKP-Wuppertal stehen dem im Entwurf des Leitantrages vorgelegten Text kritisch bis ablehnend gegenüber. Und zwar nicht nur wegen einzelner Sätze oder fehlender Aussagen, sondern weil der Gesamttenor dieses Textes in eine falsche Richtung weist und von Aussagen des Parteiprogramms abgeht.

Wir stellen dem eine andere Formulierung gegenüber: „Zentrale Aufgabe der DKP unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es, zur Entwicklung von Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau, Kriegspolitik und weitere Rechtsentwicklung beizutragen und in allen Bewegungen mitzuwirken, die der Durchsetzung einer anderen Politik, einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt dienen“.

In der Gegenüberstellung kommen zwei unterschiedliche Vorstellungen von der Rolle der Partei in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung zum Ausdruck.

Der Leitantrag orientiert vorrangig auf propagandistische Tätigkeit. Er geht davon aus, dass die Partei den Massen etwas beibringen muss, nämlich „revolutionäres Klassenbewusstsein“. Das versetzt die Partei in die Rolle einer „Lehrmeisterin“, die in Gewerkschaften und Bewegungen mitwirkt, aber vorrangig, um dort „revolutionäres Klassenbewusstsein“ zu verbreiten und „reformistische Illusionen“ zu bekämpfen.

Demgegenüber orientiert die zweite Formulierung auf das aktive Eingreifen in die vorhandenen Auseinandersetzungen und Bewegungen mit dem Ziel, zum Widerstand gegen die Politik der Herrschenden beizutragen und tatsächliche soziale und demokratische, friedensorientierte, ökologische und feministische Forderungen und Reformen durchzusetzen, auch wenn damit der Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse noch nicht gesprengt wird. Das heißt natürlich nicht, dass auf die Vermittlung von Klassenbewusstsein und revolutionären Einsichten verzichtet werden soll. Aber es geht darum, was im Vordergrund unserer Aktivität steht. Es macht einen Unterschied, ob wir in Gewerkschaften und Bewegungen mitwirken, weil wir den Beteiligten vorrangig unsere revolutionären Erkenntnisse vermitteln wollen - oder ob wir an der Stärkung und Ausweitung dieser Bewegungen mitwirken, weil die von ihnen selbst entwickelten Forderungen und Ziele unseren eigenen Interessen entsprechen und wir dabei auch mit Menschen mit „reformistischen Illusionen“ partnerschaftlich zusammenarbeiten, um reale soziale und demokratische Fortschritte zu erreichen.

Es ist offenbar kein Zufall, dass im gesamten Text des Leitantrags das Ziel einer „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ nicht mehr vorkommt. Nach dem Parteiprogramm ist dies aber unser nächstliegendes strategisches Ziel in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes. Im Kampf gegen den heutigen Kurs und für fortschrittliche Reformen können sich die Kräfte entwickeln und zusammenschließen, mit denen das bestehende Kräfteverhältnis verändert und eine politische Wende erreicht werden kann, von wo aus dann weitergehende Umgestaltungen antimonopolistischen Charakters möglich werden (Parteiprogramm von 2006, Abschnitt „Unser Weg zum Sozialismus“).

Von dieser Herangehensweise ist im Leitantrag bei der Bestimmung der „zentralen Aufgabe“ der Partei nichts mehr zu finden. Soll damit das Parteiprogramm „durch die Hintertür“ revidiert werden? Gibt es eine grundlegende Veränderung der politischen Kampfbedingungen gegenüber 2006, die ein solches Abgehen von der Orientierung des bisherigen Parteiprogramms rechtfertigen würde?

Das Gegenteil ist der Fall. Mehr denn je kommt es heute darauf an, breiten demokratischen Widerstand zu unterstützen und vorbehaltlos mit Menschen nichtkommunistischer Einstellung zusammenzuarbeiten. Das

muss auch die Formulierung der „zentralen Aufgabe“ der Partei bestimmen.

Empfehlung der Antragskommission: Annahme in folgender Fassung:

Beschluss:

Im Leitantrag wird es als „zentrale Aufgabe“ der Partei bezeichnet, „revolutionäres Klassenbewusstsein zu entwickeln, in der (Arbeiter-)Klasse zu verankern und mehrheitsfähig zu machen“. Dies sei „untrennbar mit der Aufgabe verbunden, reformistische Illusionen über den Kapitalismus... zurückzudrängen und zu überwinden“ (Zeilen 182-184 u. 188/189).

Wir stellen dem eine andere Formulierung gegenüber: „Zentrale Aufgabe der DKP unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es, zur Entwicklung von Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau, Kriegspolitik und weitere Rechtsentwicklung beizutragen und in allen Bewegungen mitzuwirken, die der Durchsetzung einer anderen Politik, einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt dienen“.

Begründung:

Wir Mitglieder der DKP-Wuppertal stehen dem im Entwurf des Leitantrages vorgelegten Text kritisch bis ablehnend gegenüber. Und zwar nicht nur wegen einzelner Sätze oder fehlender Aussagen, sondern weil der Gesamttenor dieses Textes in eine falsche Richtung weist und von Aussagen des Parteiprogramms abgeht. In der Gegenüberstellung kommen zwei unterschiedliche Vorstellungen von der Rolle der Partei in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung zum Ausdruck.

Der Leitantrag orientiert vorrangig auf propagandistische Tätigkeit. Er geht davon aus, dass die Partei den Massen etwas beibringen muss, nämlich „revolutionäres Klassenbewusstsein“. Das versetzt die Partei in die Rolle einer „Lehrmeisterin“, die in Gewerkschaften und Bewegungen mitwirkt, aber vorrangig, um dort „revolutionäres Klassenbewusstsein“ zu verbreiten und „reformistische Illusionen“ zu bekämpfen. Demgegenüber orientiert die zweite Formulierung auf das aktive Eingreifen in die vorhandenen Auseinandersetzungen und Bewegungen mit dem Ziel, zum Widerstand gegen die Politik der Herrschenden beizutragen und tatsächliche soziale und demokratische, friedensorientierte, ökologische und feministische Forderungen und Reformen durchzusetzen, auch wenn damit der Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse noch nicht gesprengt wird. Das heißt natürlich nicht, dass auf die Vermittlung von Klassenbewusstsein und revolutionären Einsichten verzichtet werden soll. Aber es geht darum, was im Vordergrund unserer Aktivität steht. Es macht einen Unterschied, ob wir in Gewerkschaften und Bewegungen mitwirken, weil wir den Beteiligten vorrangig unsere revolutionären Erkenntnisse vermitteln wollen - oder ob wir an der Stärkung und Ausweitung dieser Bewegungen mitwirken, weil die von ihnen selbst entwickelten Forderungen und Ziele unseren eigenen Interessen entsprechen und wir dabei auch mit Menschen mit „reformistischen Illusionen“ partnerschaftlich zusammenarbeiten, um reale soziale und demokratische Fortschritte zu erreichen.

Es ist offenbar kein Zufall, dass im gesamten Text des Leitantrags das Ziel einer „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ nicht mehr vorkommt. Nach dem Parteiprogramm ist dies aber unser nächstliegendes strategisches Ziel in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes. Im Kampf gegen den heutigen Kurs und für fortschrittliche Reformen können sich die Kräfte entwickeln und zusammenschließen, mit denen das bestehende Kräfteverhältnis verändert und eine politische Wende erreicht werden kann, von wo aus dann weitergehende Umgestaltungen antimonopolistischen Charakters möglich werden (Parteiprogramm von 2006, Abschnitt „Unser Weg zum Sozialismus“).

Von dieser Herangehensweise ist im Leitantrag bei der Bestimmung der „zentralen Aufgabe“ der Partei nichts mehr zu finden. Soll damit das Parteiprogramm „durch die Hintertür“ revidiert werden? Gibt es eine grundlegende Veränderung der politischen Kampfbedingungen gegenüber 2006, die ein solches Abgehen von der Orientierung des bisherigen Parteiprogramms rechtfertigen würde? Das Gegenteil ist der Fall. Mehr denn je kommt es heute darauf an, breiten demokratischen Widerstand zu unterstützen und vorbehaltlos mit Menschen nichtkommunistischer Einstellung zusammenzuarbeiten. Das muss auch die Formulierung der „zentralen Aufgabe“ der Partei bestimmen.

Antrag Nr. B 7 wurde abgelehnt!

an die 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen und den 21. Parteitag

Antragsteller: Köln

Zum Leitantragsentwurf:

Gemäß unserem Parteiprogramm gründen Politik und Organisationsverständnis der DKP auf dem wissenschaftlichen Fundament der Theorien von Marx, Engels und Lenin. Die Partei entwickelt dieses unter den heutigen Kampfbedingungen weiter.

Diese Aussage soll in unseren politischen Dokumenten so beibehalten werden. Der Begriff „Marxismus-Leninismus“ ist politisch zu wenig bestimmt, da er inhaltlich vielfältig, teils vollkommen konträr interpretiert werden kann und real auch wird.

Dementsprechend ist er aus dem Entwurf des Leitantrags zu streichen. (Abschnitt „Rolle und Aufgabe der DKP“, 2. Absatz, 1.-2. Zeile)

Begründung:

Patrik Köbele möchte zwar, dass wir uns zum Marxismus-Leninismus bekennen. Wörtlich sagte er auf der 10. PV-Tagung: „.....dazu gehört, dass wir uns klar, eindeutig und unmissverständlich als Partei der Ideen von Marx, Engels und Lenin definieren und uns damit zur wissenschaftlichen Weltanschauung, dem Marxismus-Leninismus bekennen.“ Und unter der Überschrift „Rolle und Aufgaben der DKP“ wird im Leitantrag von uns als einer marxistisch-leninistischen Partei gesprochen. Auf der Parteiveranstaltung im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Konferenz beanspruchte Patrik sogar, wir seien als Partei hundertprozentig marxistisch-leninistisch.

Ein solches Bekenntnis weicht aber von unserem Programm ab. Die entsprechende Passage lautet: „Die DKP gründet ihre Weltanschauung, Politik und Organisationsverständnis auf den wissenschaftlichen Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde und ständig weiterentwickelt werden muss, damit er nicht hinter den Realitäten zurückbleibt. Sie kämpft für die freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus.“ Es macht einen Unterschied, ob wir für die freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus kämpfen oder uns zu ihm bekennen. Wir sind auch für die freie Verbreitung anderer Weltanschauungen.

Die Genossinnen und Genossen der SED sowie anderer Bruderparteien bis 1989 haben mit dem Begriff Marxismus-Leninismus die philosophischen, ökonomischen und politischen Lehren von Marx, Engels und Lenin verstanden, die den kommunistischen Parteien als Grundlage ihrer Politik dienen: „Die selbst von Marx' Gegnern anerkannte bewundernswerte Folgerichtigkeit und Geschlossenheit seiner Anschauungen, die in ihrer Gesamtheit den modernen Materialismus und den modernen wissenschaftlichen Sozialismus als Theorie und Programm der Arbeiterbewegung in allen zivilisierten Ländern der Welt ergeben.“ (Lenin 21, S.38) Was Lenin 1918 über die Lehre von Marx schrieb, dürfte als Kern dessen gelten, was man unter dem Begriff Marxismus-Leninismus verstehen mochte.

Auch die KPD hatte sich dem Marxismus-Leninismus verpflichtet. In ihrem Statut, beschlossen auf dem Münchener Parteitag im März 1951, hieß es: „Die Stärke der Partei liegt in der Geschlossenheit ihrer Reihen, in der Einheit des Willens und des Handelns. Unvereinbar damit sind Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und dem Statut der Partei, ebenso wie die Verletzung der Parteidisziplin, die

Beteiligung an fraktionellen Gruppierungen und Doppelzüngerei.“

Die DKP indes hat seit ihrer Gründung darauf verzichtet, den Marxismus-Leninismus als ihre Grundlage zu bezeichnen. Möglicherweise hat sie damit dem KPD-Verbot Rechnung getragen. Sicher aber erfasst dieser Begriff nur unzulänglich den Reichtum unserer Politik und Weltanschauung. „Grundlage des Denkens und Handelns der DKP - und nicht zuletzt ihrer Kultur - ist der wissenschaftliche Sozialismus und bislang gilt das Wort von den Ideen bzw. der Lehre von Marx, Engels und Lenin.

Falls der Begriff Marxismus-Leninismus als Synonym für die Lehre von Marx, Engels und Lenin gelten soll, wäre ein Wechsel der Bezeichnung überflüssig. Im anderen Fall hätten wir gründlich zur Kenntnis zu nehmen, wozu wir ein Bekenntnis ablegen sollen.

Insbesondere mit Blick auf seine Entstehungsgeschichte ist der Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage unserer Partei wenig geeignet. Er diene zunächst als Instrument der innerparteilichen Auseinandersetzung. An die Öffentlichkeit trat Stalin damit erstmalig auf dem XVII. Parteitag der KPdSU. Er sagte in seinem Schlusswort vom 26. Januar 1934: „Unsere Aufgaben auf dem Gebiet der ideologisch-politischen Arbeit bestehen darin: (...) die Abweichungen mancher Genossen vom Marxismus-Leninismus nicht zu vertuschen, sondern mutig zu kritisieren.“ (Stalin, Werke, Band 13, S.204)

Der Begriff Marxismus-Leninismus war von Beginn an eng verklammert mit der Polemik gegen seine Abweichungen. Das hatte Folgen. Nur eine Minderheit der Teilnehmer des XVII. Parteitages hat Stalins Repressalien gegen die Abweichler überlebt. Sie richteten sich zunächst gegen die Partei und ihre Funktionäre. Chrustschow berichtete auf dem XX. Parteitag 1956, dass von den 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees, die auf dem XVII. Parteitag gewählt worden waren, 98 Personen verhaftet und erschossen worden sind. Aber auch die Mehrheit der übrigen Delegierten hat die nächsten vier Jahre nicht überlebt. Der „Kurze Lehrgang der KPdSU (B)“ bezeichnet den XVII. Parteitag als Parteitag der Sieger. Über die tödlichen Folgen der angeblichen Sieger schweigt er sich aus.

Anlässlich des 65. Jahrestages des Erscheinens des „Kurzen Lehrgangs“ zitierte Genosse Günter Judick am 14. November 2003 in der UZ aus dem Beschluss des ZK der KPdSU (B) vom 14. November 1938:

„Das Erscheinen des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (Bolschewiki)“ ist eines der bedeutsamsten Ereignisse im ideologischen Leben der bolschewistischen Partei. Mit dem Erscheinen des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)“ erhielt die Partei eine neue wirksame ideologische Waffe des Bolschewismus, eine Enzyklopädie der grundlegenden Kenntnisse auf dem Gebiete des Marxismus-Leninismus. Der Lehrgang der Geschichte der Partei ist eine wissenschaftliche Geschichte des Bolschewismus. In ihr ist die riesige Erfahrung der kommunistischen Partei dargestellt und verallgemeinert, eine Erfahrung, wie sie keine einzige Partei der Welt je aufzuweisen hatte und hat.“

Es handelt sich um die ersten Sätze des Beschlusses.

Günter Judick kommentierte: „Wahrlich kein geringer Anspruch an ein Buch von gerade einmal 440 Seiten, dessen Autorschaft später Stalin für sich in Anspruch nahm. Mit dem Beschluss wurden alle Parteiorganisationen verpflichtet, die gesamte Bildungsarbeit umzustellen und zur „Propagierung des Marxismus-Leninismus“ ein straff organisiertes Studium des genannten Werkes zu sichern. Auch auf besonders eingerichteten Parteischulen und an allen Hochschulen sollte der ‚Kurze Lehrgang‘ andere Studienmaterialien ersetzen...(…) Der ‚Kurze Lehrgang‘ war in der Praxis das genaue Gegenteil der hier verkündeten Absicht. Er war die brutalste, willkürlichste Auslegung und Verfälschung der Geschichte, die jede schöpferische Entwicklung von Geschichte und Gesellschaftswissenschaften in der kommunistischen Weltbewegung blockierte und durch Dogmen, durch die verbindliche Festschreibung des durch Stalins Augen gesehenen und mit seinen Methoden praktizierten Partei- und Sozialismusmodells ersetzte.“

Der ‚Kurze Lehrgang‘ stellt die im Jahr 1938 gewissermaßen amtlich definierte Essenz des Marxismus-

Leninismus dar. Aber viele Genossen konnten sich mit den „grundlegenden Kenntnissen auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus“ in Gestalt des ‚Kuzen Lehrgangs‘ nicht mehr vertraut machen, weil sie noch vor seinem Erscheinen der Abweichung für schuldig befunden und als „Spione“, „Schädlinge“, „Landesverräter“, „Scheusale“, „Volksfeinde“ und „Abschaum der Menschheit“ (Kurzer Lehrgang, S. 431 ff) erschossen worden waren.

Unsere Weltanschauung kann nicht auf ein Credo, auf ein Bekenntnis, im schlimmen Fall auf die ewigen Wahrheiten des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)“ von 1938 reduziert werden. Der Begriff Marxismus-Leninismus leistet solchen Missverständnissen Vorschub.

„Die Deutschen (...) verstehen die Theorie größtenteils selbst nicht und behandeln sie doktrinär und dogmatisch als etwas, das auswendig gelernt werden muss, dann aber auch allen Bedürfnissen ohne weiteres genügt. Es ist ihnen ein Credo, keine Anleitung zum Handeln.“ (Engels)

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Beschluss
Nr. C-1
der 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen

Antragsteller: Düsseldorf

Die DKP verurteilt den Bau von 245 neuen Panzertürmen durch Rheinmetall.

Die DKP fordert deshalb, den Rüstungsauftrag zu stornieren und die Produktion einem Konversionsprogramm zu unterziehen, bei dem die Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung umgestellt wird.

Wir wirken in den Friedensinitiativen und in den Gewerkschaften für die Fortführung und Weiterentwicklung der Diskussion um Rüstungskonversion mit dem Ziel, Druck auf die Rüstungskonzerne auszuüben damit Rüstungsproduktion durch zivile Produktion ersetzt wird. Dabei muss es in erster Linie um den Erhalt der Arbeitsplätze gehen und nicht um die Profitraten der Konzernherren.

Begründung:

„Scout“, die neue Generation von Späh-Panzern, ist unter anderem für weltweite „hochintensive Kampfeinsätze“ geplant. Der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall lässt in seiner Kasseler Panzerschmiede („Rheinmetall Defence“) den Turm für den neuen britischen Spürpanzer „Scout“ bauen. Das „Specialised Vehicle“ soll nach Herstellerangaben „in allen derzeitigen und künftig absehbaren Szenarien eingesetzt werden können – von friedensschaffenden und friedensstabilisierenden Missionen bis hin zu hochintensiven Kampfeinsätzen“. Die DKP-Organisation in Düsseldorf hat entschieden gegen diese neue Stufe in der Rüstungsspirale protestiert.

Das Volumen für den Großauftrag umfasst 245 Einheiten für 130 Millionen Euro. Die Produktion erfolgt in Kooperation mit den US-Rüstungskonzernen General Dynamics über die Tochter General Dynamics UK und Lockheed Martin über die Tochter Lockheed Martin UK. Der „Scout“ ist der Nachfolger des „Combat Vehicle Reconnaissance“. Das Fahrzeug soll „die Kampfkraft, Überlebensfähigkeit und Einsatzeffizienz der britischen Infanterie signifikant erhöhen.“ Gefeuert wird mit 40-mm-Munition. Rheinmetall sieht sich durch die Zusammenarbeit mit Lockheed Martin als „Marktführer in der Turmtechnologie“. In zwei Werken von Rheinmetall in Kassel arbeiten 850 Beschäftigte.

Peter Rucker, Sprecher von Rheinmetall, stellte Zusammenhänge her: „Keine Frage, die aktuellen Krisen bringen uns zusätzliche Geschäfte.“ (Greenpeace-Magazin Online, 04.11.2014).

Großbritannien ist Mitglied der NATO, aber auch selbstständig Krieg führende Partei wie etwa im Irak. Die in Deutschland produzierten Segmente des „Scout“ können von der britischen Armee jederzeit auch in „hochintensiven Kampfeinsätzen“ aktiv werden, ohne dass die Bundesregierung dies verhindern könnte – wenn sie das überhaupt wollte.

Anmerkung zur Rüstungskonversion und alternativer Produktion

Siemens baut für 200 Millionen Euro eine neue Fabrik für Windkraftanlagen in Cuxhaven (1.000 Arbeitsplätze). Das ergänzende Werk für die Rotorblätter entsteht mit einer Investitionssumme von 190 Millionen Euro in Hull (GB). Siemens spricht auch hier von 1.000 neuen Arbeitsplätzen.

Beschluss

Nr. C-2

der 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen

Antragsteller: Düsseldorf

DKP verurteilt Angriff auf das Kommunalwahlrecht

Die Bezirksdelegiertenkonferenz (BDK) der DKP Rheinland-Westfalen verurteilt die neuerlichen Angriffe von CDU und SPD sowie nun auch den gemeinsamen Angriff von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf das bestehende Kommunalwahlrecht in NRW.

Um das Kommunalwahlrecht nicht zu beschädigen fordert die DKP:

- die Rücknahme der Verlängerung der Wahlperiode auf 6 Jahre.
- keine Prozent-Hürde bei der Vergabe der Mandate.

Begründung:

In NRW gibt es gemäß der Vorgaben des Wahlgesetzes bei der Kommunalwahl keine Prozent-Hürde, so dass die zu vergebenden Mandate dem Stimmenanteil entsprechen können. Durch die Einführung würden alle Stimmen nicht berücksichtigen, die unterhalb dieser Schwelle liegen. Die Sitze würden entfallen und den Parteien zugeschlagen, die oberhalb der Schwelle angesiedelt sind.

1994 hatte der Verfassungsgerichtshof (VGH) den Landtag aufgefordert, die Notwendigkeit der damals bestehenden Fünf-Prozent-Klausel zu prüfen. 1999 wurde die Fünf-Prozent-Hürde durch den VGH abgeschafft, weil sie die Chancengleichheit verletze. Am 13. Februar 2008 erklärte auch das Bundesverfassungsgericht, dass die Fünf-Prozent-Hürde verfassungswidrig sei.

2008 scheiterte der nächste CDU/FDP-Anlauf zur Wiedereinführung vor dem Gericht. Dennoch forderte MdL Hans-Willi Körfggen (SPD) vor zwei Jahren, am 13. August 2013, die Hürde auf drei Prozent oder wenigstens auf 1,5 Prozent zu legen. Um eine verfassungsbrechende Mehrheit zu sichern, waren CDU und SPD bereit, sich gegenseitig mit ins Boot zu nehmen.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben ihrerseits durch die Fraktionsvorsitzenden Norbert Römer (SPD) und Mehrdad Mostofizadeh (B90/Grüne) am 29. Juni 2015 einen Gesetzentwurf an den CDU-Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet geschickt, mit dem die Sperrklausel von fünf Prozent wieder eingeführt werden soll. Die Zustimmung der CDU ist notwendig, weil für die Einführung die Landesverfassung so ausgehebelt werden muss, dass dem VGH die Rechtsgrundlage für seine bisherige Rechtsprechung entzogen wird. Der aktuelle Anlauf zielt auf eine gesetzliche Umsetzung bis zur Kommunalwahl 2019.

Die Kommunalwahlen sind die niedrigste politische Ebene, um Klassenverhältnisse und Klassenbewusstsein bei Wahlen zu spiegeln. Damit sie der Machtsicherung dienen können, müssen „Störfaktoren“ ausgeschaltet werden. Störfaktoren in diesem Sinne sind klassenbewusst in den Rathäusern auftretende kommunistische, linke und fortschrittliche Mandatsträger. Ihre wahlrechtliche Selektierung dient der parlamentarischen Absicherung der herrschenden Klasse. Auch wenn die DKP das politische Primat nicht zuerst und allein in den Rathäusern sieht, darf dieses Kampffeld von der herrschenden Klasse nicht durch legislative Tricksereien in Mitleidenschaft gezogen werden.

Beschluss Nr. C-3

der 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen

Antragsteller: Linker Niederrhein

Der Bezirksvorstand vereinbart noch im laufenden Jahr eine Arbeitsbesprechung mit der Leitung der KL Schule zur konkreten Zusammenarbeit sowohl hinsichtlich der Verbesserung des Zustandes der Immobilie und des Grundstücks wie auch bei der Unterstützung des Schulprogrammes.

Der Bezirksvorstand wirbt in den Kreisen und Gruppen für die Teilnahme möglichst vieler GenossInnen an dem Angebot der KLS.

Begründung:

Nach dem Tod bzw. dem altersbedingten Ausscheiden der alten Leitung der Parteischule hat es ernsthafte Sorgen über den Fortbestand des traditionellen Status der KL-Schule als **Hauptmieter** und Verfügungsberechtigtem über die Liegenschaft gegeben. Notwendige Arbeiten und Renovierungen wurden verschleppt. Der innere und äußerliche Zustand des Gebäudes und seiner Einrichtung sind mangelhaft. Der Fortbestand der Schule schien bedroht. Diese Irritationen sind jetzt beseitigt. Die Zuständigkeiten werden wieder vertraglich solide und im Sinne der traditionellen Nutzung geklärt. Die neue Leitung der KL Schule und der neue Vorstand des Trägervereins des Hauses haben zur gewohnten solidarischen Kooperation zurückgefunden.

Die langfristige weitere Nutzung der Liegenschaft als zentraler Parteischule der DKP ist damit garantiert.

Damit kann auch die vertragliche und praktische Beziehung zwischen der KL Schule und dem Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen als eines *Untermieters* der Schule wieder auf eine solides Fundament gestellt werden.

Im Rahmen der gesamten Bildungsarbeit der Partei muss die KL Schule wieder ihre unersetzliche Rolle bei der marxistisch-leninistischen Bildung von Mitgliedern und Funktionären der DKP mit neuem Leben erfüllen. Dabei ist sie auf die Mitwirkung der ganzen Partei, darunter besonders des Bezirkes Rheinland-Westfalen angewiesen. Wir müssen die marxistische Bildungsarbeit der Partei und die Nutzung der Parteischule wieder stärker in der gelebten Praxis der Parteiorganisationen verankern. Hindernisse dabei müssen erkannt und überwunden werden. Über Appelle hinaus benötigen wir hierzu konkrete Maßnahmen.

Der Bezirk Rheinland-Westfalen sollte wegen der geographischen Lage der Parteischule hierzu eine Vorreiterrolle übernehmen. Die hier gemachten Erfahrungen können und sollen für andere Bezirke nutzbar gemacht werden.

Beschlossener Initiativantrag.

Solidarität mit der KKE

Die Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Rheinland-Westfalen wünscht der KKE bei den heutigen Wahlen in Griechenland einen respektablen Wahlerfolg.

Griechenland unterliegt nach wie vor der Erpressung durch die Troika. Der bisherige Ministerpräsident Alexis Tsipras (Syriza) war nicht in der Lage, den Austeritätsdruck zu durchbrechen. Seine Partei hat sich gespalten. Zu keinem Zeitpunkt kam die Forderung, die Systeme von EU, Euro und NATO zu verlassen. Alle Maßnahmen bewegen sich innerhalb des kapitalistischen Systems.

Die DKP sieht den Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus. Dieses Ziel teilt die DKP mit der KKE. Um dieses Ziel mit dem Volk zusammen zu erreichen, bedarf es einer starken KKE.

Bergisch-Gladbach, 20. September 2015

Grußwort der VVN-BdA zur Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Rheinland-Westfalen 19. September 2015

Keine Planung neuer Kriege Verantwortung für den Frieden!

- Begrüßung

- ▼ Falk Mikosch – Landessprecher NRW der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bunde der Antifaschistinnen und Antifaschisten
- ▼ Freund – Astrophysiker
Wahrscheinlichkeitsrechnung - Universum voller (intelligenten) Leben – trotzdem Stille im Universum - Zivilisationen haben sich selbst zerstört – sie haben die nächst höhere Gesellschaftsstufe nicht erreicht.
- ▼ Andererseits
Letztens in der Düsseldorfer Tonhalle:
Mozart, Divertimento F-Dur KV 138 / Mozart, Konzert für Klavier und Orchester B-Dur KV 595
➔ Wenn Menschen so was zustande bringen, gibt es vielleicht doch noch Hoffnung!

- Die herzlichsten Grüße ...

Jedenfalls sind wir heute hier, weil wir Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben. Dabei sind die VVN und die DKP Partner.

Die herzlichsten Grüße unseres Verbandes an Euch!

1. Warum sind Krieg und Faschismus heute wieder eine Option?
2. Wie gedenken wir den Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern am Besten?

- Zuerst ein Marx-Zitat: Einsicht in den Zusammenhang

- ▼ Mit der Einsicht in den Zusammenhang stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretische Glauben an die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände.
- ▼ Es ist also absolutes Interesse der herrschenden Klassen, die gedankenlose Konfusion zu verewigen.“

- Die bestehenden Zustände

- ▼ „Es ist eine Zeit der Niederlagen. Staaten des kapitalistischen Westens verlieren ihre Bedeutung, ganze Produktionszweige schrumpfen in wenigen Jahrzehnten zu Nischenproduktionen zusammen.
- ▼ Erworbene Rechte werden ausgehöhlt. Die Zukunft bietet viele Herausforderungen, doch wenige Aussichten.
- ▼ Wir scheinen Zeitgenossen einer sogenannten Modernisierungskrise, jedenfalls kommen wir mit unserem bisherigen Repertoire nicht mehr recht weiter.
- ▼ In einer solchen Situation verbreitet sich das Gefühl der Ohnmacht, ein peinliches Gefühl ... “

- Ohnmacht/Orientierungslosigkeit der arbeitenden Klassen

- ▼ Vier alternative Handlungsoptionen:
 1. Selbstzerstörung individuell oder in kleinen Gruppen (Drogen, Alkohol, Prostitution, Psychiatrierung, Selbsttötung oder Flucht in organisierte Kriminalität).
 2. Auswandern in andere Weltregionen.
 3. Zusammenschließen zu selbstbestimmten, sozial gerechten und egalitären Alternativprojekten und Kooperativen.
 4. Neofaschistische Option.

- Neofaschistische Option | Anknüpfungspunkte der Faschisten

▼ Den „Antikapitalismus“

Die Naziideologie vom schaffendem und raffendem Kapital feiert unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ihr Come-back.

▼ Die Soziale Frage

Identifikation mit den Instanzen, die „zum Wohle aller“ gegen „Fremde“ und „Sozialschmarotzer“ Sanktionen verhängen.

▼ Den Antislamismus

Rassismus, der an den kulturellen Unterschieden ansetzt, des Ressentiments unverdächtig und damit ohne Vorbehalte geäußert werden kann.

- Taktisches Verhältnis zum Faschismus

Der bürgerliche Staat hat ein taktisches Verhältnis zum Faschismus.

- ▼ Die Nazis sind eine Art „Pressuregroup“, wie die Terroranschläge in Rostock, Solingen und anderswo gezeigt haben.
- ▼ Sie fungieren als „Vollstrecker des gesunden Volksempfindens“, wie zum Beispiel in der Asylpolitik.
- ▼ Sie sind eine Straßenkampfreserve gegen links.
- ▼ Außerdem lenken sie von den wirklichen Krisenursachen ab und wirken zersetzend auf den Klassenkampf.
- ▼ Strategie ist, kräftezehrend auf die demokratische Bewegung zu wirken.
 - ▼ Im herrschenden Interesse liegt es, Potential für rechte Parteien durch kleine faschistische Kerne am Leben zu erhalten.
 - ▼ Deshalb sind die Ordnungskräfte so zurückhaltend bei der Bekämpfung der (Neo-)Faschisten.

- **Entschlossen, militärische Mittel einzusetzen**

- ▼ Die USA wie Deutschland und die NATO insgesamt sind zunehmend entschlossen, „wo und wenn nötig“ militärische Mittel einzusetzen um ihre Macht- und Wirtschaftsinteressen zu erhalten.

- **Gefahr eines großen Krieges**

- ▼ Eine Strategie der wachsenden militärischen Drohung und des zunehmenden regionalen Einsatzes von Militär kann nicht wirklich kontrolliert bleiben und wird wahrscheinlich über kurz oder lang in militärische Großkonflikte übergehen. Es droht die Gefahr eines großen Krieges.
- ▼ Diese Gefahr ist nur abzuwenden, wenn eine politische Wende in den großen Ländern des Westens durchgesetzt werden kann.
 - ➔ Die Zurückdrängung der Macht des transnationalen Kapitals.
 - ➔ Die wachsende Ächtung des Einsatzes von Waffen in Konflikten durch die öffentliche Meinung.

- **Gute Karten bei ...**

Öffentliche Meinung: Gegen jede Militärmission

- ▼ 82 % der befragten Deutschen sind gegen jede Militärmission deutscher Streitkräfte.
 - ➔ Diese öffentliche Meinung ist der Hintergrund für die Differenzen zwischen Washington und Berlin zum Einsatz von Waffen und Militär in der Ukraine.
 - ➔ Sie ist der Hintergrund für die Aufgabe der Friedensbewegung, weiter zu machen mit ihrem Projekt, das in der Bevölkerung zusehens besser verstanden wird.

- **Die NATO trägt der öffentlichen Meinung auf ihre Art Rechnung ...**

Strategische Kommunikation

- ▼ In der Essener NATO-Konferenz vom 23.-25.11.2015 thematisiert die Luftwaffe laut Konferenztitel „Strategische Kommunikation und Nato-Herausforderungen für die Zukunft“.
- ▼ Man sieht sich laut Konferenz-Flyer dem Problem gegenüber, dass es Einheiten (die Friedensbewegung?!) gibt, die der Nato ‚feindselig‘ gegenüber stehen und die es verstehen, die Verletzlichkeit der öffentlichen Meinung, so auszunutzen, dass sie die Unterstützung für die Anwendung militärischer Mittel durch die Nato untergraben.
- ▼ ... Sie sehen das Problem, dass „große Teile der Bevölkerung wie der Medien“ eine „ausgesprochen kritische Haltung gegenüber allem, was mit Streitkräften und Kriegswaffen zu tun hat“, einnehme.
- ▼ Das zu ändern ist Plan der Essener Nato-Konferenz 2015 (also nicht der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen).

- **Die nächsten Schritte der Friedensbewegung ...**

Bundeswehr und NATO: Krieg beginnt im Rheinland!

3. Oktober 2015 Demonstration & Menschenkette gegen die NATO-Kommandozentrale in Kalkar

20.-22. November 2015 Keine Planung neuer Kriege Verantwortung für den Frieden!

Alternativkongress in Essen

- **Wie gedenken wir den Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern am Besten?**

Unsere Erinnerung an die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer

1. Ein Brief im Zorn (Jürgen Todenhöfer)

- WEHRT EUCH!

... das Leben ist viel zu kurz, um immer um die Wahrheit herumzureden.

Ist eure Empörung nicht auch so groß, dass ihr aufschreien möchtet über soviel Verantwortungslosigkeit?

Über das unendliche Leid, das diese Politiker angerichtet haben? Über die Millionen Toten?

Haben die Kriegspolitiker wirklich geglaubt, man könne jahrzehntelang ungestraft auf andere Völker einprügeln und sich die Taschen voll machen?

→ Wir dürfen das nicht länger zulassen!

Im Namen der Menschlichkeit rufe ich euch zu: WEHRT EUCH!

2. Gedicht „Der Tote“ (Erich Mühsam)

- ... Laßt die Toten! Sie sind frei / im durchnäßten Sande. / Euch entringt der Sklaverei!

Euch der Not und Schande! / War ein Kampf des Lebens wert, / spart dem Tod die Spende –

aber nehmt des Toten Schwert! / *Führt den Kampf zu Ende!*

Kämpft, o kämpft, und nützt die Zeit / zu der Menschheit Glücke! / Fällt ein Mann, so steht bereit: / Vorwärts!

Schließt die Lücke! / *Wollt ihr denen Gutes tun, / die der Tod getroffen,*

Menschen, laßt die Toten ruhn / und erfüllt ihr Hoffen!

- **Das!! ist unser Gedenken!**

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

- **Zum Schluss ...**

Oktober 1946 – Oktober 2016 | 70 Jahre VVN-BdA NRW

- ▼ 30.01.2016 Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen
- ▼ Juni 2016 75 Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion.
- ▼ 80. Jahrestag Beginns des spanischen Bürgerkrieges 1936
- ▼ Mai 2016 außerordentlicher Bundeskongress in Köln
- ▼ Oktober 2016 Kulturveranstaltung in Düsseldorf

Wir würden gerne mit euch und vielen anderen Bündnispartnern unser Jubiläum feiern!

Grußwort Hans-Peter Brenner an die BDK Rheinland-Westfalen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Ich begrüße die 21. BDK unserer Bezirksorganisation im Namen des PV, des Sekretariats des PV und im Namen des Vorsitzenden unserer Partei, Patrik Köbele.

Wir alle wünschen der BDK einen guten Verlauf, der nicht nur der Stärkung der Bezirksorganisation sondern der ganzen Partei sowie der weiteren gemeinsamen Vorbereitung unseres 21. Parteitages dient, der in 8 Wochen in Frankfurt stattfinden wird.

Ich habe ein Grußwort vorbereitet, das ich aber wegen der jetzt begonnenen Grundsatzdiskussion auf dieser BDK nicht in der geplanten Form vortragen kann und will. Dazu sind die jetzt aufgeworfenen Fragen zu bedeutsam.

Ich lege es also beiseite und sage nur auf einige Stichworte gestützt meine Meinung zu diesen Fragen. Das Grußwort gebe ich zusätzlich zu Protokoll.

Es wurde jetzt von einigen Diskussionsrednern des Stichwort „**Marxismus-Leninismus**“ aufgegriffen.

Im Antrag aus Köln und auch im Referat von Genossen K. Stein gibt es dazu ausführliche Argumentationen. Ich meine, dass diese Diskussion notwendig ist, dass aber viele Dinge durcheinander geworfen werden und teilweise nur mit geschichtlichem **Teil- oder Halbwissen** oder gar nur gestützt auf bürgerliche Behauptungen argumentiert wird.

Es lassen sich dabei **drei Argumentationsstränge** in der heutigen Diskussion und im Antrag erkennen.

Der Begriff Marxismus-Leninismus stehe **erstens** für eine „orthodoxe Verengung“ oder – noch schlimmer – für eine „stalinische Deformierung.“

Wie ich schon auf der 1. Theroetischen Konferenz in Hannover in spontaner Einlassung zur Kritik von Gen. K. Stein an der Formulierung des Leitantrages, wonach die DKP eine „marxistisch-leninistische Partei“ ist, erklärt habe; stammt der Begriff „**Leninismus**“ oder auch „**Marxismus-Leninismus**“ keineswegs originär von Stalin. Diese Kritik habe ich dann auf der folgenden 13. PV Tagung vertieft, sie ist nachzulesen in Den entsprechenden „DKP-Informationen.“

Der Begriff „Leninisten“ bzw. „Leninismus“ wurde zunächst im 1. Weltkrieg als Kampfbegriff **Trotzkis** gegen die Bolschewiki benutzt.

Nach Lenins Tod sprachen und schrieben dann viele der führenden russischen Kommunisten von und über den „Leninismus.“

Darunter G. Sinowjew, N. Bucharin, M. Kalinin.

Trotzki sprach bspw. in seinen Telegramm zum Tode Lenins von der „Fackel“ bzw. „Leuchtfeuer“ des Leninismus, die/das die Bolschewiki weiterreichen müssten.

Das war alles völlig logisch. Denn natürlich mussten die Bolschewiki sich den Kopf darüber machen, was denn nach Lenins Tod von seiner theoretischen Arbeit weiterhin Bedeutung haben würde. Auf dem 1924 dann wenige Wochen nach Lenins Tod stattfindenden V. Kongress der Kommunistischen Internationale gab es sehr viele Redner, bekannte und unbekannte, Vertreter aus Betrieben und Hochschulen, die von und über den „Leninismus“ sprachen.

Auf dem Kongress traten auch die deutschen Kommunisten mit Beiträgen von Ruth Fischer und Ernst Thälmann zu diesem Thema auf.

Ich habe hier den Protokollband, in dem das alles nachzulesen ist.

Auch der damals kaum bekannte vietnamesische Revolutionär Nguyen Ai Quoc, der später als Ho Tsch Minh in die Geschichte einging, äußerte sich zum Leninismus.

In der Führung der KPdSU waren es besonders G. Sinowjew, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Komintern und enge Weggefährte Lenins aus dem Schweizer Exil, und J.W. Stalin, der Generalsekretär der bolschewistischen Partei, die sich in Vorlesungen an der Swerdlow-Universität ausführlich dazu äußerten. Dabei betonte Stalin im Unterschied zu Sinowjew mehr den allgemeinen internationalen Charakter des Leninismus.

Im Herbst 1924 beschloss dann die 5. Erweiterte Tagung des Exekutivkomitees in Fortsetzung der Debatte auf dem Komintern-Kongress das Konzept der „**Bolschewisierung**“ der Kommunistischen Parteien.

Der Anstoß dazu war ausgegangen von der KPD, die aus der Niederlage im Herbst 1923 – dem sog.

„Hamburger Aufstand“ – die Konsequenz eines organisatorischen und ideologischen Umbaus im Sinne der

Weiterentwicklung ihres noch von der alten SPD geprägten Parteikonzeptes zog. Aber auch die norwegische KP hatte von sich aus eine Debatte über die „Bolschewisierung“ begonnen.

Kern der Organisation sollten künftig nicht mehr die nach den offiziellen Wahlbezirken ausgerichteten Wohngebietsgruppen sein, sondern Betriebsgruppen. Die Erfahrungen der Oktoberrevolution und der Bolschewiki sollten stärker für die eigenen Kampfbedingungen angewendet werden. Das Prinzip des Demokratischen Zentralismus und die als „Leninismus“ bezeichneten Lehren Lenins sollten in der Partei verankert werden. Die V. (erweiterte) EKKI-Tagung machte dies zur Verpflichtung für alle KPen.

Unter denen, die diese Beschlüsse sehr begrüßten, waren die sicherlich nicht mit dem Etikett „Stalinisten“ abzuqualifizierende Clara Zetkin oder auch der Italiener Antonio Gramsci, der sich vehement für die Bolschewisierung der Italienischen Partei einsetzte und explizit verlangte, dass „**jeder Kommunist**“ auch „**Marxist-Leninist**“ zu sein habe.

Diese Debatten und Beschlüsse über das Selbstverständnis der Komintern-Parteien mündete in das vom VI. Kominternkongress 1928 beschlossene offizielle **Programm der Komintern** ein. Darin wurde der Marxismus und der Leninismus als Grundlage der der Komintern definiert.

Vorsitzender des Exekutivkomitees war zu dieser Zeit **Nikolai Bucharin**, der von Lenin einst als „Liebling der Partei“ bezeichnet worden war. Er war schon gar nicht ein „Stalinist“ – Bucharin war der Hauptautor des Programms und wurde 1937 eines der Opfer der sog. „Moskauer Prozesse“.

Der Leninismus wurde bestimmt als „Marxismus des 20. Jahrhunderts“, als „Marxismus der Epoche der proletarischen Revolution.“

Dass dies auch mit der Definition Stalins in seiner Vorlesung vor der Swerdlow Universität übereinstimmte, ist in etwa so sensationell wie die Feststellung, dass dieser führende Vertreter der Bolschewiki in seinen Reden und Artikeln auch solche Begriffe benutzte wie „Sozialismus“, „Kommunismus“, „Proletariat“, „sozialistische Revolution, etc., pp.

Und was soll dann der Hinweis auf den „Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ von 1938 oder auch auf das Statut der KPdSU von 1934?

Wenn darin von Marxismus-Leninismus die Rede ist, dann sind das völlig dem Gesamtkonsens der internationalen kommunistischen Bewegung entsprechende Aussagen und Konsequenzen aus den Diskussionen seit Lenins Tod gewesen.

Was hat das mit „stalinistischer Deformation“ zu tun?

Das ist reine bürgerliche Propaganda.

Darf man die Begriffe „Sozialismus“, „Kommunismus“ usw. künftig etwa auch nicht mehr benutzen, weil auch ein Stalin sie gebrauchte?

Wenn vor diesem geschichtlichen Hintergrund hier von verschiedenen Rednern und auch im Kölner Antrag der Marxismus-Leninismus als eine Art „stalinistisches Unwort“ behandelt wird, dann ist das in meinen Augen nicht nur eine **politische Dummheit**, sondern auch ein **politischer Kniefall** vor dem Revisionismus und Opportunismus.

Ich wiederhole ganz bewusst und auch in aller Deutlichkeit: das ist eine **politische Dummheit** und das ist objektiv ein **Kniefall vor einer linkssozialdemokratischen Formation** wie der PDL, zu deren Gründungskonsens bei der Umbenennung von SED zur PDS ja bekanntlich der „antistalinistische Grundkonsens“ gehörte, der damals im Dezember 1989 im Grundsatzreferat von Prof. Michael Schumann ausführlich begründet worden war.

Und ich sage das auch im Zusammenhang mit dem **zweiten Argumentationsstrang** im Kölner Antrag und in den heutigen Diskussionen.

Es ist einfach historisch falsch, dass die KPD nach ihrem Verbot von 1956 und dass dann auch wir nach der Umformierung zur DKP den Begriff Marxismus-Leninismus abgelehnt und nicht mehr benutzt hätten.

Heute früh bei der Anmeldung hat mir die Genossin Ingrid Wils aus Hagen verschiedene Materialien aus der Zeit der Neukonstituierung der DKP, an der sie aktiv beteiligt war, ausgehändigt.

Darunter befand sich auch der Programmentwurf der KPD vom Frühjahr 1968: er sollte damals von Herbert Mies und Max Schäfer auf einer Pressekonferenz in Frankfurt vorgestellt werden. Die Polizei verhinderte das; H. Mies und M. Schäfer wurden damals kurzzeitig inhaftiert.

Was schrieb die KPD in diesem Programmentwurf über ihre Haltung zum Marxismus-Leninismus?

Ich zitiere:

S. 25: „Wir fordern die Verwirklichung des Rechtes der Information, der Meinungs- und Geistesfreiheit, einschließlich des Rechtes, die marxistisch-leninistische Theorie und unsere politischen Auffassungen in Wort und Schrift zu vertreten.“

S. 30: „Die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik, wird, ausgehend von den allgemeingültigen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus die Wege und Methoden im Kampf um den Sozialismus finden, die unseren gesellschaftlichen und politischen Bedingungen entsprechen.“

S. 32: „Die Arbeiterklasse, die demokratischen Volkskräfte brauchen eine starke KPD. Geleitet von den Idee des Marxismus –Leninismus tritt sie für die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen tagesinteresse des Volkes ein, verbindet sie diese Forderungen mit dem Kampf um die demokratische Umgestaltung des Bundesrepublik und weist den arbeitenden Menschen das sozialistische Ziel.“

S. 43: „Die KPD ist die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik.“

S. 44. „Die Stärke der internationalen kommunistischen Bewegung beruht auf der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus, auf der Einheit und Geschlossenheit ihres Handelns. ... Die KPD setzt sich für eine schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die gegenwärtigen Probleme der Arbeiterbewegung ein.“

Also , 12 Jahre nach dem KPD-Verbot und 6 Monate vor der Umbenennung als DKP definierte sich die KPD eindeutig als marxistisch-leninistische Partei.

Und 1969 bezeichnete der Vorsitzende des weiterhin illegal wirkenden KPD-Zentralkomitees Max Reimann auf der Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau (S.221) die KPD natürlich als „marxistisch-leninistische Partei“, als er sagte:

„Wir gehen weiter davon aus, dass es für uns als marxistisch-leninistische Partei in der Bundesrepublik für uns notwendig ist, Klarheit zu schaffen über die gegenwärtige Rolle der sozialdemokratischen Parteiführung.“

Trotz der komplizierten juristischen Lage, die das KPD-Verbot geschaffen hatte, das eine Trennung zwischen erlaubter und vom Grundgesetz geschützter marxistisch-leninistischer Weltanschauung und einer davon getrennten politischen Praxis konstruierte - was die KPD dann in diesem (!!!) Kontext mit dem Begriff der „Lehre von Marx, Engels und Lenin“ zu umgehen versuchte - stand immer fest, dass die westdeutsche kommunistische Partei eine marxistisch-leninistische Partei ist.

So war es auch von Beginn an bei der DKP.

Und damit komme ich zum dritten, ebenso falschen Argumentationsstrang des Kölner Antrags und seiner Befürworter.

Es ist historisch nicht richtig und auch die gegenteilige Behauptung halte ich erneut für eine Mischung aus historischer Ungenauigkeit und unvollständiger Informiertheit mit einem fragwürdigen politischen Zurückweichen vor dem ideologischen Gegner, wenn behauptet wird, dass die DKP sich niemals auf den Marxismus-Leninismus berufen hätte.

Die Grundsatzklärung von 1968 definiert die DKP als „die marxistische Partei der Bundesrepublik“, als „revolutionäre Arbeiterpartei“, die ihre Tätigkeit auf die „Lehre von Marx, Engels und Lenin“ gründet, die „demokratisch verfasst“ ist und deren Mitglieder die „für alle verbindlichen Beschlüsse der Parteitage und der gewählten Organe ... verwirklichen.“ (Grundsatzklärung der DKP, S. 59/60)

Also Marx, Engels , Lenin und das Prinzip des „demokratischen Zentralismus.

Es gibt jedoch keinen inhaltlichen Gegensatz zwischen der Formel „Marxismus-Leninismus“ und/oder dem Begriff „Lehre von Marx, Engels und Lenin.“

Die DKP verstand sich von Beginn an nicht als linkspluralistische „Wischi-Waschi“-Gruppierung, als lockerer Zirkelverband und als rosaroter Splitter einer „Mosaik-Linken.“

Die Grundsatzklärung enthielt folgende klaren Positionierungen gegen über Revisionismus und Opportunismus:

„Die DKP stärkt und entwickelt sich im ständigen politischen und ideologischen Kampf gegen die der Arbeiterklasse feindlichen, bürgerlichen und antimarxistischen Theorien und Strömungen. Sie wendet sich

gegen den modernen Revisionismus, der die theoretischen und politischen Grundlagen des Marxismus zu verfälschen versucht und die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes verneint.“

Und: „Die DKP wendet sich gegen den Dogmatismus, der im Marxismus nicht eine lebendige Wissenschaft, sondern eine Sammlung starres Formeln sieht und der zu einer sektiererischen, abenteuerlichen Praxis führt.“ (S. 59/60)

Die eindeutige Selbstcharakterisierung als einer Partei mit einer gemeinsamem weltanschaulichen und klar definierten marxistisch-leninistischen Grundlage, wurde auch im Parteiprogramm von 1978 deutlich, das ich als Delegierter mit verabschiedet habe, in dem es **vom Marxismus-Leninismus als der „Weltanschauung der Kommunisten“** gesprochen wird.

Dies ist der derzeit umstrittene eigentlich Knackpunkt im Vergleich zum Programm von 2006, der nach einer Klarstellung verlangt.

Im Programm von 2006 wird lediglich vom Recht zur Verbreitung des „Marxismus-Leninismus“ gesprochen, für das sich die DKP einsetze.

Es wird – anders als 1978, der Marxismus-Leninismus aber nicht mit dem Attribut **„Weltanschauung der Kommunisten“** versehen.

Das hat in den letzten Jahren zu der von L. Maier und seinem politischen Umfeld praktizierten Umgang mit dieser unserer weltanschaulichen Grundlage geführt, die im „ML“ den Ausdruck von „Erstarrtheit“, „Orthodoxie“ und jetzt auch von „Stalinismus“ sieht. Mit unserem Leitantrag beseitigen wir diese unnötige Unsicherheit. Wir bringen damit nichts Neues sondern bekräftigen den jahrzehntelangen programmatischen Konsens.

Wir bekräftigen gerade in diesem Jahr einen Satz. den Fidel Castro vor einigen Monaten aus Anlasses des 70. Jahrestags des Sieges über den deutschen Faschismus gesagt hat.

„Fidel Castro: Unser Recht, Marxisten-Leninisten zu sein

Am 9. Mai wird der 70. Jahrestag des Großen Vaterländischen Krieges begangen. Aufgrund der Zeitverschiebung werden, während ich diese Zeilen schreibe, die Soldaten und Offiziere der Armee der Russischen Föderation voller Stolz mit ihren schnellen und militärischen Schritten, die für sie charakteristisch sind, auf dem Roten Platz in Moskau proben.

Lenin war ein genialer revolutionärer Stratege, der nicht zögerte, die Ideen von Marx anzunehmen und ihre Umsetzung in einem riesigen und nur zum Teil industrialisierten Land in Angriff zu nehmen, dessen proletarische Partei im Angesicht der größten Bedrohung, die der Kapitalismus über die Welt gebracht hatte, zur radikalsten und tapfersten des Planeten wurde. ...

Die 27 Millionen Sowjetbürger, die im Großen Vaterländischen Krieg gestorben sind, taten dies auch für die Menschheit und für das Recht zu denken und Sozialist zu sein, Marxist-Leninist zu sein, Kommunist zu sein und die Vorgeschichte zu verlassen.“

Wir gehen aus und bleiben bei unserem, seit der Neukonstituierung als legaler KP in Deutschland in allen programmatischen Dokumenten bekräftigten Selbstverständnis als einer revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse.

Grußwort für die PTB/PVDA

Chers camarades, cher Wolfgang,

Es ist mir leider heute nicht möglich, zu Eurer Bezirkskonferenz zu kommen, da wir an diesem Wochenende unsere « ManiFiesta » in Bredene begehen.

Wir freuen uns, in Absprache mit der Internationalen Kommission des Parteivorstandes die Kontakte auch auf Kreisleitungsebene zu intensivieren. Ich finde es eine tolle Idee, wenn beispielsweise die Kreisorganisation von Köln und Lüttich ihre Kontakte intensivieren.

Ich wünsche Euch richtungsweisende Beschlüsse.

Viele Grüße Herwig Lerouge, für die PTB/PVDA

Übersetzung : Wolfgang Reinicke-Abel, Mitglied des Kreissekretariats Köln

Dem Ziel ein Schritt näher gekommen!

Belgiens linkes Wahlbündnis sämtlicher linken und kommunistischen Parteien **ptb-go/ptb+** hat bei den Wahlen zum Regionalparlament und zur Volksvertreter-Kammer viele Stimmen gewonnen.

Bei den Regionalwahlen erhielt das Wahlbündnis insgesamt **251.276 Stimmen** von 7.700 000 Wahlberechtigten bei 11 000 000 Einwohnern. (Das würde auf Deutschland umgerechnet 2.500 000 Stimmen bedeuten). In der Wallonie erreichte die ptb-go 5,7 % und in ganz Belgien sind es 2,74%.

Einige Prozentzahlen detailliert:

Im französischsprachigen Teil z.B. erreichte die ptb-go im Kreis Liège Prozente von insgesamt 10,95 % davon in der Stadt Liège 11,37%, in Seraing 16,07% (Hier wurde die partie communiste, auch ein Teil der ptb+, gewählt.) und in Herstal sogar 21,11%.

Nimmt man den deutschsprachigen Teil mit hinzu, so kommt man in Liège (Kreis und Stadt) auf 8,27%, was eine Stimmenanzahl von 51.064 bedeutet. Insgesamt kam die ptb-go auf 8 Deputierte: Volkammer: 2, Regionalparlament Brüssel: 4 und Regionalparlament Wallonie: 2.

Interessant, ja geradezu umwerfend ist, dass sich gegenüber 2009/2010 die Stimmen für die ptb-go überall, für das Regionalparlament und die Volkammer, mindestens verdoppelt haben teilweise das **achtfache** der letzten Wahlen erreicht haben. Auch in den niedrigprozentigen deutschsprachigen und flämischen Regionen verdoppelte oder verdreifachte sich der Anteil der Stimmen für die ptb.

Glückwunsch der ptb-go und ihrem Bündnisprogramm!

Quelle:

Newsletter der ptb Belgiens, ptb@ptb.be

18.09.2015 | Grusswort des SSM überbracht von Heinz

Weinhausen an die 21. BDK der DKP Rheinland-Westfalen

www.ssm-koeln.org

Liebe Genossinnen und Genossen,

herzlichen Dank für die Einladung zum Grußwort.

Die DKP und der Sozialistische Selbsthilfe Mülheim haben vieles gemeinsam, vor allem sind sie **Durchhalter**, haben einen langen Atem. Die Kommunistische Partei stand 1989 vor dem Untergang, aber die Unentwegten haben einfach weiter gemacht. Und sie zeigen immer noch ihre Kraft, in dem sie etwa das UZ-Pressfest auf die Beine stellen. Beim SSM war es von Anfang an heikel. Mehrmals stand es bei der 14jährigen Besetzung der ehemaligen Schnapsfabrik Spitz auf Knopf.

Heute arbeiten und wohnen dort 30 Menschen. Und sie verstehen sich in die Mülheimer Stadtteilpolitik einzumischen, waren zum Beispiel die konsequentesten Kämpfer dafür, dass das Mülheim 2020-Programm auch wie vorgesehen für die Schaffung von Arbeitsplätzen umgesetzt werden soll. Leider hat es nicht sein sollen.

Wir machen Sozialismus im Kleinen. Da sind wir radikaler als die Oktoberrevolution, haben gemäß Lenin's Schrift »Staat und Revolution« die Bürokratie gar nicht zum Zuge kommen lassen. Wer bei uns Mitglied wird, muss von vornherein auch den Laden mitleiten und sich auf der wöchentlichen Basisversammlung fünf Stunden den Po wundsitzen. Bei uns gibt es keinen Akkordlohn und keine Stachanov-Prämien, wir bezahlen einfach Einheitslohn. Der Geistig Behinderte erhält genausoviel an Auszahlung wie der Studierende. Wir wirtschaften im Secondhandbereich und halten uns damit über Wasser, ohne uns beim Jobcenter in der Hartz IV-Maschinerie erniedrigen zu müssen. Alles Geld, was wir verdienen, geht in einen Topf, aus dem wir wiederum unsere Ausgaben nehmen. Die gute Nachricht, wenn viel drin ist, dann können wir auch viel verteilen. Die schlechte Nachricht: Wenn wenig drin ist, ...

Wir haben mit der **Trennung von Kopf- und Handarbeit** tabula rasa gemacht. Wer solche Sätze wie hier vorliest, macht sich auch mindestens einmal die Woche bei den Wohnungsaufösungen die Hände dreckig. Der SSM hat noch einen drauf gesetzt. Unsere Leitidee heißt: »**Bei uns ist alles Arbeit.**« Nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die Selbstversorgung wie Holz hacken, das Kinder- Versorgen, auch das politische Einmischen im Stadtteil. Manchmal arbeiten wir auch bei Blockaden gegen Atombomben in Büchel mit. Sozialismus ist das ganze Leben.

Das Kleine soll mal ganz Groß werden. Da setzen wir auf euch. Für einen Kommunismus der einfachen Leute, für einen Kommunismus des Mitmachens, für einen Kommunismus, der gleichzeitig die individuelle Freiheit und das gemeinsame Wir zu leben weiß.

Der Weg zur Eroberung der Staatsmacht, um sie gänzlich aufzulösen, ist lang. Auf dem Weg dorthin gilt es einmal die **Rote Fahne** hochzuhalten, zum anderen **Teil der Bewegungen** zu sein. Beim Widerstand gegen die Zumutungen des heutigen Neoliberalismus, aber ebenso auch beim Erkämpfen von Besserungen. Für mehr Lebensqualität in der Stadt beispielsweise durch Zurückdrängen der Autolawinen. Für ein bezahlbares Wohnen, in dem ältere Fabriken und Gebäude vor dem Abriss gerettet werden und sozial Schwachen zum selbstverwalteten Wohnen und Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. **Überhaupt muss Neues im Alten entstehen, dass Gesellschaft sich ändern kann.**

Wichtig ist auch die Solidarität mit den Kämpfenden. Mit der Bewegung in **Chiapas** und in **Rojava**. Mit der Bewegung gegen die Braunkohleverstromung hier im Rheinland. Solidarität mit Genossenschaften und Selbstverwaltung. Die haben wir vom SSM immer von der DKP bekommen. Vielen Dank dafür. Und wir setzen

uns im Bündnis mit der DKP-Mülheim, in der Mülheimer Bürgerliste, jetzt schon seit Jahren zusammen für ein besseres Veedel ein. Genossinnen und Genossen, schließen wir uns überhaupt nach Kräften mit den Engagierten vor Ort zusammen. **Zusammen können wir etwas erreichen.**

Ich will es nicht verschweigen. Ein großer Schatten liegt auf dem SSM. Das Problem der »**ursprünglichen Akkumulation**«. Für die Düsseldorfer Straße 74 haben wir dies über die Jahre lösen können und verfügen heute weitgehend über die nötigen gemeinsamen Ressourcen zum Wohnen und Wirtschaften. Bei unserer Erweiterung, der Halle am Rhein, sind wir stecken geblieben, auch weil die DKP es noch nicht geschafft, die Regierung zu übernehmen. Da hatten wir insgeheim drauf gezählt.

Die Investitionsgelder für Neue Arbeit, die zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit beim Mülheim 2020 - Programm vorgesehen waren, sind nämlich in SPD-Manier fatalerweise in der Erneuerung der Geschäftsstraßen gelandet. Mit dem Geld hätten wir bei unserer Halle am Rhein die geplante neue Möbelhalle, die Wohntage für sechs Genossinnen und Genossen und eine Außencafe schon teilweise stemmen können. Nun müssen wir in Selbsthilfe die nächsten Jahre Gras fressen, um dies realisieren zu können. Deswegen bitten wir unsere Freundinnen und Freunde, auch euch natürlich, uns einige Jahre monatlich einen kleinen Beitrag zu spenden, damit die Welt wieder etwas rosiger aussieht.

Aber auch tatkräftige Hilfe beim Bauen kann wichtig sein. Informationen zum SSM, zum Bauen, und die CONTRASTE, die Zeitung für Selbstverwaltung liegen aus.

Zum Schluss: Ihr seid alle eingeladen, mal eine Woche beim SSM-Sozialismus der einfachen Leute mitzumachen. Und euch wünsche ich noch eine gute Versammlung mit tatkräftigen Beschlüssen.

Das Grußwort von der Genossin Marion Köster, Bezirk Ruhr-Westfalen, wurde freigesprochen und liegt darum nicht schriftlich vor.

DKP in Aktion

Ein Grußwort der SDAJ

Am vergangenen Wochenende, 19./20.9.2015, fand die Delegiertenkonferenz der DKP Rheinland-Westfalen statt. Hier das Grußwort der SDAJ:

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, Euch hiermit die herzlichsten Grüße des Landesverbands Rheinland-Westfalen der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend zu überbringen.

Die Lage der arbeitenden und lernenden Jugend in NRW verschlechtert sich stetig. Im Jahr 2014 stuften ein Drittel aller Azubis gegenüber dem DGB die Qualität ihrer Ausbildung als unzureichend ein. Nur 50% der Befragten erhalten eine Ausbildungsvergütung, die ihnen finanzielle Unabhängigkeit vom Elternhaus garantiert. Über 70% der Auszubildenden müssen mit der Ungewissheit leben, ob sie später im Betrieb übernommen werden. Ganz abgesehen von den Jahr für Jahr über 20.000 Jugendlichen in NRW, die keinen Ausbildungsplatz ergattern. In unserer letztjährigen Kampagne „Unsere Zukunft statt Eure Profite“ haben wir daher die Forderungen nach einer Ausbildungsquote von 10% in jedem Betrieb, garantierter Übernahme im erlernten Beruf und einer Ausbildungsvergütung in Höhe von 1200 € aufgestellt.

An den Schulen in NRW sieht es nicht besser aus. Zu große Klassen, marode Schulgebäude und permanenter Lernstress sind Realität für viele Schülerinnen und Schüler. Wer im Unterricht nicht mitkommt, kann sich nur noch mit teurer Nachhilfe auf dem Laufenden halten. Weiterhin fordern wir eine Schule für Alle, in der auf die unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen der Schülerinnen und Schüler eingegangen wird.

Auf der Ebene der Hochschulen hat die rot-grüne Landesregierung mit dem Hochschulzukunftsgesetz den Einfluss der Wirtschaft auf die Lehrinhalte weiter manifestiert. Statt einer Demokratisierung der Hochschulen existieren die undemokratischen Hochschulräte mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen fort.

In diesem Jahr sind auf der anderen Seite jedoch viele junge Menschen auf die Straße gegangen, um ihrem Unmut über aktuelle politische Entwicklungen Ausdruck zu verleihen. Die Proteste gegen neofaschistische Aufmärsche à la Pegida oder die zahlreichen Solidaritätsaktionen für geflüchtete Menschen wurden zu einem großen Teil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen. Die SDAJ ist dort, wo wir über Gruppen verfügen, zentraler Bestandteil der Bewegungen. Wir streiten darum, diese Themen in die Interessensvertretungen zu tragen und mit den alltäglichen Kämpfen in Schule und Betrieb zu verknüpfen. Unsere Aufgabe als revolutionärer Jugendverband ist, die Zusammenhänge von Faschismus, Kriegsgefahr und Krise an den unmittelbaren Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend aufzuzeigen und sie in Bewegung dagegen zu bringen. Getreu dem Motto unseres diesjährigen Festivals der Jugend: „Make capitalism history – die Zukunft gehört uns!“.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei all diesen Kämpfen sind wir dankbar dafür, in der DKP eine klare und verlässliche Partnerin an unserer Seite zu wissen. Der Wiederaufbau unseres Landesverbands nach dem Abschied der alten Leitung in sozialdemokratische Beliebigkeit wäre ohne die tatkräftige Unterstützung zahlreicher Gruppen und Kreise der Partei so nicht möglich gewesen. Das Festival der Jugend zu Pfingsten in Köln lebte von Eurem Support beim Aufbau, bei der Essensausgabe und nicht zuletzt der inhaltlichen Bereicherung des Programms. Auf Bezirksebene arbeiten wir seit einem Jahr erfolgreich im Bayer AK mit.

Unsere Mitgliedszahlen sind steigend, unser Einfluss in den SchülerInnenvertretungen vor Ort nimmt wieder zu und die Gruppen zeigen eine erhöhte Aktionsfähig- und tätigkeit. Ein Highlight war mit Sicherheit die Reaktion der SDAJ Köln auf die HoGeSa Ausschreitungen im letzten Oktober. Innerhalb einer Woche organisierte die Gruppe eine antifaschistische Demonstration, die über 2000 TeilnehmerInnen zählte.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind zuversichtlich, dass sich die fruchtbare Zusammenarbeit von SDAJ und DKP im Rheinland und Westfalen in den nächsten zwei Jahren noch stärker intensivieren lässt. Die Gruppe Düsseldorf hat dazu beispielsweise einen gelungenen Antrag formuliert.

In diesem Sinne wünschen wir Euch eine erfolgreiche Bezirksdelegiertenkonferenz und freuen uns auf die gemeinsamen politischen Herausforderungen in der kommenden Zeit.

Persönliche Erklärung Klaus Stein

Der Antrag des Bezirksvorstands für eine Handlungsorientierung des Bezirks Rheinland-Westfalen der DKP war konzipiert als politische Grundlage für die nächste Arbeitsperiode der Bezirksorganisation. Gestern lehnte ihn eine Mehrheit der Delegierten der BDK ersatzlos ab. Damit ist meiner Kandidatur für den Bezirksvorsitz der Boden entzogen. Ich stehe folglich nicht mehr für diese Funktion zur Verfügung.

Im Antrag der Bonner Kreisorganisation wurde unterstellt, dass unser Hauptantrag den Charakter eines alternativen Leitantrags für die Gesamtorganisation habe. Das ist eine gewaltsame Mißdeutung. Tatsächlich entspricht er in Form und Inhalt den bislang im Bezirk üblichen Hauptanträgen, mit denen wir auch in der Vergangenheit unsere politische Arbeit durchaus erfolgreich und überzeugend zu organisieren vermochten. Wir pflegen die aktuellen Probleme darzustellen und zu analysieren, ziehen praktische Schlußfolgerungen, die die Grundlagen für detailliertere Arbeitspläne schaffen. Um eine kollektive Diskussion anzuregen, werden solche Entwürfe frühzeitig in die Bezirksorganisation gegeben, mit dem Anspruch, damit den Grundsatz der Verbindung von breiter innerparteilicher Demokratie mit vereinigter zentralisierter Aktion zu realisieren. Beschlüsse müssen begründet werden, um zu überzeugen. Sie erfordern eine Einschätzung der Kräfte. Arbeitspläne, die sich damit begnügen, in knappen Stichworten die Aktionsformen aufzuzählen, reichen da nicht aus. Es zeigt sich indes, dass fraktionelle Tätigkeit unsere Organisationsprinzipien (siehe Artikel 3 des Statuts „Innerparteiliche Demokratie, Entscheidungsprozesse und Beschlüsse“) verzerrt und in Frage stellt.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Denn offenbar stören sich die Bonner Kreisorganisation als Antragsteller und die Mehrheit der Delegierten an der Geradlinigkeit unserer Orientierung, die im Verhältnis zu den Kurven des Leitantrags als Abweichung erscheinen muss. Beispielsweise handelt unsere Handlungsorientierung von Strategie, zitiert aus vergangenen Programmen, wo vom Kampf um demokratische Rechte die Rede ist, um schließlich auf die Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu kommen, einem Kernstück unserer Strategie. Im Leitantrag für den 21.

Parteitag, der beansprucht, unsere Strategie zu präzisieren, kommt das nicht mehr vor. Ausführlich geht unser Entwurf auf die Krise ein, um den organischen Zusammenhang von Krise, Krieg und Faschismus nicht nur wie im Leitantrag zu unterstellen, sondern nach Möglichkeit überzeugend darzulegen. Das könnte helfen, eine politische Grundlage zu schaffen für die Verknüpfung der Antifa- mit der Friedensbewegung und anderen demokratischen Bewegungen, die sich zur der Abwehr von Krisenfolgen gebildet haben. Der Antrag schildert zudem ausführlich die sozialen Widersprüche, um daraus nachvollziehbare aktuelle Forderungen abzuleiten. Selbstverständlich äußern wir uns zu kommunal- und landespolitischen Problemen.

Unser Antrag zur Handlungsorientierung ist selbstverständlich veränderbar und zu verbessern. Aber der Leitantrag für den 21. Parteitag kann ihn nicht ersetzen, zumal noch keiner weiß, wie er aussehen wird. Bestimmte Politikbereiche werden gar nicht erfasst. Er kann auch nicht die Kräfte unseres Bezirks einschätzen. Praktisch läuft die pauschale Ablehnung des Hauptantrags auf den Verzicht von Politikentwicklung im Bezirk hinaus. Eine Geringschätzung von Herz und Verstand unserer Genossinnen und Genossen. Es schadet uns, einer erträumten Stromlinienförmigkeit unsere Ausstrahlung zu opfern. Der künftige Bezirksvorstand wird das kaum heilen können.

Klaus Stein, 20. September 2015

Der Neue gewählte Bezirksvorstand und Kommissionen der DKP Rheinland-Westfalen,

Als Sprecher/in wurden gewählt: Bergmann, Wolfgang - Köln,
Koopmann, Uwe - Düsseldorf,
Linsen von Thenen, Renate - Aachen,
Lommès, Peter - Linker Niederrhein.

Weiter Mitglieder in Vorstand wurden gewählt:

Ulrich Abczynski - Neuss,
Becker, Tabea – Aachen,
Bischoff, Nico - Solingen,
Christofsky, Christine – Köln,
Gottschalk, Elke – Köln,
Koehler-Schnura, Axel – Düsseldorf,
Lebrun, Joachim – Köln,
Leitzbach, Rainer – Wuppertal,
Lommès, Angelika - Linker Niederrhein,
Müller, Mirco - Ennepe/Ruhr,
Schroeder, Carol - Siegen/Olpe/HSK,
Stein, Klaus – Köln,
Tenne, Bianka – Hagen,
Trauth, Karl Martin – Bonn/Rhein-Sieg,
Will, Andrea - Bergisch-Gladbach.

Bezirksrevisionskommission: Scholz-Goldenberg, Volker – Köln,
Thelen, Bernd Dieter - Rur/Erft,
Trambowsky, Inge – Düsseldorf.

Bezirksschiedskommission: Kranefeld-Wied, Paul – Köln,
Krämer, Heike – Solingen,
Romahn, Helge – Köln.



Bezirk Rheinland – Westfalen

Am Stadtpark 68

51373 Leverkusen – Wiesdorf

Telefon: 0214-4 93 23

Fax: 0214-4 64 50

E-Mail: sekretariat@dkp-rheinland-westfalen.org

Internet: www.dkp-rheinland-westfalen.org